

M Menschen Machen Medien

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift

ver.di

E 2814

Nr. 4
Juni 2014
Jahrgang 63



Solo-Selbstständige Freiheit mit Risiken und Nebenwirkungen

■ **Zeitungsredaktionen**
Mitgliederumfrage
zum Tarifabschluss

■ **Reporter undercover**
Kritikwürdiges über
Zalando und Daimler

■ **Marke „Eisenfuß“**
Funke/Springer Deal
unter Dach und Fach



Foto: alphaspirit / Fotolia.com

Die Löschtaste im Aufwind

Von Karin Wenk | „Das Netz vergisst nie“, war gestern. Google einen Namen und finde ihn so zum Beispiel in einem Jahre alten M-Artikel! Die Person steht im damaligen Kontext kritisch da – zu Recht, wahrheitsgemäß berichtet. Aber ist das nach vielen Jahren noch relevant oder sogar schädlich für den Betroffenen? M musste bereits mehrfach auf solche Anfragen reagieren und befand sich bei der Suche nach einer Lösung in einer rechtlichen Grauzone zwischen Persönlichkeitsrecht und Meinungsfreiheit. Nicht zuletzt stand die Frage im Raum: Wie gehe ich mit dem Archiv um?

Das hat nun ein Ende! Der Europäische Gerichtshof (EuGH) fällt ein für das Web wegweisendes Urteil. Er stärkt das Recht auf Vergessen und untermauert damit das Grundrecht auf den Schutz der Privatsphäre. Führt die Trefferliste einer Suchmaschine auf heikle persönliche Daten, kann der Betroffene künftig „unter bestimmten Voraussetzungen die Entfernung des Links aus der Ergebnisliste erwirken“, entschieden die Richter. Geklagt hatte ein Spanier gegen den Google-Konzern. Über ihn war in der Zeitung *La Vanguardia* und online über die Zwangsversteigerung seines Hauses im Jahre 1998 geschrieben worden. Bis heute führt der gesuchte Name per Google ohne Umwege direkt zur damaligen Situation des Mannes. Die Zeitung ist jedoch nicht der Adressat für eine Löschung, zudem sie die „betreffenden Informationen rechtmäßig veröffentlicht“ habe. Google dagegen wurde vom EuGH als Datenverarbeiter klassifiziert, der „automatisch, kontinuierlich und systematisch im Internet veröffentlichte Daten aufspürt“, die Daten auslese, speichere und weitergebe. Damit trage der Suchmaschinenbetreiber die volle Verantwortung für Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte. Diese würden noch dadurch gesteigert, dass der Internetnutzer mit Hilfe der Ergebnisliste ein mehr oder weniger detailliertes Profil der gesuchten Person erstellen könne.

Der Gerichtshof fußte seine Entscheidung auf die 1995 erlassene EU-Richtlinie zum Datenschutz sowie auf die jüngst verabschiedeten Vorstellungen des Europäischen Parlaments für eine neue Datenschutzregelung, in denen erstmals auch auf das „Recht auf Vergessen“ hingewiesen wurde. Nun sind die Länder gefordert, endlich einen gemeinsamen europäischen Datenschutz auf den Weg zu bringen!

Auf ein Wort

TITEL SOLO-SELBSTSTÄNDIGE

- 9 Spitzenangebote für Selbstständige**
Interview mit dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske über das Engagement der Gewerkschaft für Freiberufler
- 10 Freiheit mit Risiken und Nebenwirkungen**
Von Gundula Lasch
- 14 Wie überleben als Fotojournalist?**
Gratisangebote von Agenturen im Internet verursachen Honorareinbußen
- 15 Ein Füllhorn an Möglichkeiten**
Grafik-Designerin Jana Körber
- 16 Spezialisiert auf Special-Effekte**
Maskenbildnerinnen Nicola Pandel und Sarah Wirtz
- 16 So frei sich einzuklagen!**
Die „Tagelöhner“ beim Bayerischen Rundfunk wehren sich
- 18 Hinter den Kulissen**
Requisiteur Jan Elsner
- 18 Gegen verkürzte Tagesschichten**
Norddeutscher Rundfunk: Mehreinnahmen zum Auffüllen der Honorartöpfe nutzen
- 19 Unabhängig und ohne Reue**
Radio-Journalist Stefan Wlach
- 20 Den eigenen Intendanten verklagt**
Radio Bremen: Personalräte wollen bei Freien-Belangen mehr mitbestimmen
- 20 Streit um RBB-Freienstatus**
- 21 Das Konzept muss stimmen**
Veranstaltungstechniker Martin Glaß
- 21 Code of Practise**
Film- und Fernsehschaffende auch bei Auftragsproduktionen absichern
- 22 Die deutsche Stimme von Hobbit Pippin**
Synchronschauspieler Stefan Krause
- 23 Kolumne: Engel und Teufel zugleich?**
Zwei Berufe aus einer Hand: Journalist und PR-Verbreiter

AKTUELL

- 4 Mit Streiks erkämpft**
Mitgliederbefragung zum Tarifergebnis an Zeitungsredaktionen
- 5 Fuß fassen im Journalismus**
- 5 DOK Leipzig goes OSCAR**
- 5 Nach dem ZDF-Urteil von Karlsruhe**
- 5 Europäische Bürgerinitiative für Medienvielfalt**
- 8 Zur Erinnerung an Gisela Kessler**
- 8 Alfred Horné zum Gedenken**

KOLUMNE

- 6 Shitstorms und Propaganda**
Eine kommentierte Presseschau zur Ukraine-Berichterstattung deutscher Medien

TARIFE + BERUF

- 24 Undercover bei Zalando und Co.**
Neue Recherchen von Günter Wallraff und seinem Team fördern Kritikwürdiges zutage
- 25 Daimler will Sendeverbot**
Autokonzern gegen SWR wegen Undercover-Reportage zu Werkverträgen
- 26 Roboterjournalismus**
Journalistische Arbeit im Zuge modernster Programmier-technik

- 28 **3,9 Prozent mehr Gehalt in Buchverlagen**
- 28 **Erstes konkretes Angebot für dpa-Beschäftigte**
- 28 **Schon entdeckt? Kot & Köter**
- 29 **Keine Gebühren für Presseauskunft**
Laut wiehender Amtsschimmel über Monate
in Niedersachsen
- 30 **110 Tage Streik für Tarifvertrag**
Madsack verweigert Beschäftigten von KSC
tragfähigen Kompromiss

MEDIEN + WIRTSCHAFT

- 31 **Marke „Eisenfuß“**
Funke/Springer Deal: Wenn das soziale Gewissen geht
und der Sanierer kommt

MEDIEN + POLITIK

- 32 **Rundfunkbeitrag ist rechtmäßig**
Verfassungsgerichtshöfe weisen Unternehmensklagen ab
- 32 **Handlungsbedarf**
Europarat verabschiedet Empfehlung
zum Whistleblowerschutz
- 33 **Spiegel-Affäre bis heute aktuell**
Der Redakteur einer Gewerkschaftszeitung
erinnert sich

MEDIEN + GESELLSCHAFT

- 34 **Informationsquelle oder Spielwiese**
re:publica: Ein mediales Massenereignis mit Kick am Klick
- 35 **Verkleidet für die Demokratie**
New Yorker Medienaktivisten Yes Men überraschten
auch bei der re:publica
- 36 **Zu viele Datenstaubsauger**
Media Convention: Warnung vor Passivität
des Gesetzgebers
- 37 **Dem Zensor trotzen**
Türkische Filmemacherinnen beim IFFF in Köln
über Filmkunst in Opposition

MEDIEN + INTERNATIONAL

- 38 **Klare Positionen für die Pressefreiheit**
Interview mit Michael Rediske, Vorstandssprecher der
deutschen Sektion von Reporter ohne Grenzen (ROG)
- 40 **Medienfreiheit in Europa schützen**
Gewerkschafter aus der Europäischen Union tagten
im Berliner ver.di-Haus
- 40 **Experiment selbstbestimmter Journalismus**
- 41 **Kampf für unabhängigen Fernsehsender**
Portugiesischer Betriebsrat zu Gast bei deutschen
Personalräten
- 42 **Hassparolen verbannen**
Fachleute schlagen Alarm: Medien verbreiten vielerorts
rassistisches Gedankengut
- 43 **Türkische Journalisten freigelassen**
- 43 **Aktion für Abdallah Elshamy, Ägypten**
- 44 **Im Fernsehen vorgeführt**
Chinesische Journalistin und Autorin
der Deutschen Welle in Haft
- 44 **Birmas „Held des Widerstands“ ist tot**

SERVICE / LEUTE

- 45 **Leute / Termine**
- 46 **Impressum**



Foto: Chivv-Polentz

Frei sein mit und in ver.di

In der aktuellen Arbeitswelt nehmen Selbstständige immer mehr Raum ein. In nahezu allen Branchen wächst ihre Zahl stetig. Frei zu arbeiten, ist jedoch nicht immer die freiwillige Entscheidung des Einzelnen. Oft führt die mangelnde Aussicht auf eine Festanstellung etwa bei einem Hochschulabsolventen – nach dem zigsten Praktikum – dazu. Oder der Trend, zunehmend Arbeiten von Festen auf Freie zu verlagern, wie wir es derzeit massiv in Zeitungsredaktionen erleben, ist ein Grund. Hunderte Redakteure wurden allein in den letzten zwei Jahren „frei“ gesetzt. Für viele ist Selbstständigkeit jedoch durchaus eine Alternative zum Angestelltendasein, mitunter von Anfang an gewollt. Als Herausforderung verstanden, sein/ihr eigener Chef zu sein, kommt man/frau gut zurecht und hat Spaß bei der Arbeit. Der hört aber auf, wenn die Arbeitsbedingungen mies sind, Honorare gedrückt werden, anstatt zu wachsen; von sozialer Absicherung oder gar Altersvorsorge kaum die Rede sein kann.

In ver.di sind derzeit 30 000 Solo-Selbstständige organisiert – zu wenig angesichts von fast 2,5 Millionen in Deutschland sagt M und fragt den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske nach dem Engagement der Gewerkschaft für Solos. Und da gibt es einiges! (S.9) Gemeinsam – in und mit ver.di – nach Lösungen zu suchen, sich zu vernetzen, dafür plädiert die Vorsitzende der ver.di-Bundeskommission Selbstständige, die langjährige freie Journalistin Gundula Lasch. Die Gewerkschaft sieht sie unter anderem in der Pflicht, die Positionen der Freien gegenüber Auftraggebern zu stärken, etwa durch tarifvertragliche Regelungen wie es sie für arbeitnehmerähnliche Personen bereits gibt. (S. 10–23)

Undercover unterwegs zu sein, ist für Rechercheure heutzutage oft die einzige Möglichkeit, um miserable Arbeitsbedingungen in Unternehmen aufzudecken. Nicht selten werden auch hier inakzeptable prekäre Beschäftigungsverhältnisse zutage gefördert wie beim Autokonzern Daimler, ausgestrahlt im SWR. Das Wallraff-Team rückte Zalando und Co. auf die Pelle, zu sehen bei RTL. Mit juristischen Mitteln hoffen die Kritisierten dagegen anzukommen. (S. 24/25) Eins scheint klar, Roboter werden diese Rechercheure nicht ersetzen können, aber was kann der sogenannte Roboterjournalismus heute schon? Der Versuch einer Antwort auf S. 26/27.

Karin Wenk, verantwortliche Redakteurin

Editorial

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist
im Netz unter:
[http://mmm.verdi.de/
service](http://mmm.verdi.de/service)



Grafik: Hermann Haubrich

Mit Streiks erkämpft

Ausführliche
Informationen:

<http://dju.verdi.de>

Mitgliederbefragung zum Tarifergebnis an Zeitungsredaktionen

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di hat in der elften Verhandlungsrunde mit dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) am 24. April eine Tarifeinigung für die rund 14.000 Redakteurinnen und Redakteure sowie Freie und Pauschalisten bei Tageszeitungen erzielt.

Demnach sollen die Gehälter zum 1. Mai 2014 um 2,5 Prozent und zum 1. April 2015 ein weiteres Mal um 1,5 Prozent erhöht werden. Die Honorare für Freie steigen zum 1. Juni 2014 und zum 1. Mai 2015 jeweils um 1,8 Prozent. Erstmals ist es auch gelungen, eine entsprechende Erhöhung der Pauschalen tarifvertraglich durchzusetzen. Diese ist allerdings begrenzt auf eine Erhöhung der Monatspauschale um bis zu 40 Euro. Der neue Gehaltstarifvertrag läuft bis zum 31. Dezember 2015. Er gilt ab Oktober 2014 auch für die Onliner in den Redaktionen.



Fotos: ver.di

Redakteure der Unternehmensgruppe DuMont Schauberg streiken in Köln

„Wir haben eine lange und schwierige Tarifaufeinandersetzung hinter uns. Die Verlegervertreter wollten bis zur letzten Minute spürbare Kürzungen durchsetzen. Mit insgesamt vier Prozent mehr Geld, einer Einbeziehung der Onliner in die Redakteurstarife und durch einen neuen Manteltarifvertrag für fünf Jahre abgesicherte Arbeitsbedingungen haben wir aber am Ende ein vertretbares Ergebnis erzielt“, sagte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende und Verhandlungsführer Frank Werneke. Jetzt entscheiden die Mitglieder über das Verhandlungsergebnis. „Jede Stimme zählt“, betont Frank Werneke.

Die langwierigen Verhandlungen wurden von einer eindrucksvollen Streikbewegung getragen, von weit über tausend Festangestellten und Freien, in mehreren Streikwellen von Oktober vorigen Jahres bis zur Woche vor Ostern 2014. Nur mit Hilfe dieser kämpferischen Aktionen sei der BDZV dazu bewegt worden, seine massiven Widerstände gegen eine tragfähige Einigung aufzugeben. „Die Berufsgruppen bleiben weitgehend erhalten und werden nicht, wie von den Verlegervertretern bis zuletzt gefordert, im Volumen über die Berufsjahre um bis zu vierzehn Prozent abgesenkt. Die neue Berufsgruppe für Einsteiger ohne journalistische Ausbildung bleibt auf zwei Jahre beschränkt und wird nicht zur dauerhaften Leichtlohngruppe. Das war uns wichtig“, unterstrich Werneke.

Es sei von vornherein klar gewesen, dass für die tarifliche Absicherung der Onliner ein „Preis“ zu entrichten sein werde. Dieser bestehe in der schrittweisen Absenkung von Urlaubsgeld und Jahresleistung von 1,75 auf 1,5 Monatsgehälter im Jahr 2019, beginnend mit dem Urlaubsgeld 2015. Neu Eingestellte ab dem 1. Juli 2014 haben Anspruch auf Urlaubsgeld und Jahresleistung in Höhe von insgesamt

1,5 Monatsgehältern. Für die Beschäftigten in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen haben die jeweiligen Verlegerverbände zur Voraussetzung für einen Tarifabschluss gemacht, dass die Kürzung auf 13,5 Monatsgehälter ebenfalls mit der Auszahlung der Jahresleistung in diesem Jahr in einem Schritt umgesetzt wird.

Für die Zahl der Urlaubstage wurde vereinbart, dass alle derzeit Beschäftigten noch einen Sprung in der bisherigen Urlaubstagestaffel machen sollen. Dieser Anspruch gilt dann fort. Neu Eingestellte erhalten 30 Tage Urlaub. Der neue Manteltarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2018.

Überraschend hat der Verband der Zeitungsverlage Norddeutschland nunmehr mitgeteilt, dass er das zwischen dem BDZV und der dju in ver.di ausgehandelte Tarifergebnis nicht mittragen könne angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Er sehe sich „gezwungen, zu Verhandlungen über weitergehende Tarifregelungen für Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen auf Landesebene einzuladen.“

Als „vollkommen unverständlich und empörend“ bezeichnet der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke diese Absage. „Das Verhandlungsergebnis in der Fläche sieht für die Nordverlage bereits weitgehende Zugeständnisse bei der Entwicklung von Jahresleistung und Urlaubsgeld vor. Damit sind wir an die Grenzen dessen gegangen, was wir unseren Mitgliedern zumuten können. Es gibt weder wirtschaftliche noch andere nachvollziehbare Gründe für weitere Opfer“, machte Werneke deutlich. Der Gehalts- und der Manteltarifvertrag in den beiden Bundesländern befänden sich nun in der Nachwirkung für alle Gewerkschaftsmitglieder. Sie gelten uneingeschränkt. Der Tarifabschluss habe Kompromisse aller Beteiligten gefordert und trage der Forderung nach einer regionalen Lösung für den Norden hinreichend Rechnung. Dass die Zeitungsverleger in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sich nun darüber hinwegsetzten, nachdem andere Landesverbände dem Verlegerverband bereits seit längerem kein Verhandlungsmandat mehr erteilt hatten, wecke Zweifel an der tarifpolitischen Durchsetzungsfähigkeit des BDZV.



Bis kurz vor Verhandlungsschluss dauerten auch die Proteste in Bayern an

Die Tarifeinigung steht unter einem Erklärungsvorbehalt bis zum 30. Juni 2014. Bis zum 3. Juni läuft die Umfrage bei ver.di. Die Kolleginnen und Kollegen im Norden haben das Recht auf ein Sondervotum zum Verhandlungsergebnis. Danach wird die zuständige ver.di-Tarifkommission über das Verhandlungsergebnis entscheiden. **wen** ■



Foto: ver.di

Studenten der Bonner Universität im Juni 2013

Fuß fassen im Journalismus

Zum zweiten Mal bietet die dju zusammen mit der Jugendpresse Hessen eine Veranstaltung für interessierte Nachwuchsjournalistinnen an. Termin ist der 13. Juni von 14 bis 18 im DGB-Jugendclub, Wilhelm-Leuschner-Str. 69–77, Frankfurt/Main. Nach einem Einführungsvortrag sind zwei Workshops zu journalistischen Arbeitsfeldern geplant. Dafür konnten Redakteure des *Darmstädter Echos* und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* gewonnen werden. Außerdem wird ein Volontär des Hessischen Rundfunks von seinen Erfahrungen berichten und eine junge Journalistin beschreibt ihren Weg mit jungen Medienmachern bis zur Gründung eines eigenen Magazins.

<http://tinyurl.com/mqp9eek>

DOK Leipzig goes OSCAR

Das Internationale Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm, DOK Leipzig, ist von der Academy of Motion Picture Arts and Sciences in Los Angeles zum „Academy Qualifying Festival“ erklärt worden. Der Gewinn der Goldenen Taube der DOK Leipzig im Internationalen Wettbewerb für kurze Dokumentarfilme führt ab 2014 zur Berücksichtigung des Preisträgerfilms im jährlichen Wettbewerb um den OSCAR in der Kategorie Documentary Short Subject, sofern der Film alle weiteren Kriterien für den ACADEMY AWARD erfüllt.

Für die 57. Ausgabe der DOK Leipzig können Filme noch bis 10. Juli 2014 eingereicht werden.

www.dok-leipzig.de/festival/entry und www.oscars.org/rules

Nach dem ZDF-Urteil von Karlsruhe

Anlässlich des Urteils des Bundesverfassungsgerichts im Rahmen der Normenkontrollklage gegen den ZDF-Staatsvertrag veranstaltet ver.di am 4. Juni im ZDF-Sendezentrum im Mainz, Studio 3, Sendebetriebsgebäude, eine Tagung, die das Urteil umfassend unter die Lupe nimmt, zu der ver.di herzlich einlädt. Die Veranstaltung ist hochkarätig besetzt, neben dem stellvertretenden ver.di-Vorsitzenden Frank Werneke sprechen und diskutieren u.a. Prof. Dr. Dieter Grimm, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht; Prof. Dr. Karl-Eberhard Hain, Prozessbevollmächtigter von Rheinland-Pfalz und Hamburg; Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF und Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz. Programm: <http://tinyurl.com/o39dyoo>
Um kurze Anmeldung an stephan.kolbe@verdi.de wird gebeten.

Europäische Bürgerinitiative für Medienvielfalt

Mit der aktuellen Kampagne Alphabet wirbt die „Europäische Bürgerinitiative für Medienpluralismus“ (EIMP) für weitere Unterschriften. Angelockt durch einen verschlüsselten Text auf www.dju.verdi.de, gelangt man direkt zur Kampagne, kann den Text entschlüsseln, weitere Informationen erhalten und unterschreiben. In Deutschland werden 75.000 Unterschriften gebraucht. Die „Europäische Bürgerinitiative für Medienpluralismus“ setzt sich dafür ein, dass die europäischen Institutionen das Recht auf freie, unabhängige und pluralistische Informationen schützen. Sie vereint Organisationen, Medien und Berufsverbände aus ganz Europa mit dem unmittelbaren Ziel, eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) voranzutreiben, die die Europäische Union auffordert, eine Medienpluralismus-Richtlinie zu entwickeln, die einer Eigentumskonzentration im Medien- und Werbemarkt entgegenwirkt. Leitlinien und Best Practices neuer, zukunftsfähiger Verlagsmodelle sollen die Qualität des Journalismus garantieren und diejenigen unterstützen, die in dieser Branche arbeiten. Beteiligt sind Organisationen aus sieben Ländern. Die dju in ver.di unterstützt die EBI und bittet ihre Mitglieder um ihre Unterschrift. <http://tinyurl.com/lg74zrv> und www.mediainitiative.eu/de



THE EUROPEAN INITIATIVE
FOR MEDIA PLURALISM

Anzeige

Sicherheit
Rendite
Flexibilität

4,5% p.a.



Premium-Vorsorge
für Medienschaffende

Presse-Versorgung

Shitstorms und Propaganda

Eine kommentierte Presseschau zur Ukraine-Berichterstattung deutscher Medien

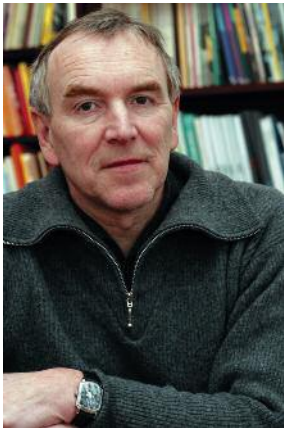


Foto: Ch. v. Polentz / transfoto.de

↳ Günter Herkel

lebt in Berlin und arbeitet als freier Medienjournalist für Branchenmagazine in Print und Rundfunk.

Von Günter Herkel | Für die weitaus überwiegende Zahl der Medien scheint die Rollenverteilung seit dem politischen Umsturz in der Ukraine klar definiert: Hier die bösen, nach Wiedererlangung alter Weltmacht dürstenden Russen, da die guten, freiheitsliebenden und westlichen Werten zugeneigten Aufständischen am Maidan. Bei der Unterfütterung dieser Position vergaßen viele Korrespondenten Grundregeln des journalistischen Handwerks. Etwa den guten alten Brauch, Protagonisten beider Seiten angemessen zu Wort kommen zu lassen.

Das medienkritische NDR-TV-Magazin „Zapp“ klopfte bereits zur Jahreswende in drei verschiedenen Monaten jeweils eine Woche lang „Tagesschau“ und „Tages-themen“ auf die Vielfalt der Stimmen ab. Ergebnis: Fast 80 Prozent der Interviewpartner waren seinerzeit Regierungsgegner. Der Aktionsradius der im noblen Hotel „Ukraina“ untergebrachten Korrespondenten beschränkte sich anfangs auf das Camp am Maidan und dessen unmittelbare Umgebung. Recherche in anderen Vierteln der Stadt oder gar in anderen Regionen des Landes? Fehlanzeige. Umso größer die Verwirrung, als sich später herausstellte, dass in der Ostukraine die meisten Menschen keine gelbblauen Fähnchen schwingen. Gegen die antirussische Schlagseite der Berichterstattung deutscher Medien formiert sich inzwischen reichlich Widerstand – zumindest in sozialen Netzwerken und Leserbriefspalten kommt es gelegentlich zu wahren Shitstorms.

Information und Manipulation

Ein Großteil der Medien ließ für differenzierte Betrachtungsweisen kaum Raum. Verständlich: Wer jenseits der einfachen Schwarz-Weiß-Malerei des Mainstreams etwas über die Verhältnisse in der Ukraine herausfinden will, muss investieren: Recherchen kosten Zeit und Geld. „Kleinigkeiten“ wie Paragraph 7 des EU-Assoziierungsabkommens, in dem auch von militärischer Zusammenarbeit die Rede ist, wurden schlicht unterschlagen. Bekanntlich hat der Westen sein 1989 gegebenes Versprechen, mit der NATO nicht über Deutschland hinaus nach Osten zu expandieren, vielfach gebrochen. Dass Russland dem unverhohlenen Werben der NATO um die Ukraine nicht tatenlos zusehen würde, war absehbar.

Prorussisch böse, prowestlich gut – Zwischentöne sind schließlich „Krampf im Klassenkampf“. Jazenjuk gut, Janukowitsch böse, na klar! Wer ein Vermummungs- und Bewaffnungsverbot bei Demonstrationen erlässt, konnte schließlich nur ein Diktator sein, der nach dem Polizeistaat lechzt. Ob Angela Merkel brennende Autoreifen, marodierende Nazi-Schläger und besetzte Ministerien im Berliner Regierungsviertel als Ausdruck lebendiger Demokratie werten würde? Unwahrscheinlich. Nachdem auch in der Ost-Ukraine Barrikaden errichtet und öffentliche Gebäude besetzt werden, passiert Erstaunliches: Die gleichfalls mit Hasskappe vermummten Protagonisten heißen in

deutschen Medien nun nicht mehr Freiheitskämpfer, sondern „Putins Schergen“ oder „fünfte Kolonne Moskau“. Wann immer Jazenjuk in der Ostukraine Militär gegen die eigene Bevölkerung einsetzt, übernehmen fast alle deutschen Medien die offizielle Sprachregelung von „Anti-Terror-Einsätzen“. Allerdings ohne Gänsefüßchen. Die Formulierung „prorussischer Mob“ schaffte es bis in die öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen.

Warum aber fand der Brandanschlag nationalistischer Kreise auf das Gewerkschaftshaus in Odessa am 2. Mai in den deutschen Medien so wenig Beachtung? Ein Ereignis, bei dem mehr als 40 Menschen ums Leben kamen und 200 weitere verletzt wurden? Richard Zietz nannte es im *Freitag* den „Medien-GAU von Odessa“. Tatsächlich hatte es den Anschein, als wetteiferten die hiesigen Meinungsmacher darum, diese „Tragödie“ (Außenminister Frank-Walter Steinmeier) möglichst herunter zu spielen, in eine Randnotiz unter „Verschiedenes“ abzudrängen. Könnte es daran gelegen haben, dass hier kein prorussischer, sondern offenbar ein proukrainischer „Mob“ zündelte? Möglicherweise unter Beteiligung rechtsextremer Banden? Und dass die verkohlten Toten nicht als Propagandainstrument zur Hetze gegen den „Brandstifter Putin“ taugten? Das vermeintliche „Leitmedium“ *Die Zeit*, berichtet Zietz, „versteckte das Massaker in dem obligatorischen Newsticker-Salat und konzentrierte sich stattdessen – garniert mit den üblichen Schuldzuweisungen in Richtung Russland – auf die neuesten diplomatischen Verwicklungen“. Verwicklungen, die daraus resultierten, dass ausgerechnet deutsche Bundeswehrangehörige im Rahmen eines fragwürdigen OSZE-Mandats in der Ostukraine aufgefallen und festgesetzt worden waren. Da möchte man zynisch Entwarnung geben: „Keine Deutschen unter den Opfern!“ Merke: Wer als Opfer in unserer freien Presse einen ordentlichen journalistischen Nachruf haben will, muss zur rechten Zeit am rechten Ort sterben. Und auf der rechten Seite stehen.

Ganz auf Linie mit den Eliten

Warum unterstützen so viele Journalisten vor allem deutscher Leitmedien kritiklos eine Außenpolitik, die mit ihrer einseitigen Parteinahme für die Übergangsregierung in Kiew, mit unwirksamen Sanktionen/Sanktionsdrohungen gegenüber Russland wirkliche politische Lösungen eher behindert als wahrscheinlicher macht? Denn dass die deutschen Leitmedien von Anfang an klar Partei ergriffen, ist offensichtlich. Ob Michael Stürmer, Chefkorrespondent der *Welt*, Stefan Kornelius und Klaus-Dieter Frankenberger, die Ausland-Ressortleiter von *Süddeutsche* und *FAZ* oder *Zeit*-Herausgeber Josef Joffe – sie alle üben sich in permanentem Putin-Bashing und verbaler Mobilmachung, häufig garniert mit der Forderung nach einer massiven Steigerung der westlichen Rüstungsausgaben. Was sonst eint diese Leitartikler? Zum Beispiel die Mitgliedschaft in der „Atlantik-Brücke“, einem elitären

Lobbyverein zur Förderung der deutsch-amerikanischen Freundschaft. Zugleich nur einer von vielen „Think Tanks“, in denen bundesdeutsche und US-Politiker und Journalisten sich „in diskreter Atmosphäre“ auf ein gemeinsames Weltbild verständigen. „Die meisten führenden Journalisten sind im Westen sozialisiert mit einer Nähe zu den USA und zur NATO“, sagte Uwe Krüger, Medienwissenschaftler an der Uni Leipzig in der bereits erwähnten Ausgabe von „ZAPP“. Krüger legte unlängst die Studie „Meinungsmacht“ vor, in der er im Rahmen einer kritischen „Netzwerkanalyse“ den „Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten“ untersucht. Eine seiner Hypothesen zum tendenziösen publizistischen Output der oben genannten vier Eliteschreiber: „Die Ursachen von Krisen werden immer woanders bzw. bei anderen gesucht: Der eigene Beitrag zum Unfrieden (etwa Deutschlands, der NATO, der USA) wird nicht diskutiert.“

Dämonisierung des „Feindes“

„Putin ist ein Verbrecher, Putin ist ein Despot und er ist ein Kriegstreiber“ – für den Grünen und EU-Abgeordneten Werner Schulz ist die Sache klar; und er bekommt für derlei konstruktive Beiträge zur „Völkerverständigung“ viele Foren, ob im Deutschlandfunk-Interview oder bei „Günther Jauch“. Überhaupt die Talk-Shows: „Putin, der Große“, „Putins Machtspiele“, „Putin weiter auf dem Vormarsch!“, „Spielt Putin mit dem Feuer?“ – Journalistische Vielfalt, möchte man spotten, sieht anders aus. Bei diesem Trommelfeuer mögen auch die Politmagazine nicht zurückstehen. *Der Spiegel* nennt ihn „Brandstifter“, das österreichische Magazin *Profil* adelt ihn zum „gefährlichsten Mann der Welt“. Personalisierung, Pauschalisierung und Dämonisierung des politischen Gegners sind seit jeher beliebte Instrumente aus dem Baukasten vorurteilsbeladener, gelegentlich auch hetzerischer Publizistik. Diesmal bemühte Deutschlands oberster Finanzverwalter Wolfgang Schäuble mal wieder die Nazi-Analogie (Putin-Krim = Hitler-Sudetenland). Justizministerin Hertha Däubler-Gmelin kostete ein solcher Vergleich 2002 noch das Ministeramt. Ihr Pech: Sie hatte den völkerrechtswidrigen Irakkrieg Bushs (der übrigens auch in deutschen Leitmedien viele Sympathisanten fand) mit Hitlerschen Methoden in Verbindung gebracht. Schäuble kam mit einem leichten Rüffel der Kanzlerin davon – es ging ja nur gegen den „Kriegstreiber“ Putin. Auch an der Gesellschaftsfähigkeit der ukrainischen Präsidentschaftskandidatin Julia Timoschenko dürfte sich für westliche Medien und Staatsmänner wenig geändert haben – trotz (oder vielleicht sogar wegen) ihrer peinlicherweise publik gewordenen Mordphantasie gegen den „Bastard“ Putin.

Die halbstaatliche deutsche Telekom treibt derzeit eine „schlimme Vermutung“ um: „Wladimir Putin will auch Finnland und Georgien annektieren“, so eine Meldung auf *t-online.de* vom 31. März. Hinweisgeber: Ein ehemaliger Berater Putins, „der derzeit als Senior Manager Mitglied des einflussreichen ökonomisch-politischen US-Think-Tanks Cato Institute arbeitet“. Keine Quelle zu windig, kein Argument zu dämlich, als dass sie nicht von irgendwelchen bundesdeutschen „Qualitätsmedien“ als zitierfähig angesehen würden. Etwa von *stern.de* („Will Putin jetzt auch Finnland?“), wo Rußlands Präsident der Wunsch nach einer „Rückkehr zu den Tagen des letzten Zaren,

Nikolaus II., und der Sowjetunion unter Stalin“ untergeschoben wird. Da lässt sich auch Übergangspräsident Jazenjuk nicht lumpen: „Putin will den Dritten Weltkrieg!“ Hysterie war bekanntlich noch nie ein guter politischer Ratgeber. Die deutschen Medien zitieren auch hier brav. Anstatt in eine Debatte über den Geisteszustand des vom Westen hofierten Politikers einzusteigen. Egal: Jazenjuk ist prowestlich, befürwortet den NATO-Beitritt der Ukraine und ist laut *Financial Times* der „Favorit der Amerikaner“. Letzte Meldung: Hunter Biden, Sohn von US-Vizepräsident Joe Biden, soll Direktoriumsmitglied des ukrainischen Gaskonzerns Burisma werden. Dämmert's?

Klitschko und Klitterer

Wo ist eigentlich Vitali Klitschko abgeblieben? Einige Monate galt er als Hoffnungsträger – weniger in der Ukraine als bei der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung. Und bei der *Bild*-Zeitung, die ihm regelmäßig eine Kolumne einräumte. Was qualifizierte ihn dafür? Ein dritter Platz bei den Kiewer Bürgermeisterwahlen? Oder gar sein Bündnis mit der rechtsextremen Swoboda-Partei? Man habe zwar verschiedene Ideologien, aber auch Gemeinsamkeiten, verteidigte sich der Ex-Boxer gegen entsprechende Kritik: „Wir kämpfen gegen die heutigen Machthaber, und wir wollen europäische Werte in unserem Land“. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung urteilte anders über die von Klitschko gebildete Allianz: Sie distanzieren sich nicht eindeutig von Swobodas „antisemitischer, fremdenfeindlicher und rassistischer Rhetorik“ und habe damit Swoboda in den Augen der Öffentlichkeit „vom Stigma befreit“.

Spätestens seit der Krim-Krise hat sich ein Teil der deutschen Medien endgültig in die Schützengräben begeben. Leider mischen da auch einige öffentlich-rechtliche TV-Stars mit. Erinnert sei nur an den denkwürdigen Auftritt von ZDF-Anchorman Claus Kleber, der Siemens-Chef Jo Kaeser in geradezu impertinent-inquisitorischer Manier in die transatlantische Solidarität gegen Putin nötigen wollte. Kleber ist übrigens Kuratoriumsmitglied der „Stiftung Atlantik-Brücke“, gehört somit ebenfalls zum Kreis der NATO-Versteher.

Zum Vorstand der „Atlantik-Brücke“ gehört auch Bild-Chef Kai Diekmann. Normal: Springer-Journalisten werden ja schon bei Unterzeichnung ihres Arbeitsvertrags per „Unternehmensleitsatz“ dazu genötigt, sich allzeit für die „Unterstützung des transatlantischen Bündnisses und die Solidarität in der freiheitlichen Wertegemeinschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika“ einzusetzen. Da wundert es dann auch nicht mehr, dass *Bild* jetzt eine günstige Gelegenheit gekommen sieht, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu revidieren. Zumindest symbolisch. „Wir wollen keine Russen-Panzer am Brandenburger Tor“ – so lautet die Headline einer Petition, mit der das Boulevardblatt für die Entfernung des Ehrenmals für die Rote Armee bei seiner Kundschaft wirbt. Begründung: In einer Zeit, in der russische Panzer das freie, demokratische Europa bedrohten, sei diese Präsenz nicht mehr angemessen.

Gegenvorschlag: Bei der nächsten US-Drohnen-attacke, der in Pakistan oder sonstwo auf der Welt unschuldige Menschen zum Opfer fallen, sollten wir uns mal ernsthaft über den Rosinenbomber in Berlin-Tempelhof unterhalten. ■



Archivfoto: Bert Bockelmann

Leidenschaftlich und kämpferisch

Zur Erinnerung an Gisela Kessler

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft und ihr Fachbereich Medien, Kunst und Industrie trauern um ihre Kollegin Gisela Kessler, die am 14. Mai 2014 in ihrer Wahlheimatstadt Nürnberg nach schwerer Krankheit im Alter von 78 Jahren gestorben ist. Gisela Kessler war vor ihrem Eintritt in den Ruhestand von 1992 bis 1995 stellvertretende Vorsitzende der Industriegewerkschaft Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst, einer der ver.di-Gründungsorganisationen, nachdem sie über 20 Jahre als Frauensekretärin im Hauptvorstand der IG Druck und Papier und der IG Medien gewirkt hatte.

In ihrer Heimatstadt Frankfurt am Main entfaltete die junge kaufmännische Angestellte schon während ihrer Ausbildung gewerkschaftliche Aktivitäten, wurde freigestellte Jugendvertreterin beim Fernmeldeamt 1 in Frankfurt und später stellvertretende Personalratsvorsitzende bei der Deutschen Bundespost. Später arbeitete Gisela Kessler von 1967 bis 1971 als Rechtsschutzsekretärin beim DGB in Wiesbaden, bevor sie 1972 als Frauensekretärin zur IG Druck und Papier nach Stuttgart wechselte.

Untrennbar mit ihrem Namen verbunden bleibt die Solidaritätsbewegung mit den Heinze-Frauen und deren Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, die Ende der 1970er bundesweit Aufsehen erregte. Die Frauen gewannen ihre Prozesse 1981 in letzter Instanz. Zur Urteilsverkündung des Bundesarbeitsgerichts demonstrierten 7.000 Menschen in Kassel. So hat Gisela Kessler die gewerkschaftliche Frauenarbeit weiterentwickelt, wirkte u. a. als stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende des Papierverarbeitungskonzerns VP Schickedanz und als Vorsitzende der Vertreterversammlung in der Berufsgenossenschaft Druck und Papierverarbeitung. Sie organisierte spektakuläre Aktionen wie das „Tribunal gegen Flexibilisierung und ungeschützte Arbeitsverhältnisse“ 1988 in Wiesbaden.

In ihrem Ruhestand beteiligte sich die Gewerkschafterin 2004 maßgebend an der Gründung und dem Aufbau der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) und 2007 an deren Zusammenschluss mit der PDS zur Partei „Die Linke“, in der sie bis 2009 die Funktion einer stellvertretenden Vorsitzenden des Ältestenrats bekleidete.

Gisela Kesslers „Ideen, ihr Feuer, ihre Ausdauer wurden und werden geschätzt und bewundert“, schrieb die Journalistin Marina Achenbach in einem Porträt über die Gewerkschafterin. Gisela Kessler hat ihr Leben lang leidenschaftlich und kämpferisch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Durchsetzung und Verteidigung ihrer Interessen in Betrieb und Gesellschaft ermutigt und sie dabei beraten und unterstützt, stellten ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske und Vize Frank Werneke fest. Und: „Wir werden Gisela Kessler nicht vergessen und uns stets respektvoll an sie erinnern.“ **hem ■**

Klug und beharrlich mit Witz und Ironie

Alfred Horné zum Gedenken

„Wer gegen den Strom schwimmt, muss einiges schlucken können.“ Mit diesen Worten hat Alfred Horné, damals Vorsitzender der Gewerkschaft Kunst im DGB und Co-Vorsitzender der IG Medien im Kooperationsstatus, mir einmal die „Mühen der Ebenen“ deutlich gemacht. Er war ein kluger Mensch, der mit Witz und Ironie sowie außerordentlicher Beharrlichkeit seine und auch unsere gewerkschaftlichen Ziele verfolgte. Eines davon war die IG Medien, eine gewerkschaftliche Organisation, die den Medienkonzernen und Herrschenden im Kunstbereich auf Augenhöhe begegnen konnte.

Am 3. Dezember 1984 in Düsseldorf wurde die IG Medien als gemeinsames Dach der weiterhin noch selbständigen Gründungsgewerkschaften (IG Druck und Papier und Gewerkschaft Kunst) endlich ins Leben gerufen wurde. „Eilzug mit Verspätung“, titelte Alfred Horné einen Artikel in der hff. Mit spitzer Feder und dem ihm eigenen Humor und Sarkasmus schilderte er die „Sonderfahrt“ zum Zielbahnhof. Auf der Fahrt dorthin war er immer wieder beides gewesen: Zugführer und Ein-Heizer.

In all diesen Jahren hat der gelernte Rundfunk-Journalist mit guten Kolleginnen, Kollegen und Freunden konsequent den eingeschlagenen Weg verfolgt. Die Widerstände in den eigenen Reihen der RFFU und Gewerkschaft Kunst, aber zum Teil auch im DGB, waren nicht gering. Borniertheit, pure Arroganz, reale oder eingebildete Macht waren ebenso zu überwinden wie Rechthaberei oder vermeintlich besseres Wissen. Sein politisches und humanistisches Plädoyer für kollegiales Miteinander und Einigkeit: „Wir müssen ... auch als Gewerkschafter lernen, in persönlichen Konflikten miteinander umzugehen, ohne uns persönlich zu verfeinden und ohne der Sache, für die wir alle einstehen, Schaden zuzufügen.“



Foto: Gregor Feindt

In den letzten Jahren hat er, zuerst gemeinsam mit seiner geliebten Frau, in einem Altersheim in München gewohnt. Auch hier mischte er sich ein. Besonders interessiert war er bei unserer letzten Begegnung an dem, was wir als Gewerkschaften in und für Europa machen. Noch im hohen Alter hat er über die täglichen Anforderungen hinaus auf Zukunftsprobleme geschaut und sich mit ihnen auseinandergesetzt.

Er hat, mit all seinen Kräften und Fähigkeiten, Wesentliches für den gesellschaftlichen Fortschritt, für die Kolleginnen und Kollegen im Kunst- und Medienbereich geleistet. Nicht selten war er der realen Bewegung gedanklich etwas voraus und musste harten Gegenschlägen trotzen. Das hat er souverän und selbstlos handelnd gemeistert. Alfred Horné ist am 3. Mai im Alter von 85 Jahren gestorben. Wir denken an ihn in Trauer und Anerkennung.

Heinrich Bleicher-Nagelsmann ■

Spitzenangebote für Selbstständige

Über das Engagement der Gewerkschaft für Freiberufler/innen sprach M mit dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske



Foto: ver.di

Freiberuflichkeit genügen muss, um sich von abhängiger Beschäftigung zu unterscheiden.

Zudem sind wir nachhaltig engagiert, die soziale Absicherung von Solo-Selbstständigen, Stichwort Künstlersozialkasse, zu verteidigen und noch zu verbessern – zum Beispiel indem die Auftraggeber an den Kosten der sozialen Sicherung für Selbstständige beteiligt werden. Und wir kümmern uns um Musterverträge und Mindesthonorare. Allerdings stehen wir Medienunternehmen gegenüber, die nicht immer fair mit den für sie tätigen Freiberuflern umgehen. Und die ihre Medienmacht nutzen, um Politikerinnen und Politiker davon abzuhalten, faire Spielregeln gesetzlich zu verankern und umzusetzen.

An der Vergütung im öffentlichen Dienst hängen indirekt viele arbeitnehmerähnlich freiberuflich Beschäftigte. Kannst du dir vorstellen, dass ver.di die Arbeitgeber dazu kriegen kann, auf der Grundlage des § 12 a Tarifvertragsgesetzes darüber zu verhandeln?

Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist es durchaus der Fall, dass die von ver.di erkämpften Prozentpunkte auf Angestellte und arbeitnehmerähnliche Freie übertragen werden. Wenngleich es immer mal wieder Schwierigkeiten gibt. Ob es einen Sinn macht, das auf eine allgemeinere Ebene zu verlagern, muss sehr sorgfältig überlegt werden.

Die Gewerkschaften – und allen voran ver.di – haben einen großen Erfolg errungen: Der gesetzliche Mindestlohn steht vor der Tür. Allerdings werden immer noch Ausnahmen gefordert zum Beispiel für Zeitungszustellerinnen und -zusteller. Welche Perspektiven ergeben sich in dieser Situation für Freiberufler/innen?

Andrea Nahles, die Bundesarbeitsministerin, hat bei der Vorstellung ihres Gesetzentwurfes gesagt: „Der gesetzliche Mindestlohn soll den Arbeitnehmern ihre Würde wahren helfen.“ Gut! Würde aber kennt keine Ausnahmen, auch nicht für Arbeitslose und minderjährige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das sieht die große Koalition noch anders. Deshalb machen wir bis in den Herbst hinein noch mal eine Mindestlohntour quer durch das Land – in Gießen sind wir gestartet. In der Medienbranche müssen gerade die prekär Beschäftigten in der Zeitungszustellung endlich flächendeckend besser abgesichert werden.

Was für den Stücklohn in der Zeitungszustellung gilt, gilt ähnlich auch für Solo-Selbstständige, seien sie nun arbeitnehmerähnlich oder nicht: Auch hier geht es am Ende um ein Honorargefüge, das dem Mindestlohn entspricht. Das setzt aber voraus, dass der „vierten Gewalt“ von Bund und Ländern keine Ausnahmen beim Mindestlohn zugestanden werden.

Interview: Karin Wenk ■

selbstständig denken

<https://selbststaendige.verdi.de>
<http://mediafon.net>

dju-Seminar für Freie

„Pressevielfalt sichern – Ökonomische Grundlagen freier journalistischer Arbeit“ ist der Titel eines Seminars der dju in ver.di für freie Journalisten vom 27. – 29. Juni in Lage-Hörste.

Mehr Informationen und Anmeldeformular unter <http://tinyurl.com/l8uj8by>

In Deutschland sind 6 Prozent aller Erwerbstätigen Solo-Selbstständige. In ver.di machen die Freien und Selbstständigen 1,5 Prozent der Mitgliedschaft aus. Ist ver.di für diese Kolleginnen und Kollegen nicht attraktiv genug?

Frank Bsirske | Gewiss orientieren sich viele Selbstständige und Freiberuflerinnen traditionell an beruflichen Verbänden. Viele wissen nicht einmal, dass Freiberufler in ver.di gut aufgehoben sind und dass wir für ihre Interessen aktiv sind. Dabei kann sich unsere Dienstleistungsgewerkschaft mehr als sehen lassen: wir haben Netzwerke, Arbeitsstrukturen und Fachleute. ver.di stellt sehr gute Beratungsleistungen zur Verfügung. Wir sind vor Ort besser erreichbar als jeder Verband. Die Beratungsangebote, die unseren Mitgliedern stets von überall her zugänglich sind, allen voran mediafon, sind Spitze. Alles sehr gute Gründe ver.di durch eine Mitgliedschaft zu stärken.

In vielen Branchen ist eine massive Umgestaltung der Arbeitswelt im Gange. Gerade in der Medienbranche zeigt sich die Restrukturierung sehr deutlich in der Verlagerung von Tätigkeiten auf Selbstständige oder auch Scheinselbstständige. Wie kann ver.di mit diesen Herausforderungen umgehen?

Die Auslagerungsprozesse treffen in den Medien auf eine lange Tradition der Freiberuflichkeit. Die Gewerkschaften, vormals die IG Medien und nun ver.di, setzen an verschiedenen Punkten an:

Einerseits bei tarifvertraglichen Gestaltungsräumen auf der Grundlage des Paragraphen 12a des Tarifvertragsgesetzes für arbeitnehmerähnliche Personen – eine Gesetzesgrundlage, die übrigens von den Gewerkschaften erwirkt worden ist. Indirekt strahlen diese dann auch auf Selbstständige aus, die nicht als arbeitnehmerähnlich gelten, z.B. bei den Honorarsätzen.

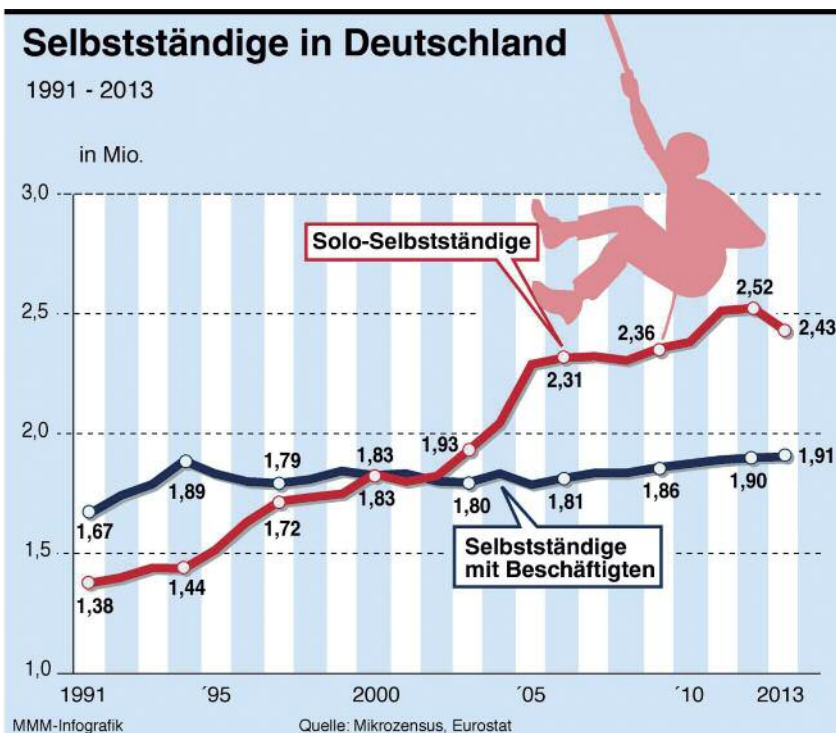
Andererseits durch die Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit mit Hilfe von Kriterien, denen eine

Die Zahl der Freien und Solo-Selbstständigen wächst stetig. Sie prägen den aktuellen Wandel in der Arbeitswelt erheblich. In der Medienbranche befindet sich die Mehrzahl von ihnen seit Jahren in einer Abwärtsspirale. Lange gab es keine Honorarzuwächse. Dennoch ist Selbstständigkeit für viele eine Alternative zum Angestelltendasein. Jedoch muss um faire Arbeitsbedingungen und soziale Sicherung weiter gerungen werden – gemeinsam und mit ver.di.

Von Gundula Lasch



Freiheit mit Risiken und Nebenwirkungen



„Gebildet, frei und arm“ titelte das *Handelsblatt* am 13. Februar 2014, viele andere Medien gaben ähnliche Bewertungen ab. Die Debatte um die „digitalen Tagelöhner“, die „Medien-Bohème“ und die Freiheit, die viele Solo-Selbstständige mit Armut und ungesicherter Zukunft bezahlen, ging in die nächste Runde. Die Veröffentlichungen beriefen sich auf eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin, nach der die Erwerbseinkünfte Solo-Selbstständiger deutlich geringer als die der abhängig Beschäftigten ausfielen. Und ein knappes Drittel, so die Studie, könne mit einem durchschnittlichen Bruttoverdienst von weniger als 13 Euro pro Stunde dem Niedriglohnssektor zugeordnet werden.

Was nur am Rande erwähnt wurde, ist die extreme Spreizung der Einkommen: Während zum Beispiel freiberufliche TV-Moderatorenstars oder erfolgreiche Künstler/innen ihre Honorare frei verhandeln können und einige von ihnen sogar in der Millionärsliga rangieren, können auf Zeilenbasis arbeitende freie Journalist/innen nur noch überleben, wenn sie parallel lukrativere PR-Jobs annehmen. Während im IT-Bereich Stundenhonorare von 80 Euro eher die Untergrenze sind und Texter/innen bei Werbe- und Medienagenturen bis zu 500 Euro Tageshonorar einstreichen können, haben selbstständige Kurierfahrer nach Abzug ihrer eigenen Kosten oftmals gar nichts verdient. Ähnlich ergeht es unter anderem (oftmals unfreiwillig selbstständigen) Honorarkräften an Volkshochschulen, deren Netto-Einkommen trotz Vollarbeit nicht einmal das Existenzminimum deckt.

In der Medienbranche befindet sich die Mehrzahl der Freien seit mehr als zehn Jahren in einer Abwärtsspirale. Titel verschwinden, Zeitungsredaktionen werden zentralisiert, journalistisch gefüllte Sendezeiten entfallen, Agenturen schließen ... zusätzliche Einkünfte durch Mehrfachverwertungen werden durch mangelnde finanzielle Beteiligung an den Nutzungsrechten im Internet extrem erschwert.

Druck auf Honorare wächst

Und der Druck auf die Honorare wächst weiter: Radio- und Fernsehsender vergeben ihre Aufträge immer häufiger an Produktionsfirmen – so kommen sie nicht in die Verlegenheit, viel beschäftigte Freie aufgrund von Scheinselbstständigkeit selbst anstellen zu müssen. Das Arbeits- und damit Einkommensvolumen für die einzelnen freien Mitarbeiter/innen schrumpft so und reicht bei vielen nicht mehr zum Überleben. Parallel wachsen die Arbeitsanforderungen. Zum Radiobeitrag gleich noch einen Text für online mit zu liefern, ist mittlerweile an der Tagesordnung.

**„Aus 8
mach 1“****Chef****+ Sekretärin****+ Kunden-
akquisiteur
und
Beraterin****+ Kreativ-
direktor****+ Recher-
cheurin****+ Arbeits-
biene****+ Buchhalter****+ Dauer-
brenner****=
1 Frei-
berufler**

Ähnlich läuft es bei den Printmedien: Zeilenhonorare von 13 bis 15 Cent sind bei Tageszeitungen mittlerweile weit verbreitet. Hier gelang es zwar nach jahrelangen Verhandlungen 2010, eine Untergrenze mittels der gemeinsamen Vergütungsregeln unabhängig von Tarifzugehörigkeiten einzuziehen. Doch diese Mindesthonorare lassen sich nicht flächendeckend durchsetzen: Jede/r einzelne Freie müsste sein/ihr Recht selbst durchsetzen – davor schrecken viele aus Angst vor dem Verlust von Aufträgen zurück.

Kurzum: Für Vogelfreie gab es seit Jahren keine Honorarzuwächse – ganz gleich, ob auf Zeilen oder Foto, Arbeitsstunden oder Projekte bezogen.

Einen Lichtblick gibt es bei den (arbeitnehmerähnlichen) so genannten Fest-Freien in diversen Bundesländern. Sie sind durch einen Tarifvertrag erfasst und haben in einigen Rundfunkanstalten Mitbestimmungsrechte.

30.000 Solos in ver.di

Dennoch ist eine freie oder selbstständige Arbeit für immer mehr Menschen eine Alternative zum Angestelltendasein: Seit Anfang der 1990er Jahre ist die Zahl der Solo-Selbständigen in Deutschland laut DIW kräftig auf derzeit 2,43 Millionen angestiegen. Darüber, wie viele von ihnen nicht freiwillig selbstständig bzw. scheinselfständig tätig sind, gibt es keine verlässlichen Erhebungen.

In ver.di organisiert sind rund 30.000 Freie und Solo-Selbstständige – die Mehrzahl von ihnen im Medien- und Kunstbereich. Aber der Zuwachs an Mitgliedern kommt aus anderen Bereichen, derzeit vor allem aus Bildung, Wissenschaft und Forschung, aus dem Fachbereich besondere Dienstleistungen sowie aus dem Gesundheitswesen.

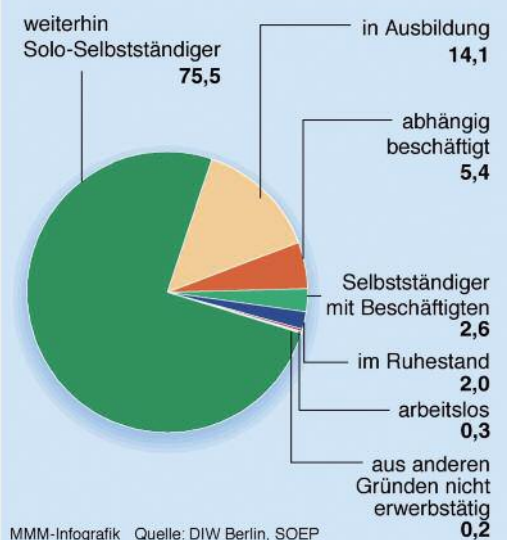
In der ver.di-Bundeskommision Selbstständige (BKS) arbeiten aktive Ehrenamtliche aus all diesen Bereichen mit. Sie stellen immer wieder fest, wie hoch die

Schnittmenge der Probleme ist, die der Status „solo-selbstständig“ mit sich bringen kann. Auch wenn es so mancher Autor, so manche freie Journalistin oder freier Kameramann vehement von sich weisen: Die Gemeinsamkeiten mit dem selbstständigen Kurierfahrer, dem Kioskbetreiber oder der Friseurin auf Hausbesuch sind größer, als sie erwarten oder sich eingestehen wollen.

In der BKS führen wir Diskussionen um das Für und Wider von branchenbezogenen Mindesthonorarforderungen, über die Probleme der sozialen Sicherung; wir denken über Möglichkeiten kollektiven Handelns nach – überall dort, wo Selbstständige in betrieblichen Zusammenhängen arbeiten.

Noch im Geschäft

Personen, die sich 2009/2010 solo-selbstständig gemacht haben und ihr Erwerbsstatus 2011



Infografik: Michael Breuer

Wir sind der Wandel

Oft wird vom „Wandel der Arbeitswelt“ geredet, eine differenzierte Betrachtung ist jedoch selten. Risiken und Nebenwirkungen scheinen meist nur in skandalisierenden Berichten über Werkvertrags- oder Zeitarbeitsunternehmen auf; Solo-Selbstständige packt man gern in die Schublade „einsam und arm“. Vergessen wird gern, dass prekäre Arbeit auch bedeutet, heute viel Geld zu verdienen, aber nicht zu wissen, was in ein paar Monaten ist, dass man oder frau weder Familienplanung betreiben kann noch kreditwürdig ist.

Freie und selbstständige Arbeit, wie Medienschaffende sie leisten, ist ein wichtiger Aspekt des viel zitierten Wandels der Arbeitswelt: oftmals vergleichbar prekär wie befristete Arbeitsverträge, erzwungene Teilzeitarbeit, Leiharbeit und Beschäftigte von Werkvertragsunternehmen. Solo-Selbstständigkeit kann sogar zur weiteren Untertunnelung anderer (via Mindestlohn gezähmter) prekärer Arbeitsformen missbraucht werden.

Viele (noch) Festangestellte in Redaktionen, Sendern und Verlagen scheinen sich nicht vor Augen zu führen, dass sie diese Gefahren oftmals schüren: Während sie bei Aufträgen über möglichst geringe Honorare verhandeln, sägen sie an ihren eigenen Stühlen. Aus Sicht ihres Arbeitgebers können Freie die Arbeitsaufgaben der bislang (tariflich abgesicherten) Festangestellten auch erledigen – aber viel billiger. Viele feste Stellen sind bereits gestrichen oder verlagert worden. Das Ende der Fahnenstange scheint vielerorts erreicht, aber selbst dort werden noch Einsparpotenziale identifiziert. Höchste Zeit für Festangestellte und Freie/Selbstständige, gemeinsam an einem Strang zu ziehen.

Kollektive Lösungen suchen

Die ehrenamtliche BKS und andere selbstständig tätige Aktive arbeiten eng mit dem Referat Selbstständige und dem Beratungsnetzwerk mediafon zusammen. So werden gemeinsame Probleme und Interessen Freier und Solo-Selbstständiger identifiziert und im permanenten Dialog mit der Politik und den Fachstellen in Ministerien bearbeitet.

Aber das ist nur eine Seite der Medaille – gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht ist immer dann möglich, wenn viele Freie und Selbstständige für einen Auftraggeber arbeiten und/oder sie sich (in einer Region, beruflich oder thematisch angebonden) vernetzen können. Voraussetzung ist, dass sie gemeinsame Positionen finden, statt gegeneinander zu konkurrieren. Kollektive Lösungen anzustreben, sich im betrieblichen Rahmen Gehör und Mitbestimmungsrechte zu verschaffen, kann ein Weg aus der Klemme von Überforderung und Unterbezahlung sein.

Viele Freie und Selbstständige arbeiten als „Randbelegschaften“ in der Privatwirtschaft (z.B. für Verlage), im öffentlichen Dienst (z.B. als externer Schreiber von Pressemitteilungen für ein städtisches Unternehmen) oder für Körperschaften des öffentlichen Rechts (z.B. für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten). Die Gewerkschaft soll die Position dieser Kolleginnen und Kollegen besser absichern, forderte der ver.di-Bundeskongress 2011 im Antrag J007 „Vertretung der Selbstständigen gegenüber Auftraggebern stärken“. In einigen Bereichen ist dies schon gelungen – etwa durch



Immer mehr Freiberufler und Solo-Selbstständige

Unter Solo-Selbstständigen werden Personen verstanden, die eine selbstständige Tätigkeit allein, das heißt ohne angestellte Mitarbeiter, ausüben. Sie sind so genannte Ein-Personen-Unternehmen. Selbstständige üben definitionsgemäß in eigener Regie und auf eigenes Risiko ohne Weisungsbindung eine Geschäftstätigkeit aus. In der Praxis kann die Grenze zwischen selbstständiger und abhängiger Beschäftigung allerdings fließend sein – etwa wenn Selbstständige im Wesentlichen nur für einen Auftraggeber tätig und damit von diesem abhängig sind.

Das Wachstum an Selbstständigen in Deutschland ist seit den 1990er Jahren weit überwiegend auf eine steigende Zahl Solo-Selbstständiger zurückzuführen. Allein von 2000 bis 2011 stieg die Zahl der Solo-Selbstständigen um rund 40 Prozent auf derzeit etwa 2,43 Millionen. Sie arbeiten in der Mehrzahl in künstlerischen Berufen, sind als Journalist/innen, Autor/innen und Publizist/innen, aber auch als Lehrer/innen, Psycholog/innen, in pflegerischen Berufen, im klassischen Dienstleistungssektor und im Handwerk tätig.

Quelle: DIW

den Abschluss von Tarifverträgen für so genannte arbeitnehmerähnliche Personen. Erreicht wurde auch, dass in einigen Landespersonalvertretungsgesetzen diese Kolleg/innen in den Geltungsbereich eingeschlossen sind und feste Freie sich aktiv in den Personalräten engagieren.

Soziale Sicherung für alle

Soziale Sicherung ist das Thema, das Freie und Selbstständige – unabhängig vom Beruf – verbindet. Freie Kunst- und Medienschaffende haben es dank der Künstlersozialkasse leichter: Halbierung der Beiträge zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung, dazu noch einkommensabhängig. In anderen Branchen Tätige haben diesen Vorteil nicht; bei ihnen wächst sich die finanzielle Dauerbelastung durch hohe Versicherungsbeiträge zur Existenzbedrohung aus.

Unser langfristiges Ziel sind deshalb einheitliche gesetzliche Sicherungssysteme für alle Erwerbstätigen, unabhängig von ihrem Erwerbsstatus unter finanziel-



Foto: alphaspire / Fotolia.com

Forderungen zur sozialen Sicherung

Die Bundeskommission Selbstständige in ver.di hat zu den Aspekten sozialer Sicherung Forderungen aufgestellt. Das sind zur Krankenversicherung unter anderem:

- dass die gesetzliche Krankenversicherung allen Selbstständigen offen steht,
- dass Selbstständige Krankenversicherungsbeiträge zahlen wie Arbeitnehmer. Bemessungsgrundlage ist das reale Erwerbseinkommen.
- dass die Krankenversicherungsbeiträge jährlich entsprechend dem vorzulegenden Einkommensteuernachweis rückwirkend auch zurückerstattet werden und dass bei akuten Einkommensverlusten die kurzfristige Reduzierung nach Anzeige möglich ist.

Zur Rentenversicherung fordern wir

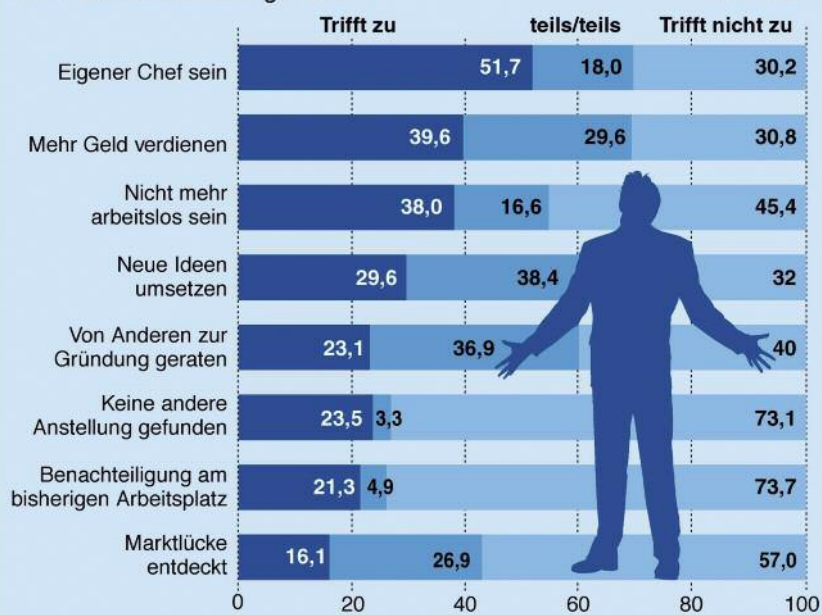
- dass alle Selbstständigen, die nicht über berufsständische Versorgungswerke abgesichert sind, gesetzlich rentenversichert sind. Die Beiträge bemessen sich am Erwerbseinkommen und werden wie bei der Krankenversicherung regelmäßig angepasst.
- Langfristig fordern wir eine gesetzliche Altersvorsorge für alle Erwerbstätigen, die auch Kammern und Versorgungswerke integriert und Altersarmut verhindert.

Zur Arbeitslosenversicherung fordern wir,

- dass die freiwillige Arbeitslosenversicherung für Selbstständige bleibt – als Pflichtversicherung auf Antrag. Die Beiträge und Leistungen bemessen sich wie bei Arbeitnehmern am realen Einkommen (3,0 Prozent). Der Ausschluss nach zweimaliger Inanspruchnahme wird abgeschafft.
- dass die Arbeitslosenversicherung offen ist für alle, auch langjährig Selbstständige und Einsteiger ohne Vorversicherung.

Motive für die Existenzgründung

neuer Solo-Selbstständiger 2010 *



* Mehrfachnennungen waren möglich

MMM-Infografik

Quelle: DIW Berlin, SOEP

Infografik: Michael Breuer

ver.di bewegen

Wir als Personengruppe Selbstständige stoßen auf viele Widerstände – nicht zuletzt in unserer eigenen Gewerkschaft, die noch immer auf die klassische Arbeitnehmerschaft fixiert ist. Dass die Stimme der Freien und Selbstständigen in Bezug auf den Wandel der Arbeitswelt nach innen und außen noch nicht lauter ist, liegt an der – mit Blick auf das Potenzial sowie die gesamte ver.di-Mitgliedschaft – noch relativ geringen Mitgliederzahl. Erschwerend kommt hinzu, dass kontinuierliche ehrenamtliche Arbeit nur schwer leistbar ist, wenn man beruflich von Projekt zu Projekt jagt, Akquise betreiben und sich an die Termine von Auftraggebern halten muss sowie oftmals örtlich kaum noch angebunden ist. Dennoch bewegt sich etwas, auch in ver.di: Immer mehr Hauptamtliche, ehrenamtlich Aktive, Betriebsräte und Vertrauensleute denken um, damit unsere Gewerkschaft zukunftsfähig wird.

Der Wandel der Arbeitswelt – das sind auch Freie und Solo-Selbstständige, die wie Motten um das Licht großer Medienunternehmen, Sender, Verlage und Agenturen kreisen. Man muss uns gar nicht „einzeln einsammeln“, wie oft argumentiert wird. WIR müssen UNS endlich sammeln. Wir müssen gemeinsam überlegen, wie unsere Arbeit zukünftig aussehen soll und nach kollektiv durchsetzbaren Lösungen suchen.

Absolute Freiheit und maximale Sicherheit gehen nicht zusammen. Das ist eine Binsenweisheit. Dennoch sind die meisten von uns – trotz aller Risiken und Härten, trotz Zukunftsängsten und finanzieller Engpässe – mit Leib und Seele selbstständig. Wir brauchen faire Arbeits- und Honorarbedingungen, Perspektiven für die Berufstätigkeit und eine soziale Sicherung, wenn wir nicht (mehr) arbeiten können. All das wird uns keiner schenken. Ja – das ist eine Einladung, sich aktiv zu beteiligen. Wenn es viele tun, wird es für jede/n einzelne/n leichter – noch eine Binsenweisheit. ■

Gundula Lasch ist ehrenamtliche Vorsitzende der Bundeskommission Selbstständige (BKS) in ver.di

ler Beteiligung der Arbeit- und Auftraggeber. Es geht um gute Arbeit, Existenz sichernde Einkommen, den Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen und faire, einkommensabhängige Beitragsbemessung für alle.

Wir fordern: Wer Selbstständige beauftragt, wird im Rahmen einer gesetzlichen Auftraggeberbeteiligung sozialversicherungsabgabepflichtig. Diese Abgaben sind vom Auftraggeber direkt abzuführen und umfassen Beiträge zur Kranken-, Pflege- sowie zur gesetzlichen Rentenversicherung. – Eingesparte Sozialabgaben dürfen Arbeit nicht billiger machen.

Wie überleben als Fotojournalist?

Gratisangebote von Agenturen im Internet verursachen Honorareinbußen

Der Bildermarkt ist heiß umkämpft, die Preisspirale für Fotos vor allem in der Presse bewegt sich abwärts. Immer weniger Fotojournalisten können von ihrer traditionellen Medienarbeit leben. Aber gute Fotos werden gebraucht, auch im Netz.

Als Max Weber seine Januarabrechnung von Imago bekam, ahnte er nichts Gutes. Auf Seite eins teilt die Agentur ihren Fotografinnen und Fotografen mit: „Im Zuge verschiedener Vertragsverhandlungen mit einigen Großverlagen laufen momentan einige Bedarfsermittlungsanalysen, die das zukünftige Abnahmeverhalten von Imago-Bildern bei diesen Kunden ermitteln sollen. Im Anschluss an diese Analysezeiträume werden reale Neupreise verhandelt.“ Max Weber, der seinen richtigen Namen lieber nicht in der Zeitung lesen will, muss seitdem mit erheblichen Honorareinbußen leben. „Bei in der *Bild*-Zeitung oder *BZ* veröffentlichten Fotos werden nun beispielsweise nur noch zehn Euro ausgeschüttet. Davon bleiben lediglich fünf Euro für den Fotografen übrig. Ein selbst veröffentlichtes Foto in der *Bild* oder *BZ* brächte 60 Euro. Das Zwölfwache! 50 Prozent davon, wie bei Imago üblich, wären immerhin 30 Euro gewesen“, rechnet der Berliner Sportfotograf vor. Ähnliche Erfahrungen hat Weber mit Bildern in der *Berliner Zeitung*, in der *Süddeutschen Zeitung*, im *Neuen Deutschland* und im *Kicker* gemacht.

Imago-Geschäftsführer Thomas Leistner sieht sich zu Unrecht an den Pranger gestellt. Beim Thema Honorardumping stellt er sich selbst als Getriebener dar. „Wir arbeiten mit über 1.000 freien Fotografinnen und Fotografen zusammen und können ihre Situation gut verstehen. Doch wir sind seit Jahren durch unsere Kunden einem extremen Preisdruck ausgesetzt. Als größte deutsche inhabergeführte Agentur sind die ganz Großen der Branche wie Getty, dpa, AFP und Reuters unsere direkten Wettbewerber“, argumentiert Leistner. Wie hart es bei den Verhandlungen zugehe, habe sich beim Springer-Verlag gezeigt, wo man trotz Honorarabsenkung qua Bedarfsermittlungsanalyse den Auftrag an dpa verloren habe.

Billig und kein Ende. Branchenführer Getty ist jetzt noch einen Schritt weiter gegangen und bietet Millionen Bilder gratis an. Darunter auch aktuelle Aufnahmen aus der internationalen Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Die Fotos sind allerdings nur gering aufgelöst und dürfen nicht kommerziell verwendet werden. Das Angebot richtet sich vor allem an Blogger, die die Bilder auf ihren Internetseiten „einbetten“ können. Das heißt, Getty behält den Zugriff und kann die Fotos von den Websites jederzeit löschen oder mit Werbung verlinken. Während die *Süddeutsche Zeitung*

noch darüber spekuliert, was Getty mit seinem Gratisangebot wohl bezwecken könnte, steht auf jeden Fall fest: Die Umsonst-Mentalität und der Preisverfall im Bildermarkt schreiten unaufhaltsam voran.

Das heißt, immer weniger Fotografen, vor allem Bildjournalisten werden von ihrem Job leben können. Rolf Nobel, Professor für Fotografie an der Fachhochschule Hannover warnt schon seit Jahren: „Tatsächlich entspricht die Zahl der in Deutschland ausgebildeten Fotografinnen und Fotografen nicht dem Bedarf des Marktes. Der Kuchen wird in immer mehr Stücke aufgeteilt und für viele Kolleginnen und Kollegen fällt nicht mehr genug ab.“ Wie soll man da mit Fotos überleben?

„Man muss ein Gespür für Themen entwickeln“, findet Jan-Timo Schaub aus Hamburg. Abriss der Esso-Häuser, Anlauf der Aida Sol im Hafen und buntes Holi-Festival – wen könnte was interessieren, fragt sich der 28-jährige Fotojournalist. Nicht selten bis zu



100 Fotos verschickt er täglich direkt an die Redaktionen oder an kleinere Agenturen, mit denen er zusammenarbeitet. Es sei zwar nicht einfach, aber er könne von seiner Arbeit leben, so Schaub. „Ich habe mich auf das Thema erneuerbare Energien spezialisiert“, sagt der Berliner Fotograf Paul Langrock. Der Mitbegründer der Agentur Zenit ist damit gut im Geschäft. Kaum eine abgebildete Windkraftanlage im deutschen Medienwald, die nicht seinen Urhebervermerk trägt. Der Hamburger Fotograf Michael Kottmeier hat die bewegten Bilder für sich entdeckt. Nicht aus Not greift er immer öfter zur Filmkamera, sondern „weil ich mit dem Medium viele meiner Projektideen besser umsetzen kann.“ Seine Themenschwerpunkte: Soziales, Umwelt und Entwicklungsländer. Zu seinen Abnehmern und zunehmend auch Auftraggebern zählen Caritas, Welthungerhilfe und Ärzte ohne Grenzen.

Unabhängig davon, wie viele freie Fotojournalisten in Zukunft noch vom Verkauf ihrer Bilder werden leben können, das Interesse an guten Fotos wird mit Sicherheit erhalten bleiben. Zwar ist nicht jeder ein Gerd Ludwig, der es sich leisten kann, sein halbes fotografisches Leben der Atomkatastrophe von Tschernobyl zu widmen. Und nur wenige sind so frei wie Ute und Werner Mahler, die Mitbegründer der Agentur Ostkreuz, die jeweils mehrere Jahre an einem Thema arbeiten.

Fest steht: Idealisten und Enthusiasten müssen in Zukunft verstärkt neue Wege suchen, sich zu verwirklichen. Aber warum sollten sie da nicht fündig werden? Dass mit Crowdfunding nicht-kommerzielle Projekte erfolgreich finanziert werden, konnte sich bis vor wenigen Jahren auch noch niemand vorstellen.

Mathias Thurm ■

Seminarangebote für Fotografen:

Fotografie und Wahrheit
Die humanistische Idee im Fotojournalismus heute
Seminar zum Lumixfestival
18. bis 21. Juni in Hannover

Street-Photographie-Workshop
Tram Odyssee
13. bis 19. Juli Hannover

www.bw-verdi.de
www.rolfnobel.de

Ein Füllhorn an Möglichkeiten

Grafik-Designerin Jana Körber

Jana Körber* kennt beide Seiten gut. In der ersten Hälfte ihres Berufslebens hatte die Grafik-Designerin und Illustratorin vor allem Jobs in fester Anstellung. Die vergangenen zehn Jahre war sie dagegen ausschließlich als Freie unterwegs. Der Wechsel kam eher durch äußere Umstände zustande. Während ihrer festen Anstellungen bei Agenturen, Verlagen und Internetfirmen, darunter Branchengrößen wie Scholz & Friends, die Verlagsgruppe Milchstraße und die Tomorrow Internet AG, wo sie als Art Direktorin unter anderem für die diverse Online-Seiten und Werbepartner zuständig war, habe sie viele wertvolle Erfahrungen gesammelt, resümiert die 42-jährige Hamburgerin. Doch 2002 hatte die vierte Kündigungswelle der damals inzwischen fusionierten Tomorrow Focus AG schließlich auch Jana Körber erfasst. Eine Abfindung, die sie mit Hilfe von ver.di vor Gericht erstritt, erleichterte ihr die Entscheidung, den Sprung in die Selbstständigkeit zu wagen.

„Am Anfang hatte ich manchmal schon ein flau-es Gefühl, besonders, wenn im Sommerloch eine Zeit lang keiner anrief“, erinnert sich die Grafikerin. Das Gefühl beschleicht sie auch heute noch manchmal. „Doch dann kommen plötzlich die Aufträge quasi gebündelt und die sollen dann möglichst alle bis morgen erledigt sein“, schildert sie eine typische Situation. In der Regel kann Jana Körber ihre Arbeitszeit als Freie aber gut selbst einteilen. Ein Vorteil, den sie nach den Erfahrungen in großen Agenturen besonders zu schätzen weiß. „Bei einigen Agenturen habe ich erlebt, wie Mitarbeiter verheizt werden“, sagt sie nachdenklich. Auch sei das Arbeitsklima dort oft von Mobbing und Konkurrenzdenken geprägt. „Mit meinen Kunden dagegen verhandle ich auf Augenhöhe und bekomme dabei viele positive Rückmeldungen, so die Freiberuflerin selbstbewusst. Der Erfolg hat sei-

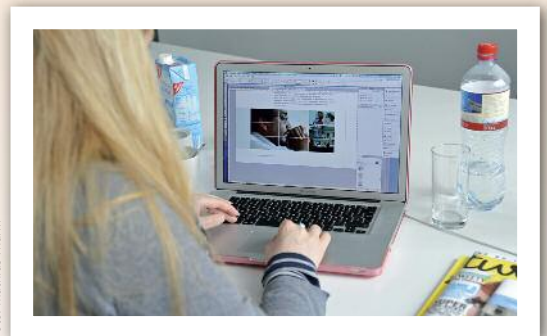


Foto: Mathias Thurm

nen Preis. Meist sitzt Jana Körber morgens ab halb zehn am Schreibtisch in ihrem Home Office, wo sie, unterbrochen von Telefonaten und kurzen Pausen, manchmal noch um 20 Uhr abends hockt. Dort entstehen dann unter anderem Illustrationen für Kinderstoffe oder Bücher, Verpackungs- und Produkt-Designs und Layouts für Magazine. Eine Familie mit Kindern ließe sich dabei mit ihrer Arbeit nicht so einfach vereinbaren, räumt sie ein.

Um nicht im Chaos zu landen, achtet die Designerin sehr darauf, ihre Arbeitstage und -wochen gut zu strukturieren, Aufträge und Termine im Blick zu behalten.

Gegen das Gefühl, in ihrem Home Office zu vereinsamen, hilft ihr ein ausgeprägter Sinn fürs Netzwerken. So besucht sie Unternehmerfrühstücke, Freiberuflertreffs oder tauscht sich mit anderen Designern aus. Auch wenn die Honorarverhandlungen mit den Kunden manchmal nervig sind, hat es Jana Körber bisher immer geschafft, auf ihre Kosten zu kommen. Was sie immer wieder motiviert, ist der Spaß an der Arbeit: „Ich habe schon als Kind gerne gezeichnet. Für mich bietet die freiberufliche Arbeit ein Füllhorn an Möglichkeiten.“

Mathias Thurm ■

* Name von der Redaktion geändert

Porträt

Spezialisiert auf Special-Effekte

Maskenbildnerinnen

Nicola Pandel und Sarah Wirtz

Am Eingang der geräumigen Werkstatt laden rote Ledersofas zum Verweilen ein, in hohen Regalen weiter hinten stehen Büsten aus Gips, in Behältern liegen Nasen, Stirn- und Kinnteile aus Silikon. Das ist das Reich der Maskenbildnerinnen Nicola Pandel und Sarah Wirtz, die im Kölner Friesenviertel ihre Firma White Rabbit FX aufgebaut haben. In einer Vitrine steht der Grimme-Preis, den Wirtz für ihre Arbeit bei der Comedy-Serie „Switch reloaded“ bekommen hat, in der Fernsehstars parodiert werden.

„Wir haben eine gemeinsame Firma gegründet, um nach außen unter einem Namen auftreten zu können und große Aufträge zu bekommen“, berichtet Sarah Wirtz. Seit 2008 modellieren sie und ihre Kollegin in der eigenen Werkstatt Körper- und Gesichtsteile. Dazu nehmen sie Abdrücke von den Schauspielern,



Foto: Anja Krüger

So frei sich einzuklagen!

Die „Tagelöhner“ beim Bayerischen Rundfunk wehren sich

Gagenempfänger des Bayerischen Rundfunks (BR) haben keine längerfristige Lohnfortzahlung und überhaupt keinen Beendigungsschutz – noch nicht einmal Ankündigungsfristen vor einer etwaigen Beendigung. Für die Art und Weise, wie die Geschäftsführung des BR mit dieser Mitarbeitergruppe umgeht, gibt es einen Begriff aus längst überwunden geglaubten Zeiten: Tagelöhner. Der Sender gibt diesen Personen jetzt allen Grund, sich einzuklagen.

Für die etwa 3.000 Angestellten des Bayerischen Rundfunks gibt es einen Tarifvertrag mit umfassenden Schutzrechten, die die Geschäftsführung auch nicht in Frage stellt. Für die etwa 1.600 festen freien Mitarbeiter existiert im Rahmen von § 12a Tarifvertragsgesetz ein Tarifvertrag, der wenigstens einige zentrale Schutzregelungen enthält.

Für die etwa 800 Gagenempfänger sieht die Situation völlig anders aus. Auf Gage beschäftigt der BR Bildmischer, Cutter, Disponenten, Grafiker, Kameraleute, Sachbearbeiter und viele andere Gewerke vorwiegend im Produktionsbetrieb. Er definiert sie kurzerhand als freie Mitarbeiter und bezahlt sie auf Tagesbasis. Ihnen gewährt er nur einen kleinen Teil der tariflichen Rechte der Honorarempfänger und verweigert ihnen insbesondere jegliche Planungssicherheit.

In den Anfängen wurden gegen Gage nur Hilfskräfte auf Produktionsdauer beschäftigt: Einma-

lig, meist vor Ort und nur für kurze Zeit. Das hat sich aber in den letzten Jahrzehnten grundlegend geändert: Es gibt heute Mitarbeiter, die seit mehr als 20 Jahren regelmäßig, ja täglich beim BR arbeiten, fest eingebunden in Dienstpläne und weisungsgebunden, aber als Freie behandelt werden – als Freie zweiter Klasse.

Nur wenige Gagenempfänger haben in der Vergangenheit ihren arbeitsrechtlichen Status gerichtlich feststellen lassen – meist als Reaktion darauf, dass der BR ihre Beschäftigung reduzieren oder sogar beenden wollte. Es ist kein einziger Fall bekannt, in dem ein Gericht dem BR Recht gegeben hätte und auf einen Status als freier Mitarbeiter erkannte. Allerdings haben auch nicht allzu viele Klagen mit dem Urteil 'Arbeitnehmer' geendet, weil in der Vergangenheit die Mehrzahl der Fälle durch einen Vergleich beendet wurde.

Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Unter dem Schlagwort Trimedialität hat BR-Intendant Ulrich Wilhelm eine große Umorganisation eingeleitet, mit der sich die Grenzen zwischen Hörfunk, Fernsehen und Online langfristig auflösen werden, aber auch die zwischen Redaktion und Produktion. Typische Produktionstätigkeiten werden immer häufiger eingespart, also genau jener Bereich, der bisher zu einem großen Teil von Gagenempfängern abgedeckt wird.



gießen die Formen mit Gips aus und passen die Modelle daran an. Am Set montieren sie die Maske – was Stunden dauern kann.

Die Ansprüche der Regisseure und Produzenten sind hoch. Pandel und Wirtz haben die teure Ausbildung zur Maskenbildnerin an der Kölner Akademie „die maske“ absolviert, die aktuell 26.000 Euro kostet. „In unserem Fall hat sich die Investition gelohnt“, sagt Wirtz, die vor dem Besuch der Akademie ein Architekturstudium begonnen hatte. Nicola Pandel wusste schon als Teenager, dass sie Maskenbildnerin werden wollte. Doch die Eltern bestanden auf einer „ordentlichen Ausbildung“. Sie machte eine Lehre als Bürokauffrau. „Das kommt mir jetzt in der Selbstständigkeit zu Gute“, sagt die 42-Jährige.

Pandel und Wirtz haben sich auf Special Effekte spezialisiert. Sie arbeiten nicht nur mit Makeup-Effekten, sondern modellieren aufwendige Masken für Film- und Fernsehproduktionen. Anders als die Kolleginnen für reine Schminkarbeiten werden sie während der Filmproduktion nicht angestellt. Die beiden waren tätig für den „Tatort“, die Anke-Engelke-Comedy „Ladykracher“, den Kinofilm „Nicht mein Tag“, den RTL-Blockbuster „Hindenburg“ und Dutzende

andere Produktionen. Das Filmgeschäft ist auch eine Saisonbranche. Im Sommer wird mehr gedreht als im Winter. Die Zeit von einem Projekt zum anderen zu überbrücken, ist nicht immer einfach. Auch dass Produktionsfirmen versuchen, die Preise zu drücken, ist ein Problem. „Aber für uns gibt es Grenzen, die wir nicht unterschreiten“, berichtet Pandel, die lange bei der ver.di FilmUnion aktiv war. Die beiden verzichten lieber auf Aufträge, als sich auf Preisdumping einzulassen. Eine Reihe von Produktionen sind tarifgebunden, etwa die von öffentlich-rechtlichen Sendern. Aber auch bei anderen Drehs sind die Tarifverträge für Film- und Fernsehproduzenten ein guter Anhaltspunkt, sagt Pandel. „Das ist das Mindeste, was man verhandeln sollte.“

Den Schritt in die Selbstständigkeit haben sie bis heute nicht bereut. Im April hat Wirtz ihr erstes Kind bekommen. Deswegen pausiert die 32-Jährige gerade. „Ich kann frei entscheiden, wann und wie ich wieder zu arbeiten beginne“, sagt sie. Ihre Firma arbeitet eng mit einem Team von Special-Makeup-Artisten zusammen, so dass keine Engpässe entstehen. Auch Pandel genießt es, ihre eigene Chefin zu sein: „Ich kann mir gar nichts anders vorstellen.“ **Anja Krüger ■**



Foto: BR / Sessner

Der BR hat das nicht leise und unauffällig eingeleitet, sondern mit einem wahren Paukenschlag: Anfang des Jahres haben alle Gagenempfänger 'Blaue Briefe' erhalten, in denen die Geschäftsführung ihnen mitteilt, dass die Anzahl ihrer individuellen Beschäftigungstage in Zukunft begrenzt wird. Da die Auslastung der Gagenempfänger großen zeitlichen Schwankungen unterworfen ist, kommt bereits dies einer deutlichen Kürzung gleich. Das hat jetzt vielen klar gemacht, wie perspektivlos und unsicher ihre Beschäftigung als Gagenempfänger ist – mit der Konsequenz, dass nun vermehrt Statusfeststellungsklagen erhoben werden. Im Moment laufen bereits mehr als 40 solcher Klagen, mindestens 10 weitere liegen vorbereitet in der Schublade und es ist zu erwarten, dass noch viel mehr folgen werden: Die Zahl derer, die um Rechtsberatung und Rechtsschutz nachgesucht haben, aber noch nicht 'drangekommen' sind, liegt über 100.

Unglaubliche Ausrede. Die Geschäftsführung beteuert, dass der Wildwuchs im Bereich der Gagenbeschäftigung von ihr nicht gewollt stattgefunden habe. Abteilungsleiter hätten Sachmittel unbemerkt dafür missbraucht, denn Gagen fallen bisher nicht unter Personalaufwand, sondern zu den Sachkosten.

Wenn dem so ist, warum greift die Geschäftsführung dann nicht energisch durch und stellt den Missbrauch ab, indem sie die Beschäftigung in diesen Bereichen zukünftig im Stellenplan berücksichtigt, die Gagen zu einem Teil der Personalkosten erklärt und den Gagenempfängern endlich ihre Rechte als Arbeitnehmer gewährt? Die Geschäftsführung des BR macht vielmehr genau das Gegenteil: Sie hält an ihrer Behauptung fest, die Gagenempfänger seien freie Mitar-

beiter, obwohl es bereits einschlägige höchstrichterliche Urteile gibt, die dem widersprechen. Zwar leugnet sie nicht die Existenz dieser Grundsatzurteile, beharrt aber darauf, dass nur jemand eine Festanstellung bekommt, wer eine Statusfeststellungsklage letztinstanzlich gewonnen hat.

Alternativlos. ver.di hat dem BR vor über drei Jahren eine Tarifregelung zur Überführung der Gagenbeschäftigung in Anstellungsverhältnisse vorgeschlagen. In den Verhandlungen ist die Gewerkschaft dem Sender dann materiell erheblich entgegengekommen. Der BR bestand jedoch bis zuletzt auf der Tarifierung von freier Mitarbeit – wohlwissend, dass es sich bei diesem Personenkreis weit überwiegend um Arbeitnehmer handelt.

„Das war und ist mit uns nicht zu machen“, so Werner Przemek, Vorsitzender des ver.di-Verbands öffentlich rechtlicher Rundfunk Bayern. „Jetzt bleibt jeder betroffenen Person nur der Weg einer individuellen Klage, um sich im allgemeinen Sparwahn des BR endlich ein Mindestmaß an ihr zustehender arbeitsrechtlicher Sicherheit zu holen. Wir unterstützen unsere Mitglieder bei diesem Weg und bedauern es, dass der BR Geld aus Rundfunkbeiträgen lieber für arbeitsrechtliche Prozesse ausgibt, als aus seinem Fehlverhalten der letzten Jahre die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und diese Beschäftigten endlich rechtskonform anzustellen. Ein deutliches Signal an die BR-Beschäftigten, Politik und KEF (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, Red.) ist gefragt. Doch der BR zaudert. Dabei verspielt er hier neben Geld auch sehr viel Loyalität und Motivation langjähriger Beschäftigter.“ **Tobias Bossert ■**

Hinter den Kulissen

Requisiteur Jan Elsner

Er gehört zu den Unsichtbaren, ohne die im Fernsehen nichts läuft: Als freier Requisiteur betreut Jan Elsner die Ausstattung von Sendungen beim Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) und dem Kinderkanal (KiKa) von ARD und ZDF. Angefangen hat der heute 43-Jährige 1997 während seines Studiums, hat als Kabelhilfe nebenbei gejobbt. Immer wieder gebucht, wurde aus dem Nebenjob nach und nach eine Vollzeit-Tätigkeit.

Der Job ist vielfältig: Requisiten am Set bereitstellen, bauen oder besorgen, dabei ständig in Kontakt stehen mit Redaktion, Szenenbild, Regisseuren und den Technikern und zudem den Fundus verwalten. Genau diese Abwechslung macht für Elsner die Arbeit spannend. Ein guter Requisiteur muss kreativ sein und organisieren können, er braucht Spürsinn und Hartnäckigkeit beim Aufstöbern ungewöhnlicher Gerätschaften, Improvisationsvermögen und Geschicklichkeit. Welche Utensilien für Spielshows oder Sendungen gebraucht werden, entscheiden Redaktion und Szenenbildner. Doch hinter der genauen Ausführung stecken oft viel Tüftelei und Können der Requisiteure. So hat Elsner für die KiKa-Kindershow „Kailerei“ mit einem Tischler Spezialspiele hergestellt und besorgt: Schatzkisten in Holzoptik. Ein U-Boot mit Bullaugen. Geschicklichkeits- oder Sportspiele mit Wasser oder Bällen. Alles in kurzer Zeit gebaut und ausprobiert, termingerecht und fernsehtauglich.

Doch nicht immer stimmen die Rahmenbedingungen. Kurzfristige Buchungen, die langfristige Akquisen oder Urlaubspläne durchkreuzen, gehören ebenso dazu, wie Einsätze an Wochenenden und Feiertagen. Manchmal muss Elsner das Geld für Einkauf

oder Miete der Requisiten vorschießen und fürchten, dass weniger genehmigt wird, als er schon ausgegeben hat. Bei anderen Produktionen muss er erst auf die Freigabe warten – und die kann dauern. Zunehmend erschweren bürokratische Hürden die tägliche Arbeit, so ziehe sich die Beantragung und Abwicklung von Kostenanträgen immer mehr in die Länge, vor allem seit dem KiKa-Veruntreuungs-Skandal. „Manchmal habe ich den Eindruck, es wird mehr Geld in die Verwaltung gesteckt als in die Produktionen.“

Lohnt sich die Arbeit auch finanziell? „Es wird immer schlechter“, sagt er. Seit Elsner in der Branche tätig ist, sind zwar seine Kosten gestiegen, nicht aber das Honorar. „Früher konnte ich mit zehn bis zwölf Drehtagen monatlich gut leben und auch noch was für den Urlaub zurücklegen. Heute brauche ich 20“, sagt er. „Allein für meine Unkosten muss ich inzwischen acht bis zehn Tage im Monat arbeiten.“ Rücklagen für Urlaub, Rente, Vorsorge für Krankheiten oder Berufsunfähigkeit sind da noch nicht enthalten. „Ein Zustand, der eigentlich nicht geht.“ Doch es sei schwierig, Sender oder Produktionsfirmen dazu zu bringen, dass sie mehr zahlen, zumal der Medienstandort Thüringen für große Produktionen nicht so attraktiv ist wie Köln, München oder Berlin. „Sicher wäre es einfacher, wenn ich bundesweit unterwegs wäre. Doch dann hätte ich zu wenig Zeit für meine Familie.“

Anke Engelmann ■



Foto: Anke Engelmann

Portrait

Gegen verkürzte Tagesschichten

Norddeutscher Rundfunk: Mehreinnahmen zum Auffüllen der Honorartöpfe nutzen

„Meinen Kindern kann ich nur davon abraten, den Beruf des Journalisten zu ergreifen“, stellt Thomas Martin nüchtern fest. Der ver.di-Vorsitzende beim Norddeutschen Rundfunk (NDR) weiß von verdienten Wirtschaftsschreibern zu berichten, die im Sender einen Volontariatsvertrag unterzeichnen, nur um zwei Jahre später wieder als Freie auf dem Markt zu landen. Und der ist hart umkämpft.

„Der NDR zahlt immer seltener den hart errungenen Stücklohn, holt die Freien zu Stundenlöhnen von 20 Euro in den Innendienst“, sagt Martin. Künftig will der Sender sie nicht mehr für ganze Tagesschichten buchen, sondern nach oft nur drei bis vier Stunden Arbeit mit 60 bis 80 Euro Gesamtverdienst nach Hause schicken. Auf Stundenbasis kosten freie Mitarbeiter ohnehin nur halb so viel wie Festangestellte mit durchschnittlich 5.000 Euro monatlich plus Sozialversicherung.

Die Gewerkschafter beim Rundfunk wollen dagegenhalten – ein schwieriges Unterfangen angesichts der riesigen Konkurrenz unter den

Kollegen. Druck ausüben können vor allem die angestellten Journalisten, mit denen Thomas Martin vor einem Jahr auf der ARD-Intendantenklausur in Berlin gemeinsam protestiert hat. ver.di verlangt gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Und wer in den Sender geholt wird, soll weiterhin für einen vollen Tag bezahlt werden.

Einen kleinen Erfolg konnten zum Jahreswechsel die niedersächsischen Freien vermelden. Das Landesfunkhaus in Hannover wollte die Tagesschichten von acht auf sechs Stunden reduzieren und den Verdienst um ein Viertel kürzen, doch die Kollegen machten nicht mit. Dass die Redaktionen Listen auslegen, in die sich Freie zum Innendienst eintragen können, kann ver.di-Mann Martin keinem verdenken, denn das Personal wird knapp. Rund 800 feste Stellen wurden nach seinen Angaben in den letzten zehn Jahren im NDR abgebaut, einer Rundfunkanstalt, deren Gebiet „von der polnischen über die dänische bis an die niederländische Grenze reicht“. Im Januar kamen schließlich über 50 NDR-Freie zu einer ver.di-Versammlung in Ham-

burg zusammen und debattierten über die vom Sender geplanten Tarifänderungen. In einer Resolution forderten sie den NDR-Intendanten und ARD-Vorsitzenden Lutz Marmor sowie die verantwortlichen Landespolitiker auf, mit den Mehreinnahmen aus dem Rundfunkbeitrag die Töpfe für freie Mitarbeiter aufzufüllen. Diese Forderung wird inzwischen von der Tarifkommission aller ver.di-Betriebsgruppen im öffentlichen Rundfunk mitgetragen. Eine Veränderung des Tarifvertrags hin zu reinen Stundenlöhnen lehnen die Freien ab. Gleichzeitig wehren sich die Festangestellten gegen die Forderung der Öffentlichen, Betriebsrenten künftig nur noch um ein Prozent jährlich zu steigern und nicht entsprechend der Gehalts- und Honorarerhöhungen. Nun steht die Frage im Raum: War das dreiprozentige Plus von Gehalt, Honorar und Rente im Jahr 2013 etwa der Anfang vom Ende?

Erfahrungsgemäß hängt der Ausgang des Streits von der Mobilisierung der Mitglieder ab. Es geht aber nicht um eine der üblichen und eingeübten Tarifbewegungen. Genau genommen eskaliert der Konflikt außerhalb des tariflichen Rahmens. Wie viel eine Nachricht, eine Moderation, ein Teaser kosten, ist genauestens festgelegt und wird zwischen Sender und Gewerkschaft immer wieder neu verhandelt. Innendienstliche, die den Job eines Redakteurs ersetzen, sind vertraglich bis heute noch gar nicht geregelt. Weil feste Stellen schwinden, werden solche Dienste immer häufiger vergeben und die Freien

sind auf das zusätzliche Einkommen angewiesen. Der NDR begründet seine Forderung nach Stundensätzen damit, dass es besonders im Hörfunk keine festgelegte Schichtdauer gebe. Die Etats für Außeneinsätze steigen dagegen seit Jahren nicht mehr, selbst Tarifierhöhungen werden nicht berücksichtigt. Das bedeutet weniger Reporter und weniger Programm, weniger Eigenbeiträge mit guter Bezahlung und mehr Agenturmaterial.

Die große Lösung – höhere Budgets für freie Mitarbeit – ist allerdings noch weit entfernt. Also will sich ver.di den Realitäten stellen und Tagesschichten womöglich doch vertraglich regeln. Dann aber mit 7,7 Stunden und nicht weniger, dann auch zu den Kosten für einen Festangestellten, die Thomas Martin auf 35 Euro pro Stunde plus 30 Prozent Sozialabgaben beziffert. Eher entmutigend ist dabei, was der NDR Mitte Mai bekannt gab: der Norddeutsche Rundfunk müsse 2015 und 2016 rund 37 Millionen Euro aus seinem Etat streichen. Grund dafür sei, dass die Mehreinnahmen aus dem neuen Rundfunkbeitrag erst 2016 ausgegeben werden dürften. Zudem habe die Finanzkommission KEF weniger Mittel für die ARD-Anstalten freigegeben als beantragt wurden. Man werde den Personalabbau bis 2016 zwar nicht verschärfen, aber unbeirrt fortsetzen. Verwaltungsratschef Ulf Birch: „Die Finanzlage des NDR bleibt schwierig.“ Nach mehr Geld für die Freien klingt das nicht. **Mirko Knoche ■**

Unabhängig und ohne Reue

Radio-Journalist Stefan Wlach



Foto: Elke Wiegmann

In steifem Sakko zu lässiger Jeans und T-Shirt steht er hinter dem Pult im Studio. Die Kopfhörer auf, das Mikrofon vor dem Gesicht, blickt er auf den Bildschirm, während seine Kollegin die Verkehrsinfos meldet. Das „On Air“-Signal erlischt, Musik erklingt. „Ich mache hier fast alles, außer komplette Sendungen zu moderieren“, sagt Stefan Wlach.

Heute ist er als Redakteur der Früh-Sendung bei Radio Duisburg im Einsatz. Als freier Radio-Journalist ist er flexibel und in unterschiedlichen Aufgabenbereichen tätig.

Seit 2002 arbeitet der 50-Jährige beim Lokalsender. „Ich bin viel als Chef vom Dienst im Einsatz, plane Programminhalte, Musik und Werbung, nehme Beiträge von Reportern ab.“ Früher war er selbst viel unterwegs, um O-Töne einzufangen. Heute ist er nur noch ab und zu als Reporter tätig. „Im Winter oder bei schlechtem Wetter, bin ich auch sehr froh darum“, sagt er und schmunzelt. Neben seiner Arbeit für das Radio schreibt er eine Kolumne für ein Veranstaltungsmagazin und trägt ein kleines Literaturprogramm vor. „Die Freiheit zu haben, niemanden um Erlaubnis für solche weiteren Tätigkeiten bitten zu müssen und die Unabhängigkeit, meinem Chef sagen zu können, dass er mich in der kommenden Woche nicht einplanen soll, weil ich etwas anderes vorhabe, das gefällt mir an der Freiberuflichkeit.“

Stefan Wlach absolviert bereits während seines Studiums ein Praktikum beim ORF-Fernsehen in Wien. Später arbeitet er für einige Jahre als fest angestellter Redakteur bei einer Fernsehproduktions-Firma in Essen. „Und dann wollte ich Freiberufler werden, weil ich mir gute Chancen ausgerechnet habe und ein gutes Kundenpotenzial vorhanden war.“ Doch irgendwann brachen die Aufträge weg. Stefan Wlach geht als Freier Fernseh-Journalist zum WDR und arbeitet für die Sendung ‚Aktuelle Stunde‘. „Aber das hat mir nicht gefallen.“ Ein Bekannter fragte, ob er nicht Lust habe, Radio zu machen. Der Hang zum Lokalen führt ihn schließlich zum Duisburger Privatsender.

Mit der Vielseitigkeit seiner Aufgaben hier, mit der ihm entgegen gebrachten Wertschätzung als kompetenter Kollege unter Kollegen und mit den zahlreichen weiteren Auftrags- und Tätigkeits-Möglichkeiten, die ihm seine Freiberuflichkeit bieten, ist der Duisburger zufrieden. „Ich habe die Selbstständigkeit nicht bereut“, sagt er. „Ich habe nie nach einer Festanstellung geegert. Wahrscheinlich fehlt mir da das Sicherheits-Gen.“ Keine Unsicherheiten? Stefan Wlach bleibt gelassen: „Bei Dingen, die man nicht beeinflussen kann, wie etwa Krankheit, die man als Freiberufler finanziell erst einmal überbrücken muss, kann man schon mal ins Grübeln kommen. Aber bisher hatte ich viel Glück. Und ich habe über die Jahre gelernt, eine gewisse Vernunft walten zu lassen und mir die Zeit zu geben, gesund zu werden.“

Er mache sich keine Sorgen, wie es weiter gehe. „Aber oft habe ich das Gefühl, mich dafür rechtfertigen zu müssen, dass ich gut klar komme als Freier“, sagt der Radiomann. **Elke Wiegmann ■**

Den eigenen Intendanten verklagt

Radio Bremen: Personalräte wollen bei Freien-Belangen mehr mitbestimmen

Arbeitnehmerähnliche Freie dürfen in Bremen etwas tun, was noch längst nicht in allen Bundesländern zugelassen ist: den Personalrat (PR) der heimischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt mit wählen und auch selber dafür kandidieren. Doch über die Freien-Belange mitbestimmen – das darf der Personalrat von Radio Bremen (RB) nur eingeschränkt. So hat es das Bremer Verwaltungsgericht in einem Prozess entschieden, den der PR angestrengt hatte, um mehr Mitwirkung durchzusetzen.



Foto: Radio Bremen / Frank Pusch

Ein Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom Dezember 2012 hatte den Bremern Mut gemacht: Demnach darf der PR des Saarländischen Rundfunks nach dortigem Landesrecht mitbestimmen, wenn der Sender den Einsatz eines arbeitnehmerähnlichen Freien einschränken oder beenden will (Az.: 6 P 6.12).

Analog müsste das doch auch für den Beginn einer solchen Tätigkeit gelten, meinte der PR in Bremen, wo ein noch weitergehendes Mitbestimmungsrecht als an der Saar gilt. Hintergrund dieses Begehrens: Jeder zusätzliche 12a-Freie (so benannt nach Paragraph 12a des Tarifvertragsgesetzes) schmälert bei gleichbleibenden Honorartopf die Einkünfte der anderen festen Freien.

Eine weitere Forderung der Belegschaftsvertreter: Sie wollten auch bei den Dienstplänen mitreden. Doch RB-Intendant Jan Metzger lehnte jegliche Mitbestimmung bei Freien-Angelegenheiten ab, weil dadurch die Rundfunkfreiheit verletzt würde.

Schließlich zogen die Personalvertreter gegen ihren eigenen Intendanten vors Verwaltungsgericht. Aber auch dort blieben sie erfolglos: Im Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche Personen bei RB sei detailliert festgelegt, wann ein (gelegentlicher) freier Mitarbeiter zum 12a-Freien aufsteigen darf. Deshalb gebe es hier für eine Mitbestimmung keinen Spielraum, entschieden die Verwaltungsrichter.

Auch bei der Aufstellung von Dienstplänen sah das Gericht keinen Mitbestimmungsspielraum, denn jeder Einsatz werde individuell vertraglich mit den Freien vereinbart. Hier fühlen sich die Belegschaftsvertreter allerdings missverstanden, wie die PR-Vorsitzende Gaby Schuylenburg sagt: Sie wollen nicht darüber mitentscheiden, wer in welche Schicht eingeteilt wird, sondern nur, wie lange die Schichten und die Pausen zu sein haben. Gegen den Beschluss des

Verwaltungsgerichts hat der PR inzwischen Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Bremen eingelegt.

In einem Punkt können die Personalvertreter aber zufrieden sein: Die Richter wiesen die Rechtsauffassung des Senders zurück, dass bei arbeitnehmerähnlichen wegen der Rundfunkfreiheit ohnehin die Mitbestimmung ausgeschlossen sei. Das Gericht erinnerte den Intendanten daran, dass er in allen Angelegenheiten, die „wesentlich für die Erfüllung der Aufgaben einer Rundfunkanstalt“ seien, ein Letztentscheidungsrecht habe. Vor diesem Hintergrund sei die Mitbestimmung, die sogar in der Bremer Landesverfassung verankert sei, durchaus mit der Rundfunkfreiheit vereinbar, jedenfalls bei Freien, die ähnlich schutzbedürftig wie weisungsgebundene Festangestellte seien.

Nebenbei machte das Gericht auch deutlich, dass Mitbestimmung sogar in den Fällen sinnvoll ist, in denen letztlich nur der Chef entscheidet: Der vorher anzuhörende Personalrat könne ihm „gegebenenfalls neue Einsichten (...) vermitteln“. Ein rationaler Diskurs, ein Austausch der Argumente ermögliche „bessere oder zumindest besser begründete Entscheidungen“. (Az.: P K 794/13.PVL).

Übrigens musste auch der Personalrat des Saarländischen Rundfunks noch monatelang um seine Freien-Mitbestimmungsrechte kämpfen. Intendant Thomas Kleist legte nämlich gegen das erwähnte Bundesverwaltungsgerichts-Urteil zunächst Verfassungsbeschwerde ein. Inzwischen hat er sie nach Angaben des Personalrats aber zurückgenommen, denn beide Seiten einigten sich auf eine Dienstvereinbarung, die das Mitbestimmungsverfahren bei Beginn, Reduzierung und Beendigung von 12a-Beschäftigungen regelt. Eine SR-Personalrätin: „Mit dem Ergebnis sind wir durchaus zufrieden.“ **Eckhard Stengel** ■

Funk und Fernsehhaus Radio Bremen – Übergänge zwischen den Gebäuden im Neubau – kurze Wege zwischen Personalrat und Intendant sind möglich

Streit um RBB-Freienstatus

Bei der Hälfte der zwölf öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland haben arbeitnehmerähnliche Freie das aktive und passive Wahlrecht für den Personalrat: HR, Radio Bremen, Saarländischer Rundfunk, SWR, WDR und ZDF.

Für den RBB beschlossen Berlin und Brandenburg bei der jüngsten Novellierung des RBB-Staatsvertrags nach langem Hin und Her eine halbherzige Lösung: Die Freien werden nicht durch den Personalrat vertreten, sondern durch eine fest institutionalisierte „Freienvertretung“. Bisher gab es eine solche Einrichtung („rbbpro“) nur auf ehrenamtlicher, rechtlich unregelter Basis. Künftig gilt für die Freienvertretung ein förmliches Statut. Es wurde am 8. Mai vom Rundfunkrat beschlossen – gegen den Protest von Betroffenen: Nach ihrer Ansicht bringt die von Intendantin Dagmar Reim vorgelegte Fassung den Freien „keine wesentlichen Mitbestimmungsrechte“. **stg.** ■

RBB

Das Konzept muss stimmen

Veranstaltungstechniker Martin Glaß

Porträt

„Am Ende des Tages muss alles funktionieren!“ So lautet die Maxime von Martin Glaß. Wie so oft ist er gerade auf dem Sprung. Als selbständiger Ingenieur für Veranstaltungstechnik plant er derzeit in einer Berliner Agentur eine große Open-Air-Veranstaltung für die Staatsoper mit Ton, Licht, Bühnenaufbau, elektrischen Anlagen, sicherheitstechnischen Anforderungen und, und und ... Das alles muss er mit den anderen im Team unter einen Hut bringen, damit die Veranstaltung gelingt. Daran jedoch lässt der 28jährige keinen Zweifel. Der junge Mann aus Berlin-Pankow weiß, was er gelernt hat, was er kann und wofür er verantwortlich ist, vertraut dem Team und sich selbst dabei. „Ich helfe mit, dass die Veranstaltung ein besonderes Erlebnis für alle Beteiligten vor und auf der Bühne wird. Dafür muss das Konzept stimmen.“

Die Branche, in der Martin Glaß arbeitet, ist noch jung und mitunter auch noch auf dem Weg, erwachsen zu werden, wie er meint.

Reichte es einst noch, als nicht ausgebildeter „Quereinsteiger“ Veranstaltungen „zu bauen“ und zu betreuen, sind jetzt flexible Fachleute gefragt, die sich in der Licht-, Ton-, Bühnen- und Elektrotechnik auskennen. Nicht zu vergessen das technische Gespür für Abläufe auf, vor und hinter der Bühne. Dazu gehört auch, Kabel so zu verlegen, dass keiner darüber stolpert oder sie optisch stören.

Martin Glaß hatte sein Abitur in der Tasche, als er die dreijährige Berufsausbil-

dung zur „Fachkraft für Veranstaltungstechnik“ begann. Das ist Voraussetzung, wenn ein Ingenieursstudium folgen soll. Martin absolvierte seinen Master an der Beuth Hochschule für Technik in Berlin. „Thema meiner Bachelor-Arbeit war die Analyse des Bühnendesigns der 360°-Konzerttour von U2. Das war auch live ein großartiges Erlebnis. Im Zuge meiner Master-Arbeit habe ich mich dann vertiefend mit der Showgestaltung im Livemusikbereich auseinandergesetzt.“

Zum Tagesgeschäft gehören aber auch Stadtfeste, Messen, Kongresse, Theateraufführungen oder TV-Produktionen. Wer daran Gefallen findet und in den Beruf einsteigen möchte, dem rät Martin Glaß, schon mal vorab zum Beispiel in den Ferien in diese Bereiche reinzuschauen. „Mir half, dass ich schon von Anfang an die andere Seite als Musiker kannte und dort immer wieder gesehen habe, was alles stimmen muss, damit Veranstalter, Publikum und Künstler am Ende zufrieden sind.“

Der Beruf des Veranstaltungstechnikers ist noch relativ jung. Er existiert als solcher erst seit 1998, hat sich seitdem etabliert und bekam zunehmend fachliche Lehrinhalte. „Ich denke, jetzt kommt es darauf an, weitere Strukturen zu schaffen, damit sich die Branche weiterentwickeln kann – beispielsweise auch im Arbeitsrecht. Klar ist, dass unser Job zeitweise auch 12 oder 16 Stunden am Tag dauern kann. Auch an Wochenenden und Feiertagen sind wir oft unterwegs. Das gehört dazu und macht auch Spaß. Dennoch ist es perspektivisch wichtig, dass alle Seiten miteinander vernünftige Vereinbarungen treffen, damit z.B. Familie und Beruf in Einklang gebracht werden können.“ Fest steht für ihn: „Wer sich engagiert und sich fachlich auskennt, besitzt auf jeden Fall Chancen auf dem Arbeitsmarkt und findet Einsatzmöglichkeiten, vor allem in großen Metropolen – entweder als Angestellter oder als Freischaffender.“ **Bärbel Rechenbach** ■



Foto: Bärbel Rechenbach

Code of Practise

Film- und Fernsehaffende auch bei Auftragsproduktionen absichern

Die ver.di FilmUnion hat, unterstützt von connexx.av, einen Code of Practise entwickelt. Darin fordert sie ARD und ZDF auf, ihre soziale Verantwortung wahrzunehmen, angemessene Produktionsbudgets bereitzustellen und die soziale Absicherung aller Beschäftigten, auch der bei den privaten Dienstleistern, zu gewährleisten.

Film- und Fernsehaffende, die für die ARD und das ZDF tätig sind, leisten alle die gleiche Arbeit – unabhängig davon, ob sie freiberuflich schaffen oder angestellt sind, oder ob sie direkt für die ARD und das ZDF oder aber für eine Privatfirma wirken. Um Kosten einzusparen oder zu verschieben, lagern die öffentlich-rechtlichen Sender in zunehmendem Umfang Produktionen an Privatfirmen aus, die meistens nicht tarifgebunden sind. Kostendruck und harter Wettbewerb um die

ausgeschriebenen Produktionen wirken auf die Honorare und Gehälter der Film- und Fernsehaffenden ein.

Als öffentlich-rechtliche Einrichtungen tragen die ARD und das ZDF aber eine besondere soziale Verantwortung für alle Beschäftigten. Deshalb sollen Produktionsbudgets so bemessen werden, dass sie nicht nur den jeweiligen inhaltlichen und künstlerischen Kriterien gerecht werden. Sie müssen sich gleichfalls auch bei den Privatfirmen an den Standards der sozialen Absicherung, der Einkommen und der sonstigen Arbeitsbedingungen orientieren können, die in Tarifverträgen von ARD und ZDF geregelt sind.

www.connexx-av.de/meldung_volltext.php?id=53591a64df411&akt=filmfernsehproduktion

Die deutsche Stimme von Hobbit Pippin

Synchronschauspieler Stefan Krause



Fotos: privat

Bei der Berufsbezeichnung gehe es ja schon los, meint Stefan Krause. Manche seiner Kolleg/innen hätten Probleme damit, „Synchronschauspieler“ genannt zu werden, das enge das Berufsbild ein. „Synchronsprecher“ bezeichne die Tätigkeit zwar richtig, provoziere aber die Verwechslung mit Nachrichtensprechern. Denn Fakt sei: Synchronisierende Schauspieler für Film und Fernsehen sind weder Sprechmaschinen noch Stimmimitatoren, sondern fügen der deutschen Fassung eines fremdsprachigen Filmes etwas Eigenes hinzu: künstlerische Identität eben. Das zumindest ist hierzulande auch höchstrichterlich festgestellt. Und Krause ist einer, der es wissen muss.

667 Sprechrollen verzeichnet die deutsche Synchronkartei für ihn, er wuchs bereits als Junge ins Metier hinein. Tatsächlich ist kaum aufzuzählen, wem alles er in vierzig Berufsjahren seine Stimme geliehen hat: Er war Hobbit Pippin in „Herr der Ringe“, Douglas Fackler in etlichen Folgen der „Police Academie“, hauchte Trickfilmfiguren bei „Tom & Jerry“, den „Turtles“ oder in „Ice Age“ hörbar Leben ein, arbeitete für Serien wie „CSI: Miami“ oder „Desperate Housewives“.

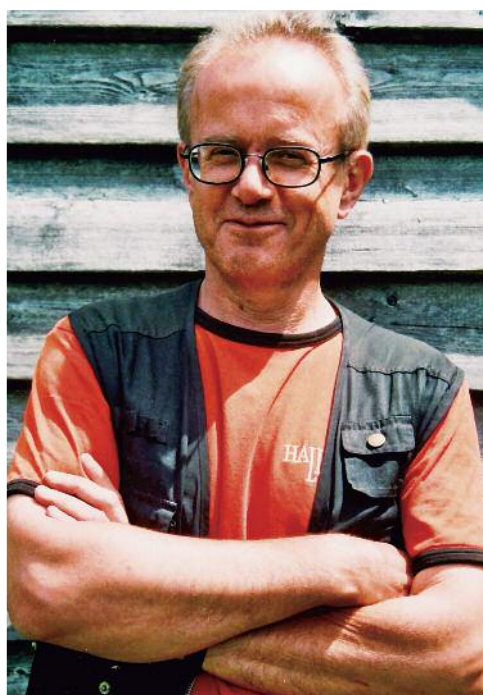
Zu Recht stolz ist er auf den Deutschen Synchronpreis, den er 2007 für die deutsche Stimme von Philip Seymour Hoffman als Truman Capote in Kaltes Blut erhielt. Dass er auch der deutsche Matthew in „Vier Hochzeiten und ein Todesfall“ oder Johns Bruder in „Tatsächlich ... Liebe“ ist, weiß dennoch kaum ein Zuschauer, denn: Synchron-Stimmgeber werden fast nie im Abspann genannt. „Jeder Caterer oder Tiertrainer scheint da wichtiger“, kritisiert Krause, der auf den künstlerischen Beitrag zum Erfolg eines übersetzten Kinohits hinweist. Namensnennung ist eine Forderung, für die sich auch der Interessenverband Synchronschauspieler (IVS) stark macht. Auf etliche Hundert, „die davon leben können“, schätzt Krause seine freischaffende Kollegenschaft. Neben allgemeinen schauspielerischen Fähigkeiten und einprägsamer Stimme seien ein „besonderes Gefühl für Timing und Musikalität“ nötig.

Im Zuge der Digitalisierung beschleunigt sich das Tempo der Aufnahmen. Zunehmend werden Stimmen einzeln aufgenommen, stehen Sprecher ganz allein im Studio. Selbst für eine Liebeszene, die Krause neulich synchronisierte, habe er die deutsche Sprecherkollegin nie kennengelernt. 220 bis 260 Takes – zu synchronisierende Filmsequenzen zwischen 6 und 10 Sekunden Länge – seien als tägliches Pensum schon

fast normal. Angesichts zunehmenden Arbeitsdrucks setzen sich Krause und viele seiner Kolleg/innen für Mindest-Produktionsbedingungen ein. Sie wurden bereits vor Jahren in einer „Credo-Liste“ formuliert. Die enthält Forderungen zur Take-Länge, zu den „Schlagzahlen“, die die Takes pro Stunde beziffern, aber auch zur zwingenden Anwesenheit von Cutterin, Regisseur und Tonmeister im Studio.

Weitere wichtige Punkte sind Zahlungsmoral und Gagenhöhe. „Bisher gibt es für uns allenfalls stagnierende, ortsübliche Abmachungen“ und deshalb immer die Gefahr, dass es jemand billiger macht.“ Nicht nur der Sparwut der Produzenten sei ein Riegel vorzuschieben, sondern auch der Tendenz, dass sich Sprecherinnen und Sprecher durch Dumping ins eigene Fleisch schneiden. Eine „Mindestgage“ als Untergrenze für alle will der IVS deshalb nun mit ver.di-Hilfe durchfechten. Das sei neu und werde sicher nicht einfach. Doch spiegele es die Verhältnisse richtig wider, weil eben die Global Player der deutschen Synchronproduzenten und deren Auftraggeber nicht, wie gern behauptet, in einem Boot mit den Synchronschauspielern sitzen. Krause hofft, dass jetzt Sondierungsgespräche potenzieller Tarifpartner und weiterer Beteiligter in einem „Synchronrat“ zustande kommen und „die Karten auf den Tisch gelegt werden“.

Helma Nehrlich ■



Engel und Teufel zugleich?

Zwei Berufe aus einer Hand: Journalist und PR-Verbreiter

Von Klaus Kocks | Im Internet-Zeitalter gibt es keine Zunftrordnung mehr. Das Mittelalter hat streng zwischen Schuhmachern und Riemenschneidern unterschieden. Der eine fertigte Schuhe, der andere durfte nur Schnürsenkel. Diese Sortierkästchen gehören der Vergangenheit an. Vieles, was früher getrennt war, ist zusammengewachsen. Aber kann man Engel und Teufel zugleich sein? Das ist in erster Linie eine gewerkschaftliche Frage. Was nämlich, wenn der Himmel seine Engel nicht mehr anständig bezahlt? Dann wird man ernsthaft über die neuen Zeiten reden müssen.

Die elitäre Truppe der Edelfedern vom Netzwerk Recherche geht der Wirklichkeit aus dem Weg, indem sie fordert: „Journalisten machen keine PR.“ Das kann ein leitender Redakteur eines öffentlich-rechtlichen Senders leichter fordern als ein freier Journalist, dem Honorare geboten werden, die den Beruf zur Liebhaberei werden lassen. Natürlich muss journalistische Arbeit sauber sein und keine verdeckte PR enthalten. Aber darum geht es gar nicht.

Es geht um zwei Berufe aus einer Hand. Darf man als freier Journalist eine Nebentätigkeit als Kommunikationsberater aufnehmen? Schon diese Frage zeigt, wie verkrampft ganz praktische berufliche Fragen durch berufsständische Vorurteile und Ehrpusseligkeiten werden. Natürlich darf man das. Insbesondere dann, wenn man beide Rollen sauber organisiert. Man sollte Kolleginnen und Kollegen der schreibenden Zunft raten, die zweite Berufsrolle als solche kenntlich zu machen.

Schon im Briefkopf sollte klar sein, wer hier schreibt. Meldet sich ein freier Journalist mit einem Angebot an eine Redaktion, das er auch publizistisch zu verantworten gedenkt? Oder bietet ein gelernter Journalist seine Unterstützung als Kommunikationsberater an? Das sind unterschiedliche Auftritte mit unterschiedlichem Anspruch, ohne dass dabei eine Tarnung der einen oder der anderen Tätigkeit notwendig wäre. Im Gegenteil: Eine transparente Rollenteilung fördert den kritischen Blick, hilft also allen Beteiligten.

Die Verlage selbst haben in dieser Frage längst jede Scheu verloren. Man kann sich die ethischen Höhenflüge der allzu oft blasierten Redaktionsleitung der *Zeit* anhören und gleichzeitig wissen, dass eben dieser Verlag unter der Firmierung TEMPUS jedwede PR-Dienstleistung für Industriekunden anbietet. Im Corporate Publishing findet man Springer wie Hoffmann&Campe oder Gruner&Jahr. Es wäre deshalb nicht zu verstehen, warum sich Kolleginnen und Kollegen versagen, wo die Häuser, die zuvor ihren eigentlichen Job ruiniert haben, längst zum großen Geldverdienen angetreten sind.

Es gibt auch den umgekehrten Rollentausch. Viele PR-Kollegen schreiben im Netz journalistische Texte. Von mir stehen zweihundert Kommentare unter „starke-meinungen.de“ im Netz; die Nummer eins in dieser Redaktion ist ein Kollege, der hauptberuflich für *Die Welt* schreibt. Vieles von dem, was heute von

einem Unternehmen als Publikation finanziert wird, hat eine publizistische Qualität, die hinter den klassischen Produkten nicht nachsteht. Es gibt sogar die Zuspitzung, dass wirklich investigative Recherche heute vor allem dort möglich ist, wo Corporate Publishing für auskömmliche ökonomische Bedingungen sorgt.

Das entscheidende politische Kriterium ist die Transparenz für den Leser. Kann er erkennen, ob es sich um eine journalistische Arbeit handelt oder um eine Auftragskommunikation? Alles, was diese Einsicht erschwert oder gar hintergeht, ist unzweifelhaft sträflich. Wenn die Transparenz gegeben ist, so ist, im Umkehrschluss, eben auch alles erlaubt. Ohnehin ist die Medienwelt inzwischen so voller Mischformen von Presse und PR, dass Leser immer zur Aufmerksamkeit aufgerufen sind.

Was machen Journalisten in der Kommunikationsberatung falsch? Der häufigste Fehler ist die Willfährigkeit des Konvertiten. Seitenwechsler neigen dazu, schlecht über das Lager zu reden, aus dem sie kommen. Gute PR-Leute haben aber Respekt vor einer freien Presse (wenn es denn nun eine ist). Wer als PR-Manager die Machbarkeit von allem und jedem verspricht, tut sich und seinen Kunden keinen Gefallen. Es gibt Anliegen, die werden zu Recht niemals ein geneigtes Echo finden.

Gehören Selbstständige überhaupt in eine Gewerkschaft? Die neuen Formen der Selbstständigkeit, die sich aus den Rationalisierungen des Verlagswesens ergeben, dürfen nicht die Illusion nähren, dass nun jedwede Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen aufzugeben ist. Im Gegenteil, Journalisten wie Berater gehören in eine anständige Gewerkschaft. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) kann sich nicht entschließen, ob er ein Berufsverband oder eine Gewerkschaft ist; in Zeiten der Not bringt der Mittelweg aber den Tod.

Journalisten können helfen, Sprachlosigkeit zu überwinden. Sie können abstrakte Fakten zu plausiblen Geschichten formen. Sie können helfen, dass man sich vor dem Mikro und vor der Kamera nicht zum Idioten macht. Journalisten können das besonders gut, wenn sie auch als PR-Berater ihre alte Skepsis nicht vergessen und geerdet bleiben. Rollenrespekt heißt das, wenn erfahrene PR-Leute und erfahrene Journalisten miteinander zu tun haben. Den sollte man nie vergessen, auch wenn man die Seiten gewechselt hat. ■



Foto: Pressefoto Kocks

Prof. Dr. Klaus Kocks ist freier Kommunikationsberater (CATO) und (nebenberuflich) Publizist (z.B. www.starke-meinungen.de)

Undercover bei Zalando und Co.

Neue Recherchen von Günter Wallraff und seinem Team fördern Kritikwürdiges zutage

Es wallrafft wieder. Zalando, Burger King, Altenpflegeheime, und überall Misstände. Zwar ermittelt Günter Wallraff nur noch selten selbst, er lässt ermitteln. Wo Wallraff drauf steht, sind drin junge Reporter unterwegs. Aber der Name hilft. Das „Team Wallraff“ bei RTL schafft es mit seinen Stories in andere Medien und in Talkshows. Dass manche im Überschwang auch schon mal kolportieren, Wallraff habe eigenhändig Darmbakterien enttarnt – geschenkt.

Mit Zalando haben die jüngsten Wallraffaden begonnen. Der Internet-Textilhändler, der in Deutschland drei Logistikzentren betreibt, beglückt seine Kunden mit dem Werbeslogan „Schrei vor Glück“. Wenn allerdings die Angestellten schreien, dann bestimmt nicht vor Glück. Die junge Journalistin Caro Lobig arbeitete drei Monate undercover im Zentrallager Erfurt und fand dort miserable Arbeitsbedingungen und Verstöße gegen das Arbeitsrecht vor. Starker Arbeitsdruck auf die Belegschaft, restriktive Pausenregelungen, Bespitzelung durch Vorgesetzte und Überwachung durch Kameras. Und natürlich keine Betriebsräte.

Ganz neu ist die Aufmerksamkeit für Zalando nicht. Es gab in den letzten Jahren häufiger kritische Berichte. So etwa im Juli 2012 im ZDF (nicht mehr in der Mediathek). Aber auf die RTL-Sendung „Extra“ reagierte diesmal die internetaffine Zalando-Community mit einem veritablen Shitstorm. Darauf wiederum reagierte das Unternehmen mit einer Klage, die Reporterin habe Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse verraten. Günter Wallraff freut sich schon. Er hat in seinem langen Rechercheursleben die meisten Klagen gewonnen. Das Ermittlungsverfahren läuft, einen Termin gibt es nicht.

Inzwischen hat Zalando in einer Einstweiligen Verfügung durchgesetzt, dass RTL einige Vorwürfe vorläufig nicht weiter verbreiten darf und zugleich mit internen Maßnahmen auf Vorwürfe reagiert. So gibt es jetzt andere Pausenregelungen, mehr Sitzgelegenheiten, Überprüfung der Datenschutzbestimmungen und keine Belohnungen mehr für Diebstahlsanzeigen. Der Sender hat das Stück aus der Mediathek herausgenommen, geht jedoch juristisch gegen die Einstweilige Verfügung vor.

Publizistisch hat RTL gleich noch mit anderen Fällen nachgelegt. Eine Recherche über Burger-King brachte ebenso miserable Arbeitsverhältnisse zutage und untragbare hygienische Verhältnisse. Mit Folgen. Der Chef der Franchise-Kette Yi-Ko, Eergün Yildiz, ist zurückgetreten. Auch hier fiel der Shitstorm der Zielgruppe beachtlich aus, Umsatzrückgänge in den Filialen sind zu registrieren. Eine dritte Recherche in Altenpflegeheimen brachte Zustände zutage, die man nicht am eigenen Körper erleben möchte. Eine der Kliniken hat auch schnell auf die Recherche reagiert und empört mitgeteilt, alle vorgefundenen Misstände habe man bereits behoben. Von juristischen Schritten ist nichts zu hören.

Mit diesen Recherchen des „Team Wallraff“ macht RTL, publizistisch schon lange eine vernachlässigbare Größe, mal wieder mit journalistischen Arbeiten auf sich aufmerksam. Natürlich auf RTL-Weise als quotenträchtiges Empörungfernsehen. Aber der Tonfall ist

zurückhaltender, die Selbstinszenierung der Reporter zurückgenommen. Da hier der Kümmerer Wallraff seine Finger im Spiel hat, bleiben auch die sozialen Aspekte im Blick. Im Fall Zalando neben den Arbeitsbedingungen und den fehlenden Betriebsräten auch unser aller Billigleben, in dem wir alles sofort und rund um die Uhr vor die Tür geliefert haben wollen, um es am nächsten Tag wieder zurückzuschicken. Vom Burger-King-Franchise-Unternehmen Yi-Ko weiß



Foto: Lobig

Enthüllungsjournalist Günter Wallraff (re.) und Caro Lobig bei einem Treffen in Köln

die Gewerkschaft NGG, dass das Unternehmen einen Kampf gegen Betriebsräte führt und einigen auch gekündigt hat. Prozesse laufen. Die Personalnot in den Altenheimen wird als notorisch erkennbar.

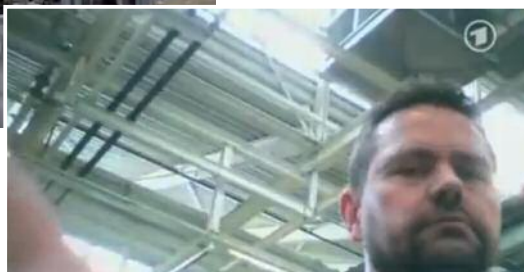
Die Geschäftsführung von Zalando hat zu ihrer Entlastung aufgeführt, in den letzten Jahren seien häufiger Journalisten im Betrieb gewesen und hätten die Arbeitsbedingungen nicht beanstandet. Praktischerweise verlinkt Zalando etwa auf einen Beitrag im ZDF-Morgenmagazin vom Januar 2014, in dem nur der Produktmanager und der Pressesprecher das Wort bekamen. Oder auf einen längeren Beitrag in „Galileo“ auf Pro7 – eine reine Unternehmenspropaganda. Auf die Idee, sich die Arbeitsbedingungen anzuschauen, ist da keiner gekommen. Auch die FAZ hat nichts gemerkt, wie sie nun selbstkritisch anmerkt: „Auch diese Zeitung war bei Zalando zu Gast, bereits im Sommer 2012. Der Eindruck im Warenlager in Brieselang bei Berlin: Hier geht es zu wie in anderen Logistikunternehmen auch.“

Das freilich ist auch das Problem des Empörungfernsehens: Es ist wie woanders auch. Aber nur der Einzelfall rückt ins Blickfeld, nicht das System und somit entstehen stets neue Anlässe für singuläre Empörungen. Die öffentlich-rechtlichen Sender kriegen selbst das kaum noch hin. Die albernen pseudoinvestigativen Markenchecks, auf die die ARD so stolz ist, jucken niemanden. Wallraff hat wenigstens erreicht, dass sich ein paar Leute kratzen müssen. **Fritz Wolf** ■

Daimler will Sendeverbot

Autokonzern gegen SWR wegen Undercover-Reportage zu Werkverträgen

250 000 Euro. So viel Ordnungsgeld soll der SWR zahlen, wenn er die Undercover-Reportage „Hungerlohn am Fließband“ noch einmal ausstrahlt. Andernfalls droht Ordnungshaft – „zu vollziehen am Intendanten“. Dies will Daimler mit einer Unterlassungsklage erreichen, die Ende Juli vor dem Stuttgarter Landgericht verhandelt wird. Das Argument des Konzerns: Der Journalist Jürgen Rose und sein Team hätten mit den heimlichen Filmaufnahmen gegen das Hausrecht verstoßen. Zudem sei der preisgekrönte Beitrag „manipulativ“. Nicht nur der Sender sieht das ganz anders.



Screenshot: youtube



Foto: SWR / privat

Claus Hanischdörfer (oben), SWR-Filmautor und Jürgen Rose (re.), Moderator und Reporter, der undercover bei Daimler drehte.



Bild: SWR / Kluge

„Daimler verkauft teure Luxusautos, lässt aber für Hungerlöhne arbeiten. Kann das sein?“ Dieser Frage ging der TV-Journalist mit dem erstmals im Mai 2013 ausgestrahlten Beitrag nach. Dafür heuerte Rose als Leiharbeiter an und wurde von der Werkvertragsfirma Preymesser im Mercedes-Werk Untertürkheim ans Band geschickt. Mit Hilfe einer versteckten Kamera belegte er unter anderem, dass Leiharbeiter als Billigkräfte für dieselben Tätigkeiten eingesetzt wurden wie teure Stammbeschäftigte – und dass sie entgegen der Gesetzeslage Anweisungen vom Daimler-Personal erhielten. Mit einem monatlichen Bruttolohn von 1.220 Euro hätte er als Familienvater mit vier Kindern Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld II gehabt, rechnete Rose vor.

Die Reportage hatte eine enorme Resonanz. Die Medien berichteten bundesweit. Die IG Metall verlieh Rose und seinem Kollegen Claus Hanischdörfer den Willi-Bleicher-Preis „für die Aufdeckung solcher neuen, extremen Ausbeutungs- und Subventionsverhältnisse in einem Industriekonzern, der nach wie vor seinen Aktionären hohe Dividenden zahlt“. Daimler sah sich gezwungen, die Werkverträge zu überprüfen und teilweise in Leiharbeitsverhältnisse mit dem Unternehmen selbst umzuwandeln.

Jetzt schlägt der Konzern zurück: Mit einer Unterlassungsklage will er verhindern, dass die Sendung noch einmal ausgestrahlt wird. Der Film suggeriere unrechtmäßiges Handeln, dabei zeigten die gefilmten Tätigkeiten „einen rechtmäßigen Fremdarbeitskräfteeinsatz“, heißt es zur Begründung. Und: „Die Aufnahmen sind über zwei Wochen heimlich und gegen das Hausrecht der Daimler AG entstanden. Die Veröffentlichung der Aufnahmen ist daher ein Rechtsbruch.“ Eine Sprecherin des Konzerns betont auf Nachfrage zwar „ausdrücklich“, dass „wir die Pressefreiheit für ein hohes Gut halten und dass wir grundsätzlich auch kritische Berichterstattung akzeptieren“. Man wehre sich aber gegen „eine manipulative Darstellung, die den Sachverhalt massiv verfälscht“.

Der Sender weist das entschieden zurück. In einem „Faktencheck“ widerlegt er detailliert die Behauptungen des Unternehmens. SWR-Sprecher Wolfgang Utz will sich im Vorfeld der Verhandlung zu weiteren Details zwar nicht äußern, betont aber: „Wir sind weiterhin der Überzeugung, dass die Verwendung der Aufnahmen rechtmäßig ist.“ Der Sender stehe hinter seinen Journalisten.

Vor Gericht entscheidend dürfte sein, ob die geschilderten Verhältnisse bei Daimler als gravierende Missstände definiert werden, die laut Rechtsprechung eine Undercover-Recherche erlauben. Günter Wallraff, der das entsprechende Grundsatzurteil Anfang der 1980er-Jahre im Rechtsstreit mit der *Bild*-Zeitung erwirkte, ist davon überzeugt: „Im Fall von Daimler handelt es sich definitiv um gravierende Missstände. Wenn ein bei Daimler eingesetzter Leiharbeiter weit aus weniger verdient als ein Stammbeschäftigter und mit Arbeitslosengeld II aufstocken muss, dann sind das Zustände, über die man berichten muss.“ Dem SWR rät er, den Konflikt notfalls bis zur höchsten Instanz auszufeuchten. Denn wenn das Vorgehen von Daimler wieder Schule mache, würden solche Themen der öffentlichen Auseinandersetzung entzogen. „Dann können die Konzerne mit ihren Beschäftigten machen, was sie wollen.“

Es gehe in der Auseinandersetzung „erkennbar nicht um die Frage von Werksspionage, sondern um Missstände, von denen die Öffentlichkeit Kenntnis haben sollte“, betont dju-Bundesgeschäftsführerin Cornelia Haß. Das Hausrecht eines Unternehmens sei zwar legitim, dürfe aber nicht zur Verhinderung unliebsamer Berichterstattung missbraucht werden. Haß verweist auf die Möglichkeit, gegen Verletzungen des Pressekodex Beschwerde beim Deutschen Presserat einzulegen. „Das spielt im vorliegenden Fall aber offenbar keine Rolle. Daher spricht für mich alles dafür, dass handwerklich sehr sauber gearbeitet wurde.“

Das meint auch die mit renommierten Journalisten und Wissenschaftlern besetzte Jury des Willi-Bleicher-Preises der IG Metall, die den Beitrag im vergangenen Jahr prämierte. In ihrer Begründung loben sie nicht nur den Inhalt, sondern ausdrücklich auch das handwerkliche Vorgehen der Reporter.

Daniel Behruzi ■

Mehr Informationen

Faktencheck SWR
<http://tinyurl.com/ng2fdwt>

www.willi-bleicher-preis.de/2013/preistraeger.html

Prozestermin Daimler gegen SWR wegen Unterlassung: 31. Juli 2014, 14 Uhr, Saal 155, Landgericht Stuttgart, Urbanstraße 20

Roboterjournalismus

Journalistische Arbeit im Zuge modernster Programmieretechnik



Roboterjournalismus wird von manchen Beobachtern als der wichtigste Trend der Medienbranche angesehen. Damit ist übrigens nicht nur das automatische Erstellen von Artikeln gemeint. Auf dem European Newspaper Congress in Wien wurden kürzlich diverse Softwarelösungen vorgestellt, die Verlage gegen klingende Münze inhaltlich unterstützen und deren Kosten drücken sollen.

Tame (<http://tame.it>) verspricht den Datenwust des sozialen Netzwerks Twitter zu zähmen. Der Ableger der Berliner Humboldt Universität bietet den Kunden zu jedem Suchbegriff für einen bestimmten Zeitraum alle relevanten Inhalte und die Namen der aktivsten Nutzer an. Twitter ist als Gradmesser interessant. Nirgendwo sonst kann man so gut ablesen, welche Themen beim Publikum „in“ sind. Die Daten sind zwar im Netz frei verfügbar. Doch um Trends abzulesen, muss man die vielen Informationen sammeln und analysieren. Für einen Menschen wäre dies eine wenig attraktive und zudem teure weil langatmige Aufgabe.

In der Kongress-Ankündigung wurde ebenfalls damit geworben, dass die Firma Retresco (<http://retresco.de>) Mitarbeiter durch Rechenpower ersetzen kann. Gigantische Datensätze oder das komplette Web werden ausgewertet und die Resultate automatisch zusammengestellt. Doch das Ende der Fahnenstange ist noch nicht in Sicht. Einer der Pioniere der Branche, Narrative Science, bietet mittlerweile die vollautomatische Auswertung des komplexen Statistik-Tools Google Analytics an. Die patentierte Software Quill kann die Entwicklung eines Online-Portals trotz unzähliger Faktoren in einen gut lesbaren Text verwandeln.

Preiswerte Detailberichte. Doch heutige Programme können nicht nur Redaktionen unterstützen, sie können eigenständig ganze Texte verfassen. Auf www.fussballheute.net kann man einige Beispiele sehen, die sich bei weitem nicht am Rande des Möglichen bewegen. Zwei Faktoren werden von den Dienstleistern immer wieder erwähnt: Hyper-Indivi-

dualisierung und Hyper-Lokalisierung. Da die Berichte der Roboter preiswert sind, wird die Technik überall dort eingesetzt, wo viele Daten anfallen und entsprechend viele Artikel veröffentlicht werden können. Gut geeignet sind zum Beispiel Kataloge der Tourismusbranche, Produktbeschreibungen für Online-Shops, Wetterberichte, Hochwasserlageberichte oder Erdbebenmeldungen. Auch die Spielberichte verschiedenster Sportarten bieten sich dafür an. Bei einem Euro pro Artikel lohnen sich nicht nur Schilderungen populärer Spiele der 1. Fußball-Liga, sondern auch Ergebnisse eines Außenseitersports der Mannschaft aus Klein Kleckersdorf. Doch auch die Fans könnten bald zum Zug kommen. Diese können in naher Zukunft wirklich jede einzelne Aktivität ihres Lieblingsportlers über Jahre hinweg verfolgen. Ein Redakteur würde sich niemals die Mühe machen, alle Details zu einem Athleten zusammenzutragen. Die automatischen Autoren beschreiben hingegen jedes noch so winzige Detail, den die Anhänger lesen und die Suchmaschinen indizieren können. Daneben könnte es im Web schon bald maschinelle Hinweise über gesperrte Straßen, verspätete Busse oder veränderte Anfangszeiten von Ratssitzungen geben, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Bei einem maximalen Output von täglich 3,6 Millionen Artikeln in vielen verschiedenen Sprachen ist rein theoretisch alles möglich.

Wann und in welchem Umfang die Verlage auf den Zug aufspringen, wird vor allem davon abhängen, ob sie mit diesem Content ihren Umsatz steigern können. Ist die Anzahl der Interessenten hoch genug und das Geschäftsmodell stimmig, würde auch in Deutschland einer computergestützten Sportberichterstattung und vielen anderen Anwendungsgebieten nichts mehr im Wege stehen.

Eine aktuelle Studie des schwedischen Forschers Christer Clerwall kam zu dem Ergebnis, dass derzeit kaum ein Unterschied zwischen Texten von Menschen- und Roboterhand erkennbar ist. Die Beiträge

des Kollegen Computer wurden in den Tests zumeist als gut formuliert, informativ und vertrauenswürdig empfunden. Nur wenige Leser bezeichneten die programmierten Artikel als zu eintönig.

Die Verarbeitung der Informationen ist hohe Programmierkunst, weswegen es in Deutschland bisher nur zwei Anbieter gibt. Wenn der Algorithmus auf eine neue Aufgabe vorbereitet werden soll, muss zunächst manuell ein Regelwerk eingegeben werden. So wird beispielsweise festgelegt, dass ein Fußballspieler bei einer roten Karte den Platz verlassen muss. Auch müssen Vorgaben zur Bewertung von bestimmten Ereignissen eingepflegt werden. Wenn der 1. FC Bayern München gegen den Tabellenletzten 0:4 verliert, so hätte dies eine wirklich herausragende Bedeutung. Auch die grobe Struktur zur Gestaltung des Textes muss vorgegeben werden. Der nächste Schritt ist die Implementierung der Sprachen. Der Einbau komplizierter Sprachen inklusive Grammatik und Orthografie dauert bis zu zwei Monate, simple Sprachen erlernt der Computer in der halben Zeitspanne. Die Datenquelle muss im Gegensatz zu früher keinen starren Regeln folgen. Anfangs erinnerte die Generierung von Beiträgen an einen Lückentext, bei dem der PC lediglich die Aufgabe übernahm, Variablen in die Lücken einzusetzen. Hatte sich die Quelle geringfügig verändert, musste die Programmierung jeweils angepasst werden. Heutzutage erkennt die Software immer besser, wo sich in der Quelle Füllwörter und wo sich wichtige Informationen verbergen.

Natürlich sind dem Roboterjournalismus noch immer Grenzen gesetzt. Noch kann das Programm nicht sehen, ob der Torwart am Ende eines Spiels zufrieden oder grimmig schaut. Auch kann er nicht bewerten, ob ein Spiel die Wende einläuten oder das Schicksal eines Trainers besiegeln wird. Was den Applikationen zur Einordnung an Lebenserfahrung und Wissen fehlt, müssen weiterhin die Redakteure leisten. Daran dürfte sich so bald nichts ändern.

Schöne neue Roboterwelt? Cord Dreyer von Text On (<http://www.text-on.de>) weist im Gespräch darauf hin, dass die Menge frei verfügbarer Informationen weiterhin gigantisch ansteigen wird. Im Jahr 2020 soll es ein Datenvolumen von 40 Zettabyte geben. Das sind eine Milliarde Terabyte Daten, die sich unmöglich von Menschenhand auswerten lassen.

Doch machen wir uns bitte nichts vor. Die PCs werden nicht nur dafür da sein, gigantische Datenmengen zu durchforsten, oder unsere Arbeit interessanter zu gestalten. Der Gründer von Narrative Science Kristian Hammond kündigte in der Zeitschrift WIRED bereits vor zwei Jahren an, dass er im Jahr 2030 den Anteil elektronisch erstellter Texte auf über 90 Prozent einschätzt. In der Folge würden in den nächsten 16 Jahren die meisten Angestellten und Freiberufler ihren Job verlieren. Unabhängig davon ob sich die Prophezeiung von Hammond bewahrheitet, dürfte sich die Tätigkeit der Journalisten in den nächsten Jahren erheblich verändern. **Lars Sobiraj** ■

Zum Surfen

<http://tame.it>
<http://retresco.de>
<http://www.text-on.de>

Anzeige

Jetzt
Mitglied werden
www.nr.ch.de/mitglied
und günstiger
teilnehmen!

nr-Jahreskonferenz 2014

you'll never
walk alone



Illustration: Vincent Burmeister

nr14

nr-Jahreskonferenz 2014
4./5. Juli — NDR, Hamburg
www.nr.ch.de/nr14

NDR®

nr
netzwerk
recherche

3,9 Prozent mehr Gehalt in Buchverlagen

In der zweiten Verhandlungsrunde für den herstellenden Buchhandel in Baden- Württemberg konnte am 6. Mai 2014 in Stuttgart ein Tarifergebnis erzielt werden: Ab 1. Mai 2014 werden die Gehälter um linear 2,2 Prozent erhöht. Eine weitere Erhöhung erfolgt ab 1. Mai 2015 um 1,7 Prozent. Für die Ausbildungsvergütungen gilt der Abschluss entsprechend. Der Tarifvertrag ist frühestens zum 30. April 2016 kündbar.

Damit wurde ein wichtiges Ziel der diesjährigen Tarifrunde erreicht: Eine tabellenwirksame Erhöhung der Gehälter. Eine Kombination aus linearer Erhöhung und Einmalzahlung, wie vom Börsenverein gefordert, konnte abgewehrt werden. Der Abschluss sei allerdings erst dadurch möglich geworden, weil in der Frage der Laufzeit mit 25 Monaten ein deutliches Zugeständnis gemacht wurde. „Das ist uns nicht leicht gefallen, da die künftige Entwicklung der Inflationsrate noch sehr unsicher ist. Nur wenn sie in den kommenden zwei Jahren auf dem jetzigen Niveau verbleibt, wird am Ende ein spürbares Reallohnplus stehen“, heißt es in der Tariffinformation aus Stuttgart.

Trotz dieser Unsicherheiten hat die Tarifkommission das Verhandlungsergebnis einstimmig angenommen. ver.di-Tarifsekretär Wolfgang Haupt: „Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen, die sich in der Tarifbewegung engagiert und an der Unterschriftensammlung beteiligt haben. Sie hat in kurzer Zeit rund 640 Unterschriften für unsere Forderung erbracht und damit zum Gelingen der Tarifaufeinandersetzung beigetragen.“

PM ■

Erstes konkretes Angebot für dpa-Beschäftigte

Ein erstes konkretes Angebot für die rund 750 Beschäftigten der dpa (Mutter und Töchter) hat die dpa-Geschäftsführung in der dritten Verhandlungsrunde am 19. Mai vorgelegt. Demnach sollen in einem ersten gemeinsamen Manteltarifvertrag künftig die rund 270 Tochter-Beschäftigten ein 13. Monatsgehalt bekommen. Auch der Krankengeldzuschuss, der für die bei der Mutter Beschäftigten bereits gilt, soll tarifvertraglich zugesichert werden, ebenfalls ein Urlaubsgeld in Höhe von 400 Euro als Fixbetrag. Als Gehaltserhöhung wird ein einheitlicher Fixbetrag in Höhe von 70 Euro mehr im Monat angeboten. Als „ungenügend“ bewerteten Regine Sakowsky vom DJV und Matthias von Fintel von ver.di das Angebot. „Es geht uns in der laufenden Tarifrunde darum, endlich die bestehenden Ungerechtigkeiten in den Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Mutter- und Tochterbeschäftigten auszugleichen. Besonders wichtig ist den Kolleginnen und Kollegen, neben der Jahressonderzahlung und dem Krankengeldzuschuss einheitliche Regelungen auch zum Urlaubsgeld und den Zuschlägen zu erreichen. Davon sind wir heute noch weit entfernt“, kritisierten Sakowsky und von Fintel. Die Verhandlungen werden voraussichtlich am 17. Juni in Berlin fortgesetzt.

PM ■



Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

Kot & Köter

„Dass mir der Hund das Liebste sei, sagst du, oh Mensch, sei Sünde? Der Hund bleibt mir im Sturme treu, der Mensch nicht mal im Winde.“ Wem bei derlei Spruchweisheiten das Messer in der Tasche aufgeht, der ist gut aufgehoben bei Kot & Köter, der „Zeitschrift für den Deutschen Hundefeind“. Aber halt: Warum wird ein Blatt dieses Special-Interest-Segments in einer medienpolitischen Zeitschrift besprochen? Wer jetzt aufgrund des Umstands, dass Verleger und Chefredakteur Wulf Beleites stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten Union dju ist, eine Gefälligkeitsrezension wittert, liegt einigermaßen daneben. Schon die Entstehungsgeschichte der Zeitschrift ist ein schönes Beispiel für die Wirkungsmechanismen des Medienbetriebs. Anfang der neunziger Jahre war Beleites mit seiner in alkoholschwangeren Nächten geborenen Idee vielgebuchter Talk-Gast in den einschlägigen Krawall-TV-Shows, von Arabella Kiesbauer bis Margarete Schreinemakers. Bewaffnet nur mit einem Titelblatt des vermeintlichen Hundehasser-Organs übernahm er vor einer eher empörten als amüsierten Gemeinde die Rolle des „bad guys“, des erklärten Hundehassers – und wurde dadurch selbst zum Hassobjekt. Eine Nullnummer gab es nie – dennoch konnte Beleites sein freijournalistisches Einkommen mit den TV-Honoraren nicht unbeträchtlich aufstocken. Ein Kasus, an dem man einiges über die Mechanismen des Agenda-Settings und der Skandalisierung im TV sowie das Empörungspotential von Teilen des Publikums im „Unterschichtenfernsehen“ (Harald Schmidt) erfahren konnte.

Ermutigt durch die ersten Erfolgsberichte über neue Finanzierungsmodelle wie Crowdfunding macht Beleites jetzt ernst. Zwanzig Jahre nach der „Schnapsidee“ erschien unlängst die erste Printausgabe von Kot & Köter – finanziert durch einen über „Krautreporter“ organisierten Spendennapf von 7.000 Euro. Themenmix und investigative Leistungen der Pilotnummer sind beachtlich: So wird enthüllt, dass in der Originalfassung des berühmtesten Liedes von Georg Kreisler im Park nicht Tauben, sondern Hunde vergiftet wurden. Sehr instruktiv die „Kleine Phänomenologie des Nuttenpudels“. Auch die jüngsten Ergebnisse der veterinären Hirnforschung beim „Stiefhund Dackel“, einem „oft unterschätzten Rassehund“, lohnen ein aufmerksames Studium.

Nicht alle Leser haben offenbar den Untertitel „satirisch – bissig – realistisch“ wirklich zur Kenntnis genommen. Anders wäre kaum erklärbar, wieso sich bereits vor Drucklegung des ersten Heftes Kaskaden von verbalem Kot über Herausgeber Beleites ergossen. Kostprobe: „Wulf, du Pissgeburt, wenn du dich schon wie eine Pussy über Hundekot aufregst, dann fress auch kein Grünzeug mehr, das wird nämlich mit Kuhscheiße gedüngt.“ Die Erstausgabe des Heftes ist vergriffen. kel ■

Einzelpreis: 7,80 Euro, Jahresabo (4 Ausgaben) 30,- Euro
redaktion@kotundkoeter.de

Keine Gebühren für Presseauskunft

Laut wiehernder Amtsschimmel über Monate in Niedersachsen

Der Bremer Journalist Eckhard Stengel staunte nicht schlecht, als er einen beim Landgericht Aurich angeforderten Beschluss in Form eines Fax in Händen hielt. Eigentlich wollte er das Urteil als E-Mail übersandt bekommen, zwecks tagesaktueller Berichterstattung. Nun fand Stengel vor dem 32-seitigen Urteil noch als Deckblatt eine Gebührenrechnung.

Im Amtsdeutsch hieß es, für die Übermittlung der anonymisierten Fassung der Entscheidung als Fax sei eine Dokumentenpauschale in Höhe von 12,50 Euro binnen eines Monats zu entrichten. In Klammern folgte eine Reihe von Ziffern, Buchstaben und Zeichen als Hinweis auf die Quelle, auf der die geforderte Gebühr beruht.

Als gestandener Journalist überprüfte Stengel die Quelle. Eine Gebührensatzung für eine Presseauskunft von einem Pressesprecher – wie er dachte – war für ihn keine Option. Den entsprechenden Passus fand Stengel allerdings an anderer Stelle, und zwar in der Justizverwaltungskosten-Ordnung. Der Wortlaut war jedoch etwas schwammig. Fax-Übersendungen sollten nur dann gebührenfrei bleiben, wenn die Versendung dem öffentlichen Interesse diene. Das sah Stengel als gegeben und antwortete entsprechend optimistisch auf den Gebührenbescheid, es müsse sich um ein Missverständnis handeln.

Das sah Jürgen Rohlf, Vizepräsident des Landgerichts Aurich, anders. Er habe am Telefon kostenlos Auskunft gegeben. Aber die Anforderung des Fax sei an die Geschäftsstelle des Gerichts gegangen und deshalb gebührenpflichtig. Stengel habe den Beschluss als Fax ja nicht von ihm, Rohlf, bekommen. Dass Rohlf den Journalisten selbst dazu aufgefordert hatte, offiziell in der Geschäftsstelle um die Übersendung des kompletten Beschlusses zu bitten, sei unerheblich. Allerdings könne Stengel gegen den Gebührenbescheid eine „Einwendung“ einreichen. Mittlerweile argwöhnisch geworden, erwiderte dieser, er werde das nur machen, wenn nicht auch noch für die Bearbeitung der Einwendung eine Gebühr anfalle. Stengel wandte sich an die Pressestelle des Ministeriums für Justiz in Hannover. Das war im März letzten Jahres. Damit hatte der Bremer den Niedersächsischen Amtsschimmel

laut zum Wiehern gebracht und schlussendlich eine Änderung der Verwaltungsvorschrift erwirkt.

Bis dahin war es allerdings ein weiter von Mails, Briefen und Telefonaten gepflasterter Weg, an dessen Rand laufend neue Mitspieler auftauchten. Hatte Stengel es zunächst nur mit dem Pressesprecher des Landgerichts zu tun, so kamen die Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle hinzu, die Revisorin und ein Rechtspfleger. Auf Bitte des Bremer Journalisten stieg der dju-Landesgeschäftsführer, Friedrich Siekmeier, für das Recht auf kostenfreie Informationen über Gerichtsurteile in den Ring. Der Pressesprecher des Niedersächsischen Justizministeriums, Alexander Wiemerslage, wurde auch aus Aurich um Auskunft über die Praxis der Gebührenerhebung in anderen Gerichten Niedersachsens gebeten.

Wiemerslage erklärte Stengel zwar, dass das Ministerium keinerlei Eingriffsrecht in die Praxis der Gerichte habe. Es gelte schließlich in Deutschland die Gewaltenteilung. Aber Wiemerslage initiierte eine Umfrage zu der Thematik bei den Gerichten Niedersachsens. Die ergab kein einheitliches Bild, aber der Auricher Rechtspfleger teilte dem Bremer Journalisten im Juni vergangenen Jahres mit, dass „überwiegend“ keine Kosten erhoben werden. Also wolle er mit seiner Entscheidung zu dem speziellen Fall auf eine grundsätzliche Entscheidung in Hannover warten.

Die kam im vergangenen Dezember in Form einer klaren Formulierung. Im Niedersächsischen Vorschrifteninformationssystem für die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit der Justiz steht jetzt unter „6. Auskünfte an die Medien“ unter Punkt 6.1: Werden gerichtliche Entscheidungen auf Antrag zu Zwecken der Berichterstattung überlassen, ist aus Gründen des öffentlichen Interesses von der Erhebung einer Gebühr für die Überlassung abzusehen.

Stengel brauchte die Gebühr nicht entrichten. Vielleicht sollte mal jemand ausrechnen, um wie viel die Bezahlung der Amtsstunden, die für die Klärung einer Frage aufgewendet wurden, die in einer Demokratie keine Frage sein sollte, diese Gebühr von 12,50 Euro übersteigt!

Alice Bachmann ■

Anzeige



Ihre Altersversorgung mit Weitblick.

Maßgeschneidert für Sie als freien Mitarbeiter.

Die Altersversorgung für Freie.

Weitere Informationen unter: www.pk-rundfunk.de/mmm

110 Tage Streik für Tarifvertrag

Madsack verweigert Beschäftigten von KSC tragfähigen Kompromiss



Foto: ver.di

„Der nunmehr längste Streik in einem deutschen Zeitungskonzern zeigt, dass Verlage Tariffucht zum Kern ihres Geschäftsmodell gemacht haben“, sagte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke, anlässlich des 100. Streiktages im Kundenservice-Center (KSC) der Hannoveraner Madsack Mediengruppe im April.

„Der Madsack-Medienkonzern ist auch nach 110 Streiktage nicht bereit, die Tarifaueinandersetzung im Kunden-Service-Center (KSC) mit einem tragfähigen Kompromiss zu beenden. Im Zuge des Sparprogramms „Madsack 2018“ sollen ganz offenbar die Profite des Medienkonzerns auf Kosten der Beschäftigten maximal gesteigert werden“, heißt es in einer ver.di-Pressemitteilung vom 21. Mai.

Während ver.di in einem Schreiben an die KSC-Geschäftsführung noch einmal dokumentierte, dass die Streikenden bereit seien, auch schmerzhaft Kompromisse zu schließen, verlangt der Konzern, der in Hannover ein profitables Zeitungsmonopol besitzt (*Hannoversche Allgemeine*, *Hannoversche Neue Presse*), von den Beschäftigten seines telefonischen Kundenservice die totale Unterwerfung unter seine Niedriglohn-Strategie. Einer der mächtigsten Medienkonzern-

ne Deutschlands exekutiert an seinen Beschäftigten eine frühkapitalistische Ausbeutungsstrategie.

Die Steigerung des Profits ist für die Konzernmanager um Thomas Düffert die einzige Leitlinie. Dafür sollen die Beschäftigten des KSC auch in Zukunft auf jede Lohnerhöhung verzichten. Um eine minimale Lohnerhöhung von 2 Prozent am Ende des Jahres zu verhindern, verweigere der Medienkonzern den Streikenden den Kompromiss. Seit die Beschäftigten vor 13 Jahren aus der Madsack-Verlagsgesellschaft outgesourct wurden, haben sie keine einzige Lohnerhöhung erhalten, sind ihre Effektivlöhne wegen der Inflation in dieser Zeit um mehr als 30 Prozent gesunken.

Überall im Konzern werden derzeit Arbeitsplätze vernichtet, überall schafft der Madsack-Konzern tariflose Niedriglohn-Zonen. Und wenn sich Beschäftigte dagegen wehren und mit einem der längsten Streiks in der Geschichte Deutschlands für Tarifrechte kämpfen, reagieren Düffert und Co. mit brutaler Ablehnung und absoluter Kompromissunfähigkeit.

Anfang April waren die Tarifverhandlungen nach fünf Runden ergebnislos und ohne neuen Termin vertagt worden. Sie waren an untergeordneten Themen gescheitert – etwa an Anerkennungsbeträgen für Firmenjubiläen. Entscheidende Fragen wie Lohnerhöhungen waren erst gar nicht behandelt worden. Am 100. Streiktag hatten die Beschäftigten erneut die SPD-Medienholding ddivg in Hamburg besucht und Unterstützung verlangt. Die ddivg hält an Madsack 23,1 Prozent und ist damit die größte Einzelgesellschafterin des Medienkonzerns. Die Madsack Mediengruppe gibt 18 regionale Tageszeitungen mit einer täglichen Gesamtauflage von 940.000 Exemplaren sowie 37 Anzeigenblätter heraus. Sie ist außerdem Miteigentümer von regionalen Radio- und Fernsehsendern sowie privaten Postdienstleistern. **PM/Red. ■**

Informationen zum KSC-Streik

<http://ksc-haustarif.de/tl>
<http://madsack2018.wordpress.com>

Entlassungen bei der LVZ

Bei der *Leipziger Volkszeitung* sollen 36 Redakteursstellen gestrichen werden. Für ver.di-Vize Frank Werneke ein weiterer Beleg dafür, dass sich das angebliche Zukunftsprogramm 'Madsack 2018' als Programm zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und zur Verschlechterung von Arbeitsbedingungen durch Tariffucht entpuppt habe. Neben den von Kündigung betroffenen Redakteuren greifen die Leipziger Madsack-Manager derzeit auch die Beschäftigten der Druckerei an. Diese hatten in der Nacht von 19. auf den 20. Mai ab 23:55 Uhr („fünf vor zwölf“) für die Übernahme des bundesweiten Tarifabschlusses der Druckindustrie gestreikt. Sie protestierten gegen die Drohung der Geschäftsführung, die Schließung der Druckerei ins Auge zu fassen, wenn nicht mindestens bis 2018 auf Lohn verzichtet werde. Das Leipziger Druckzentrum hat 2011 die Tarif-

bindung über den Arbeitgeberverband verlassen; die Beschäftigten mussten sich damals einen Haustarifvertrag erkämpfen.

Im Rahmen des im vorigen Jahr verkündeten Programms 'Madsack 2018' will der Konzern bis dahin jährlich rund 40 Millionen Euro einsparen, um bei sinkenden Umsätzen die gleichen Gewinne wie in den vergangenen Jahren erwirtschaften zu können. „Auch in Druckerei, Verlag und den Lokalredaktionen der *Märkischen Allgemeinen* in Potsdam hat der Madsack-Konzern Tariffucht begangen und Mitarbeitern gekündigt“, sagte Werneke. Er verwies zudem auf die von Warnstreiks begleitete Auseinandersetzung in der tariflosen *Oberhessischen Presse* in Marburg sowie die bereits erfolgten Kündigungen in Göttingen.

PM/Red ■

Marke „Eisenfuß“

Funke/Springer Deal: Wenn das soziale Gewissen geht und der Sanierer kommt

Ziemlich genau neun Monate hat es gedauert vom 25. Juli 2013, dem Tag als der 920 Millionen schwere Springer/Funke-Deal bekannt wurde, bis zum 29. April 2014, dem Tag, bis dieser spektakuläre Deal zwischen zwei deutschen Medienhäusern weitgehend grünes Licht vom Bundeskartellamt in Bonn bekommen hat.

In Hamburg reibt sich Springer-Chef Matthias Döpfner genüsslich die Hände. „Das Geld ist wie erwartet zu zwei Dritteln bei uns eingetroffen“, lässt er sich in der *Süddeutschen Zeitung* zitieren. Beifall von den Aktionären bekam der Springer-Vorstand auf der Jahreshauptversammlung für den „beachtlich hohen“ Preis, den er für den Verkauf des Zeitungs- und Zeitschriftenpakets an die Funke Mediengruppe erzielt hatte. Keineswegs Champagnerlaune herrscht in Essen, wo sich die Funke Mediengruppe (FMG) vorwerfen lassen muss, sie sei der „Resteverwerter“ der alten Print-Medien, die der Springer Verlag, der schon die digitale Zukunft entdeckt habe, nicht mehr haben will.

Gleichwohl: Es schwingt Erleichterung mit, wenn die beiden Geschäftsführer der FMG, Manfred Braun und Thomas Ziegler, in einer (M vorliegenden) Mail am 30. April der Belegschaft endlich mitteilen konnten: „Gestern hat das Bundeskartellamt den Erwerb der Programmzeitschriften von Axel Springer mit Auflagen freigegeben. Heute können wir Ihnen mitteilen, dass das Geschäft nun abgeschlossen ist und die FMG ab dem 1. Mai als neuer Eigentümer die wirtschaftliche Führung der von Axel Springer erworbenen Zeitungs- und Zeitschriftentitel übernimmt.“ Eher misstrauisch geschluckt werden die vom Kartellamt beschlossenen Auflagen: Den Weiterverkauf von acht TV-Zeitschriftentiteln (etwa *Bild Woche* und *Funk Uhr*) an die Verlagsgruppe Klambt. Und für die Belegschaften dieser acht Titel, von denen jeweils vier bislang zu Funke und vier zu Springer gehörten, ist schon klar, wohin zukünftig die Reise geht: Nach Baden-Baden. Klambt hat bereits angekündigt, seine neuen Zeitschriften zukünftig dort produzieren zu lassen.

Unsichere Zukunft. Nur schemenhaft zeichnet sich derzeit ab, wie die FMG die überregionale Berichterstattung ihrer Zeitungstitel organisieren will und wie die Zukunft des ohnedies schon personell ausgedünnten Contentdesks in Essen aussehen soll.

„Der Contentdesk bleibt in NRW. Er soll als Serviceeinheit perspektivisch die überregionalen Mantel-Inhalte für alle Funke-Zeitungen liefern. Wie genau das organisiert wird und was von wo ins Gesamt-Portfolio geliefert wird“, sollen die Chefredakteure der Funke-Blätter in Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Braunschweig, Hamburg und Berlin „gemeinsam definieren“, heißt es dazu in einer Rundmail. In den Chefetagen werden etliche neue Gesichter sitzen, denn aktuell hat die Funke Mediengruppe gerade bekannt gegeben, dass sie sich nach neun Jahren von Chefredakteur Ulrich Reitz bei der WAZ trennen wird.



Der neue Verlagsgeschäftsführer NRW Rolf Bollmann gilt als knallharter Sanierer der Marke „Eisenfuß“.



Klambt soll acht TV-Zeitschriften aus dem Funke/Springer Deal übernehmen. Das mittelständische Unternehmen wird von Lars Rose geführt, der seit einigen Jahren Klambt zu einem auf Expansion getrimmten Zeitschriftenverlag umbaut.

Er wird durch Andreas Tyrock vom *Bonner Generalanzeiger* ersetzt. Auch der Chefredakteur der *Westfalenpost* Stefan Kläsener verlässt die Gruppe, für ihn kommt Dr. Jost Lübben von der *Nordseezeitung*. Neu zu der Runde, die von der Geschäftsführung schon mal zum gemeinsamen Wandern ins Sauerland geschickt wurde, gehören die Chefredakteure der von Springer erworbenen *Berliner Morgenpost*, Carsten Erdmann, und dem Hamburger Abendblatt, Lars Haider. Die sind bis auf weiteres sozusagen Diener zweier Herren, arbeiten sie doch noch für die nächsten zwölf Monate in einer Redaktionsgemeinschaft mit Springers *Welt*.

Foto: FUNKE MEDIENGRUPPE Unternehmenskommunikation

Nicht ohne Sorge verfolgt der Gesamtbetriebsrat der FMG der NRW-Zeitungstitel den Aufbau des digitalen Entwicklungszentrums in Berlin, wo fünfzig neue Stellen entstehen sollen. Manfred Braun hat in einem *Focus*-Interview bereits durchsickern lassen, dass von dort zukünftig zentral alle Texte für die Bereiche Politik und Kultur kommen könnten. Das könnte einen weiteren Stellenabbau für die On-linekollegen in NRW bedeuten. Zudem ist mit Joachim Kopatzki ein wichtiger Ansprechpartner auf der Arbeitgeberseite gesundheitsbedingt von Bord gegangen. Der Personalmanager hatte sich als „soziales Gewissen“ der FMG bei Betriebsräten und Gewerkschaften gleichermaßen einen guten Ruf erworben. Der neue Verlagsgeschäftsführer NRW, Rolf Bollmann dagegen gilt als knallharter Sanierer der Marke „Eisenfuß“.

Verbesserungen oder Vorteile für die Belegschaft der FMG durch den Deal erwartet der Dortmunder Medienforscher Horst Röper (Formatt-Institut) in diesem Umfeld nicht. Im Gegenteil: „Der schleichende Stellenabbau und die Arbeitsverdichtung werden weitergehen“. In NRW würden noch vorhandene Doppelstrukturen zwischen WAZ und NRZ weiter abgeschliffen, die Hagener *Westfalenpost* werde noch näher an den Essener Contentdesk heran rücken. Und es bleibe erstmal abzuwarten, was die Geschäftsführung denn von den Vorschlägen hält, die ihnen die Chefredakteure im August für die zukünftige Zusammenarbeit unterbreiten sollen. „Da wird natürlich jeder versuchen, sich den Löwenanteil für seinen Standort zu sichern“. Und die Vernetzung mit den ehemaligen Springer-Titeln, so Röper, müsse auch erstmal gelingen. Röper kann sich nicht vorstellen, dass die Produktion der Frauen- und Programmzeitschriften auf Dauer an zwei Standorten – also in Hamburg und München – verbleibt. „Die wird irgendwann an einem Standort, vermutlich in München, zentralisiert. Und mit jedem Umzug wird man bequem wieder ein paar Mitarbeiter los.“

Angesichts dieser Perspektiven wird es die Beschäftigten kaum trösten, dass sie sich über ihren Arbeitgeber nun eine kostenlose Kreditkarte besorgen können, die „Funke Corporate Card“, mit zusätzlichem Versicherungsschutz. Denn gegen drohende Jobrisiken in der FMG schützt diese Karte garantiert auch nicht.

Frank Biermann ■

Rundfunkbeitrag ist rechtmäßig

Verfassungsgerichtshöfe weisen Unternehmensklagen ab

Die Verfassungsklagen von zwei Unternehmen in Bayern und in Rheinland-Pfalz gegen den neuen Rundfunkbeitrag hatten keinen Erfolg. Übereinstimmend erklärten die höchsten Landesgerichte den neuen Beitrag für rechtmäßig. In Bayern hatte eine Straßenbau-firma aus Montabaur geklagt und in Rheinland-Pfalz die Drogeriemarktkette Rossmann. Sie sahen sich durch die neue Abgabe als benachteiligt an.

Die seit 2013 erhobenen Beiträge zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seien mit der rheinland-pfälzischen Verfassung vereinbar, urteilten die Richter. Sie sehen die Grundrechte des Unternehmens nicht verletzt.

Die Unterschiede bei der Abgabenlast von Privatpersonen auf der einen und Unternehmen auf der anderen Seite beruhten auf vernünftigen, einleuchtenden Gründen, sagte der Präsident des Verfassungsgerichtshofes Lars Brocker. Es sei auch nichts dagegen einzuwenden, dass Unternehmen je nach Zahl der Betriebsstätten und Zahl der Mitarbeiter typisiert würden und nicht jeder Fall einzeln betrachtet werde. „Jede gesetzliche Regelung muss generalisieren“, so Brocker. Damit in einigen Fällen unvermeidlich verbundene Härten allein verstießen nicht schon gegen den allgemeinen Gleichheitssatz. Maßgeblich für die Berechnung des Rundfunkbeitrags bei Unternehmen seien die Zahlen der Standorte und der dort beschäftigten Mitarbeiter sowie die Größe des Fuhrparks. Ob Rundfunkgeräte beispielsweise in den Fahrzeugen verwendet würden, sei nicht entscheidend.

Die Firma aus Montabaur hatte vor allem moniert, dass Unternehmen mit vielen Betriebsstätten

oder einem großen Fuhrpark mehr bezahlen müssen als bisher. Bei rund 200 Mitarbeitern und etwa 130 Fahrzeugen führe dies in ihrem Fall zu einem „exorbitanten Unterschied“ bei der Beitragsbelastung, argumentierte der Anwalt des Unternehmens.

Die Rundfunkbeiträge seien verhältnismäßig. Sie beliefen sich auf einen nur geringen Prozentsatz der Personal- und Betriebskosten, urteilte dagegen der VGH.

Die Abweisung der Klage eines Ingolstädter Anwalts und der Drogeriemarktkette Rossmann vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof erfolgte mit der gleichen Argumentation wie in Rheinland-Pfalz. Die Erhebung des Rundfunkbeitrags sei verfassungsgemäß, verletze kein Grundrecht und sei auch keine Steuer.

Auch Rossmann hatte sich unter anderem auf eine Verletzung des Gleichheitsgebots fokussiert, weil nunmehr Unternehmen mit vielen Filialen deutlich mehr zahlen müssten, als Betriebe mit nur einem Standort, obwohl die Mitarbeiterzahl gleich sei. Das Unternehmen gibt an, es müsse statt vorher ca. 40.000 Euro Rundfunkgebühr pro Jahr jetzt ca. 200.000 Euro Rundfunkbeitrag jährlich zahlen. Die Rossmann GmbH betreibt einer Pressemitteilung zufolge in Deutschland 1.754 Märkte und beschäftigt ca. 26.000 Mitarbeiter. Dass die Rossmann GmbH derart hohe Rundfunkabgaben entrichten müsse, ohne aus dem staatlichen Angebot nennenswerten Nutzen zu ziehen, „sprengte jede vernünftige Dimension“, hieß es in der Klageschrift. Rossmann kündigte an, womöglich bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen zu wollen.

wen ■

Handlungsbedarf

Europarat verabschiedet Empfehlung zum Whistleblowerschutz

Der Ministerausschuss des Europarats hat Ende April eine offizielle Empfehlung zum Schutz von Whistleblowern verabschiedet. Mit ihr werden die 47 Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, aufgefordert, einen gesetzlichen und institutionellen Rahmen zu schaffen, der Menschen schützt, die auf Verletzungen und Gefährdungen des Öffentlichen Interesses im Zusammenhang mit ihrer Arbeit hinweisen (erfasst sind hierbei u.a. Verletzungen der Rechtsordnung und der Menschenrechte sowie Risiken für Gesundheit, Sicherheit und Umwelt) oder dazu Informationen öffentlich machen.

Die Empfehlung des Europarates beinhaltet insgesamt 29 Prinzipien und umfasst Whistleblowing durch bezahlte und unbezahlte, gegenwärtige und frühere

Beschäftigte sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Sektor. Die Mitgliedstaaten sollen den Schutz der Rechte und Interessen der Whistleblower sicherstellen und zugleich Maßnahmen ergreifen, um Whistleblowing zu erleichtern. Letzteres vor allem im Hinblick auf interne Meldungen und Hinweise an zuständige staatliche Stellen. Betont wird, dass Whistleblowing eine Form der Ausübung des europäischen Grundrechts auf Meinungsfreiheit darstellt und daher auch öffentlich erfolgen kann.

Bemerkenswert an der Empfehlung des Europarates sind vor allem die klare Verpflichtung der Adressaten von Whistleblowing, den Hinweisen nachzugehen und den Whistleblower zu informieren sowie die Aufforderung an die Mitgliedstaaten, gutgläubige Whistleblower vor jeder Form von Benachteiligung zu

Links:

Recommendation CM/Rec (2014)7 of the Committee of Ministers to member States on the protection of whistle-blowers:

<http://tinyurl.com/ky27sua>

<http://whistleblower-net.de>

schützen und insoweit effektiven Rechtsschutz bereitzustellen. Dabei soll der Arbeitgeber im Streitfall nachweisen müssen, dass eventuelle Sanktionen, die er verhängt, nicht durch das Whistleblowing motiviert waren. Schließlich ermuntert der Europarat die Staaten auch, kostenlose Beratungsangebote für Whistleblower und Menschen, die es werden könnten, zu schaffen. Außerdem wird aufgefördert, Aufklärungskampagnen über die positiven Effekte von Whistleblowing zu initiieren, und damit die Akzeptanz zu steigern.

Guido Strack, der Vorsitzende des Whistleblower-Netzwerk e.V., zeigte sich erfreut über die Empfehlung des Europarates: „Wie zuvor schon das Europäische Parlament, haben jetzt auch die Vertreter der Regie-

rungen im Europarat klar Stellung bezogen und fordern einen besseren gesetzlichen Schutz für Whistleblower. Den Empfehlungen des Europarats sollen die nationalen Regierungen möglichst bald nachkommen. Das gilt auch und gerade für Deutschland. Die im Koalitionsvertrag dafür formulierte Bedingung eindeutiger internationaler Vorgaben ist nunmehr unzweifelhaft gegeben.“ Zugleich verwies Strack darauf, dass das Whistleblower-Netzwerk bereits im Jahre 2011 einen konkreten Entwurf für ein „Gesetz zum Schutz öffentlicher Interessen durch Förderung und Schutz von Hinweisgebern (Whistleblowing-Gesetz)“ vorgelegt hatte, mit dessen Einführung die Empfehlungen des Europarates in nationales Recht umgesetzt werden könnten. **PM / Whistleblower-Netzwerk e.V. ■**

Spiegel-Affäre bis heute aktuell

Der Redakteur einer Gewerkschaftszeitung erinnert sich



Foto: Heinz-Jürgen Göhert / dpa Bildfunk

Gegen die Verhaftung von Spiegel-Redakteuren demonstriert am 30. Oktober 1962 eine Gruppe von Studenten vor der Frankfurter Hauptwache mit einem Sitzstreik. Ein maßloses Vorgehen gegen investigative Journalisten führte vor 50 Jahren zur Spiegel-Affäre.

Hohe Quoten gab es im Mai für eine Geschichte, die mehr als ein halbes Jahrhundert alt ist und doch bis heute interessiert: Die Spiegel-Affäre 1962. Arte vervierfachte seine Zuschauerzahl bei der Erstausstrahlung, insgesamt wollten mehr als 4,6 Millionen den ARD-Film über die Ereignisse sehen, als Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß vor Wut schäumte über den Spiegel-Artikel „Bedingt abwehrbereit“, der die Bundeswehr als Scheinriesen entlarvte. Herausgeber Rudolf Augstein, Autor Conrad Ahlers und andere büßten mit Untersuchungshaft wegen des Vorwurfs des Landesverrats. Doch Strauß hatte nicht mit den vielen Demonstrationen für die Pressefreiheit gerechnet und musste am Ende zurücktreten.

Die Pressefreiheit war neben den Notstandsgesetzen und der Mitbestimmung ein wichtiges Thema beim DGB-Bundeskongress vom 22. bis 27. Oktober 1962 in Hannover. „Mitten in diesen Kongress – der schon von der Kuba-Krise begleitet, nein: überschattet war – platzte die Meldung von der Besetzung der Spiegel-Redaktion durch die Hamburger Polizei“, berichtet das 92jährige dju-Mitglied Werner Behr in einem Schreiben an M. Behr begleitete den Kongress als Redakteur der DGB-Zeitschrift „Der Deutsche Beamte“. „Ich erinnere mich sehr genau, wie wir im Kreis der Gewerkschaftsredakteure diskutierten, was dieser Vorgang bedeutet hat. Allerdings haben wir die volle Tragweite des Vorganges wohl noch nicht verstanden. Aber wir waren uns einig in der Forderung, der DGB-Bundeskongress müsste eine Solidaritätskundgebung für die Spiegel-Redakteure und für die Freiheit der Presse und ihren Schutz vor obrigkeitlichen Einschränkungen abgeben.“

Die Gewerkschaftlichen Monatshefte schrieben dazu in ihrem Resümee der kulturpolitischen Beschlüsse im Februarheft 1963: „Noch einmal ist auf dem Kongress eine – wenn auch makabre – Gelegenheit gewesen, den Standpunkt des DGB zur Pressefreiheit dazulegen. In der Nacht vor Schluß des Kongresses wurde von der Bundesregierung die Spiegel-Affäre vom Zaune gebrochen. In seiner Schlußansprache hat (der neugewählte DGB-Vorsitzende, die Red.) Ludwig Rosenberg mit besonderem Bezug hierzu gesagt, dass die Pressefreiheit ein Kompaß sei, nach dem sich die Gewerkschaften richten. ... Diese Äußerung ist mit starkem Beifall aufgenommen worden. Damit hat der Kongress – aus Zeitgründen war die Verabschiedung einer entsprechenden Resolution nicht mehr möglich – kundgetan, daß er die Gefahr der Aktion wohl wahrgenommen hatte.“

Der Bericht schließt mit einem Zitat des späteren Justizministers und Bundespräsidenten Gustav Heinemann: „Außer Staatsgefährdung durch Geheimnisverrat gibt es auch Demokratiegefährdung durch Geheimnistuerei samt strafrechtlichen Fallstricken.“ **SUS ■**



Informationsquelle oder Spielwiese

re:publica: Ein mediales Massenerlebnis mit Kick am Klick

Die re:publica hat sich etabliert, entsprechend massiv ist die Resonanz in den Medien. Der Tagesspiegel schreibt von „der wichtigsten und größten Internet-Konferenz in Europa“. Nicht nur Spiegel Online und WDR-Online begleiten die Veranstaltung mit ganzen Dossiers. Selbst in der Berliner U-Bahn erhielten die Fahrgäste über Monitore drei Tage lang Berichte aus der Netzwelt.

Die Veranstalter zählten dieses Jahr über 6.000 Teilnehmer, rund 1.000 mehr als im Vorjahr. 40 Prozent davon weiblich. Zur internationalen Prominenz der diesjährigen Berliner Veranstaltung zählten die Ex-Ehefrau von Mick Jagger, Bianca Jagger und der singende Schauspieler David Hasselhoff. Gemeinsam mit der re:publica fand erstmals die Medien Convention mit 30 Veranstaltungen statt. Sie wurde bisher als Medienwoche im Rahmen der Internationalen Funkausstellung IFA ausgerichtet.

„Into the wild“ lautete das Motto der achten re:publica. Dank Snowden wisse man, dass man sich im Internet zugleich immer auch in eine Wildnis begeben, beschrieb Andreas Gebhard, Geschäftsführer der re:publica das Motto. Entsprechend wurde die Veranstaltung mit der Forderung nach Asyl für Edward Snowden eröffnet. Zweifelsfrei hat die NSA-Affäre diese re:publica geprägt. Jetzt „geht es auf der re:publica zunehmend um Politik und Gesellschaft“, schrieb *Spiegel Online*. Die Nachrichtenagentur dpa sprach von der „größten Tagung von Netzaktivisten“ und die *taz* sah in der Veranstaltung sogar eine „Gesellschaftskonferenz“. „Es geht um Herrschaft, es geht um Macht und Kontrolle“, meint der Deutschlandfunk.

Kritik an Sponsoren. Die einst als Blogger-Treffen gestartete dreitägige Konferenz befasst sich zwar inzwischen mit allen Aspekten der digitalen Gesellschaft. Dafür sorgten 350 Redner auf 18 Bühnen parallel. Sicherheit im Netz war ein durchgängiges Thema. Aber der von einigen Medien behauptete politische Vordergrund war nur bedingt zu erkennen.

Gesponsert wurde der Kongress vorrangig von Daimler und Microsoft. Die großen Konzerne haben die Relevanz längst erkannt: „Die Besucher der größten Internetkonferenz des Landes sind offenbar eine begehrte Zielgruppe für Unternehmen“, schreibt *Spiegel Online*. Tausende Menschen, begeisterungsfähig für neue Technologien, wollen sie sich nicht entgehen lassen. Daimler stellte neue Fahrzeugkonzepte vor, Microsoft präsentierte neue Tablet-Technologien. Eine Antwortsuche nach dringenden gesellschaftlichen Problemen sieht anders aus. Dass mit Daimler zugleich ein Rüstungskonzern und mit

Microsoft ein IT-Monopolist zu den Sponsoren gehört, führte wiederholt zu Kritik.

Teilnehmen heißt nicht Teilhaben. Ursprünglich als Erfahrungsaustausch der Blogger-Szene gedacht, hat sich die re:publica zu einem Massen-Event entwickelt. Mit Blogs haben die meisten Besucher nichts zu tun. Hier begegnen sich Menschen, für die das Internet eine Rolle spielt, aber für jeden eine andere. „Kraut und Rüben“ sei die Stärke der re:publica, schreibt *Zeit-Online*, das spiegelt sich auch beim Publikum wider. Spaß im Netz oder Spaß mit dem Netz bildet für viele das treibende Moment und hin und wieder auch ein politischer Anspruch. Für manche ist das Netz Artikulationsbasis, für andere Informationsquelle oder Spielwiese. Spielwiese, um sich auszuprobieren; auf der Suche nach der eigenen Identität, auf der Suche nach Suchkriterien, gesteuert von Suchmaschinen. Andere treibt der Job, vielleicht in einer PR-Agentur, dorthin, um zu wissen, was die avisierte Klientel anspricht.

„Es ist unser Netz, lasst es uns gemeinsam zurück erkämpfen“, forderten die Veranstalter zur Eröffnung. Auch Blogger Sascha Lobo forderte das Publikum in seinem Vortrag zum Handeln auf. Doch allzu oft beschränkt sich dieses auf Kommentare in Foren oder Online-Petitionen. Die Klick-Kompetenz als Ermächtigung des mündigen Bürgers: Teilnahme am Klick ist für viele Teilhabe am Kick. Von Flattr und Crowdfunding leben, ergibt ein fragiles Zukunftsmodell ohne Einkommensgarantie und soziale Absicherung. Blogs und Plattform-Artikel werden zumeist für umsonst geschrieben. Die sozialen Arbeitsbedingungen im virtuellen Raum hinken weit hinter denen der physischen Arbeitswelt hinterher und die sind oft schon erbärmlich. Entsprechende Kräftebündelung wäre nötig, um den Machtverhältnissen etwas entgegenzusetzen. Ohne Kämpfe wird das nicht gehen. Das Netz ermöglicht neue Kampfformen, aber erfolgreiche Kämpfe erfordern erhebliche Anstrengungen, daran ändert das Netz nichts.

Hinter den sozialen Netzwerken stehen milliardenschwere Netzgiganten, hinter zahlreichen Startups lauert Venture-Kapital aus Steueroasen. In vielen Foren und Blogs schreiben PR-Agenturen für ihre Auftraggeber geschönte Kundenmeinungen und manipulieren Wikipedia-Einträge. Um die öffentliche Meinung gegen Lokführerstreiks aufzubringen, soll die Deutsche Bahn 2007 rund 1,3 Millionen Euro ausgegeben haben. Astroturfing, Green- und White-Washing heißen die modernen Kommunikationskonzepte. Ihr PR-bezogener Kommunikationsbegriff orientiert sich nicht an Information, sondern an Manipulation.

Uwe Sievers ■

Verkleidet für die Demokratie

New Yorker Medienaktivisten Yes Men überraschten auch bei der re:publica

Extra zur re:publica sind die beiden US-amerikanischen Medienaktivisten Mike Bonanno und Andy Bichlbaum über den Atlantik gekommen. Berühmt wurden sie als Yes Men. In ihrem Eröffnungsvortrag zeigten sie Videos ihrer letzten Aktionen und stellten neue Projekte vor. Immer wieder haben sie sich – verkleidet und unter falschem Namen – als Vertreter von Unternehmen, Regierungen oder internationalen Organisationen Zugang zu wichtigen Kongressen und Tagungen verschafft.

Zuletzt gaben sich Bonanno und Bichlbaum bei einem Homeland-Security-Kongress in Washington als Vertreter des US-Energieministeriums aus und hielten vor den überraschten Teilnehmern einen Vortrag zu den Folgen des Klimawandels. Dieser werde zukünftig zur Bedrohung für die Sicherheit der USA, weil durch die klimatischen Veränderungen vermehrt mit Aufständen und Unruhen zu rechnen sei, so Bichlbaum zu diesem Vortrag. Neben Admirälen, Offizieren sowie Elitesoldaten der Navy Seals waren auch zahlreiche Vertragspartner amerikanischer Sicherheitsbehörden anwesend. Das Publikum staunte nicht schlecht, als Bonanno und Bichlbaum einen vermeintlichen Plan des Energieministeriums für die Umstellung auf erneuerbare Energien bis 2030 präsentierten.

Da sie wiederholt mit spektakulären Reden auf Konferenzen für Aufregung gesorgt haben, würden sie immer wieder gefragt, wie es ihnen gelänge, zu hochsensiblen Veranstaltungen Zutritt zu erhalten. Das sei gar nicht so schwer, berichteten die beiden Aktivisten, die damit bereits vielfach Erfahrungen gesammelt haben. Für den Homeland-Security-Kongress hätte man den Konferenzveranstalter mit dem Angebot kontaktiert, den ehemaligen US-Außenminister Colin Powell als Redner zu vermitteln. Kein Veranstalter derartiger Tagungen könne sich so etwas entgehen lassen, „die sind immer an Highlights interessiert“, erzählte Bonanno. Powell kam natürlich nicht, aber als Ersatz würde das Ministerium einen anderen Redner schicken, ließen sie dem Veranstalter mitteilen. Unter dieser gefälschten Identität kamen die Yes Men, und am Ende der Konferenz brachten sie die Teilnehmer sogar dazu, singend einen indianischen Tanz aufzuführen. Alles wurde gefilmt, denn die mediale Präsentation ist Teil ihrer Aktionen.

Zuvor hatten sie die US-Handelskammer ins Visier genommen. Diese gebe täglich rund eine halbe Mio. US-Dollar aus, um die Meinung der Regierung zu beeinflussen, erklärten die beiden Aktivisten. So auch, um einen Gesetzentwurf für erneuerbare Energien zu bekämpfen. Als Vertreter der Handelskammer hielten die Yes Men eine Pressekonferenz zum Klimawandel ab. Sie teilten den verblüfften Pressevertretern mit, die

Kammer habe ihren Standpunkt geändert und plädiere jetzt für eine Umstellung auf regenerierbare Energien. Die Handelskammer habe anschließend viel Aufwand betreiben müssen, um das zu dementieren, berichteten die beiden erfreut. Allerdings wurden sie aufgrund dieser Aktion erstmals verklagt, ohne dass es jedoch zu einer Verurteilung kam.

Seit über zehn Jahren geben Bonanno und Bichlbaum mit humorvollen Aktionen Denkanstöße, kämpfen gegen mediale Hegemonien und prangern auf kreative Weise die sozialen Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung an. Eigentlich heißen sie Igor Vamos und Jacques Servin, aber unter den Namen kennt sie keiner. Ihr Erfolg begann mit einer gefälschten Webseite der World Trade Organization WTO. Sie sicherten sich die Internet-Domain gatt.org und imitierten die Internet-Plattform der Welthandelsorganisation. Über diese Webseite erhielten sie zunehmend Einladungen zu wichtigen Konferenzen, die sie für provokative Vorträge nutzten. Ihren Lebensunterhalt bestreiten die beiden als Professor bzw. Romanautor. Hinter den Kulissen wirkt ein weltweiter Stab von Helfern an den Aktionen mit. Mit dem Yeslab betreibt die Gruppe inzwischen eine Vernetzungsplattform, um Erfahrungen an andere Aktivistengruppen weiterzugeben und sie bei der Gestaltung ungewöhnlicher Aktionen zu beraten. „Ein wesentlicher Punkt, den wir im Yeslab lehren, lautet: Eine Aktion muss von Anfang an dokumentiert werden; der Entstehungsprozess genauso, wie die Aktion selbst“, und das möglichst multimedial, sagte Bichlbaum. „Das macht Aktionen effektiver, denn es entsteht Material, das weiterlebt.“

Mithilfe professioneller Filmemacher haben sie ihre Aktionen verfilmt. So entstanden die Filme „The Yes Men“ von 2003 und „The Yes Men Fix the World“ von 2009, mit denen sie viel Anerkennung und große Erfolge erlangten, unter anderem bei der Berlinale. Zu den bekanntesten Aktionen zählt eine BBC-Nachrichtensendung mit einem vorgetäuschten Schuldeingeständnis für den Chemieunfall in Bhopal durch das Unternehmen Dow Chemical, das die verantwortliche Firma Union Carbide aufgekauft hatte. Bis Dow-Chemical-Sprecher anschließend die Schuldanerkennung dementiert hatten, waren der Aktienkurs des Chemie-Unternehmens im Keller und der Image-Verlust groß.

Nun arbeiten sie an ihrem dritten Film, „The Yes Men are revolting“, der 2015 erscheinen soll. Der Klimawandel spiele in dem neuen Film eine zentrale Rolle, erzählten die beiden Aktivisten im Gespräch mit der M. Gefragt nach den Zielen ihrer Aktionen, sagte uns Bonanno: „Es geht uns um soziale und ökonomische Gerechtigkeit“, und Bichlbaum ergänzte: „Oder ganz simpel um Demokratie.“ **Uwe Sievers ■**

**re:publica 2014 –
Tag 1, Stage 1, The Yes Men:
Andy Bichlbaum und
Mike Bonanno (unten)**



Foto: re:publica / Gregor Fischer



Zu viele Datenstaubsauger

Media Convention: Warnung vor Passivität des Gesetzgebers

Unter dem Dach der re:publica fand erstmals die Media Convention statt. Nach Snowden rückten politische Themen verstärkt in den Vordergrund. Netzpolitiker wollten die Pläne der Bundesregierung zur digitalen Agenda diskutieren und befanden sich plötzlich mitten im digitalen Alltag.

Die Media Convention profitierte von den Besucherrekorden der re:publica und beschäftigte sich intensiv mit digitalen Themen. Zu diesem Themenkomplex zählte auch eine ausschließlich weiblich besetzte Diskussionsrunde zur digitalen Agenda der Großen Koalition. Zwei Vertreterinnen der Bundesregierung saßen einer Vertreterin von ver.di- und der Geschäftsführerin von *Spiegel Online* gegenüber. Wie andere Daten-Junkies dieses Kongresses auch, trug Letztere ein Fitness-Tracker um das Handgelenk. Schon ließ sich Netzpolitik anhand praktischer Alltagsfragen erörtern. „Was machen sie mit ihrem Gesundheitsarmband“, fragte Brigitte Zypries, Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, neugierig *Spiegel Online*-Geschäftsführerin Katharina Borchert. Die angesagten Armbänder messen zahlreiche Körperfunktionen, wie Puls, Blutdruck, Schlafdauer oder zurückgelegte Schritte. Sie sind umstritten, denn viele dieser Geräte übertragen die gesammelten Daten direkt ins Internet oder an die Hersteller. „Ich bin total glücklich damit“, bekannte sich Borchert zu ihrem Armband. Darüber freuen sich Versicherungsunternehmen und andere Datenverwerter. Denn aus diesen Daten können Persönlichkeitsprofile mit individuellen Gewohnheiten, Vorlieben und Schwächen erstellt werden. Daher hielt ihr Annette Mühlberg, Leiterin des Referats eGovernment bei ver.di, vor: „Versicherer können das individuelle Risiko ganz genau einpreisen“ und einen auf die Person zugeschnittenen Tarif anbieten.

Gesunde zahlen dann weniger, Ältere und Kranke mehr. „Wenn mir eine Versicherung einen günstigeren Tarif für meine 14.000 Schritte am Tag gibt, wäre ich dafür total dankbar“, antwortete Borchert. Mühlberg kritisierte diese Haltung: „Wir kommen von einem Solidarsystem weg und immer mehr hin zu einer Gesellschaft mit gescorten Menschen“, wandte sie ein. Denn die Auswerter der Daten erstellen für jeden Einzelnen Scoring-Werte. Diese können für Gesundheitszustand, Fahrtüchtigkeit oder auch Kreditwürdigkeit ermittelt werden und als Basis für Versicherungsprämien oder Kreditzinsen dienen.

**Annette Mühlberg,
Leiterin des Referats
eGovernment bei ver.di sieht
Fitness-Armbänder kritisch**



Foto: Uwe Sievers

Aber nicht nur die *Spiegel Online*-Chefin ist von den Fitness-Trackern begeistert: „Alle meine Mitarbeiter haben diese Armbänder“ behauptete Dorothee Bär. Die Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur fügte noch hinzu, dass ihre Mitarbeiter gerne bereit seien, Daten von sich preiszugeben, wenn sie dafür Vorteile bekämen. Dieses fehlende Datenschutzbewusstsein aus dem Amt für digitale Infrastruktur löste Erstaunen aus. Die Fitness-Tracker sind nicht die einzigen Geräte, die sich als Datenstaubsauger entlarvt haben. Auch Smartphones, Smart-TV und viele weitere Geräte gehören dazu. Alle locken mit bequemen Annehmlichkeiten oder Vorteilen für Konsumenten.

Für kostenlose Dienste im Internet gilt jedoch der Satz: Wenn du nicht dafür bezahlst, bist du die Ware. Internet-Konzerne besitzen genaueste Kenntnis ihrer Klientel und vermarkten diese. In vielen Ländern interessieren sich auch Regierungen für die Datensammlungen.

Die Politik ist gefordert, Konzepte und Regelungen zu entwickeln, die für Bürger einen Schutz bieten. Dennoch fragte die ehemalige Justizministerin Zypries etwas hilflos: „Was sollen wir tun, sollen wir die Armbänder verbieten?“ Mühlberg verwies auf andere Möglichkeiten. So ist etwa bei Versicherungsprämien kein Unterschied mehr zwischen Geschlechtern erlaubt. „Ein solches Prinzip kann man sich für preisgegebene Daten überlegen.“ Sie warnte vor den Gefahren der Passivität des Gesetzgebers: „Im Augenblick marschieren Versicherungen einfach voraus.“

Hoheit über die Daten. Angesichts dessen ist es nicht verwunderlich, dass nach den Snowden-Enthüllungen bei vielen Bürgern das Vertrauen in die Politik verloren ging. Eine allgemeine Vertrauenskrise, wie sie von Borchert behauptet wurde, wollte Zypries allerdings nicht bestätigen: „In meinem Wahlkreis ist das kein Thema“, lediglich in der Wirtschaft habe man Vertrauen eingebüßt. Mühlberg sah das anders: „Es ist eine Kluft entstanden zwischen den Geschäftsmodellen der Internet-Konzerne, staatlichen Überwachungsmaßnahmen und dem, was der Rechtsstaat postuliert, wie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.“ Daraus habe sich ein massiver Vertrauensverlust ergeben, meinte die ver.di-Vertreterin. Das konnte Bär nicht nachvollziehen: „Die Themen, die wir jetzt hier bearbeiten, sind eher Feinschmeckerthemen.“ Die CSU-Politikerin meinte: „Was aber die Bürger am meisten interessiert, ist ein schneller Zugang zum Internet.“

Mühlberg sah den Schwerpunkt woanders: Zu den Fragen, die jetzt dringlichst bearbeitet werden müssten, gehöre: „Wie funktioniert der Rechtsstaat im Netz“. Die Politik müsse endlich die Initiative ergreifen und beispielsweise Verschlüsselungs- und Anonymisierungstechnologien fördern, forderte sie. Dabei müsse der Bürger im Zentrum stehen, denn dann könnten die Bürger die Hoheit über ihre Daten zurückgewinnen.

Uwe Sievers ■

Dem Zensor trotzen

Türkische Filmemacherinnen beim IFFF in Köln über Filmkunst in Opposition

Schwerpunkt des „Internationalen Frauenfilmfestivals“ (IFFF) im April, das jährlich wechselweise in Dortmund und in Köln stattfindet, war die Türkei. Regisseurinnen und Filmemacherinnen führten in Köln Debatten zum Kampf um künstlerische Freiheit im Vorfeld und Nachklapp der Gezi-Park-Proteste.

Auf dem Podium miteinander streiten, aber gegen Recep Tayyip Erdogans autokratische Regierung zusammen stehen, so die Maxime von Regisseurinnen aus türkischen Großstädten wie Istanbul, Ankara, Izmir und der Videoaktivistinnen vom Gezi-Park.

Wie notwendig der feministische Kampf in der Türkei ist, zeigt in drastischer Weise „Nobody's home“ der Regisseurin Deniz Akay Katiksiz aus Izmir: Eine Frau steht nach dem Tod ihres Gatten hilflos den Anforderungen des Alltags gegenüber. Beim kleinsten Anlass ruft sie nach ihrer berufstätigen Tochter. Die weiß sich der Tyrannei ihrer Mutter nur durch Heirat zu entziehen. „Der Film zeigt, dass die Familie in der Türkei völlig überbewertet ist“, kommentiert Celebi. Die konservative Regierung versuche alles, „um unabhängigen Frauen Steine in den Weg zu werfen und das patriarchalische System zu stützen“, empört sie sich. „Ständig müssen wir gegen Gesetze kämpfen, die überkommene Familienmoral zementieren.“

Zensur gebe es keineswegs nur in der Türkei, sondern überall auf der Welt, mitunter auf subtile Weise, meint die prominente Filmemacherin Pelin Esmer. Ihr Film „Watchtower“ wurde vergangenes Jahr beim IFFF gezeigt und ist derzeit in deutschen Kinos zu sehen. Es komme immer darauf an, wie viel Experimentierfreudigkeit oder kritische Haltung jeweils genehm sind, so Esmer gegenüber M. „Letztlich geht es um die Möglichkeit, Filme in Arthouse- oder kommerziellen Kinos zeigen zu können und ihre Finanzierung zu sichern.“ Verantwortliche staatlicher Kulturförderungen oder in Fernsehredaktionen hätten Verfügungsgewalt darüber. Je konservativer und festgefahrener sie seien, desto kleiner könnten Spielräume von Kreativen und Künstlern werden. Türkische Filmemacherinnen hätten aus der Bewegung um den Gezi-Park gelernt, jeden Tag aufs Neue nach ihren Rechten zu fragen und sich für ihre Gestaltungsfreiheit einzusetzen. Sie hätten aber erleben müssen, wie etwa die Emek-Kinos in einem historischen Bau im Istanbul Stadtteil Beyoglu niedergerissen wurden. Immer wieder seien öffentliche Einrichtungen zerstört worden, um an deren Stelle Shoppingmalls und Boutique-Hotels zu errichten. „Dabei geht es nur um schnelles Geld. All das macht uns krank und müde, wir wollen unser Leben nicht nur vom Konsum bestimmen lassen“, meint Esmer. Ihre Filme hat sie mit einer Anfangsfinanzierung des türkischen Kulturministeriums hinbekommen, im Anschluss folgte erst europäische Förderung: im Fall von „Watchtower“ vom deutschen Medienboard Berlin-Brandenburg, dem französischen Centre nationale du cinéma (CNC) und dem europäischen Filmförderungsfonds Eurimage.

Das türkische Kulturministerium unterstütze kritische Filme teilweise nur mit sehr geringen Beträgen, sagt Köksal. „Wir haben keinen Luxus, also nichts zu verlieren.“, meint sie. „Du kannst sagen, was Du willst, aber die Konsequenzen musst Du tragen.“ Die Regierung habe ein Gesetz, in dem sie festschreiben wollte, jeden Film beim Kulturministerium registrieren zu müssen, erst nach anhaltenden Protesten zurückgezogen, so Celebi. Wie ist das Ministerium zu überzeugen, regierungskritische Filme zu fördern? Dazu eine Videoaktivistin verschmitzt: „Wir machen aus dem Material einfach zwei Filme, einen für uns und einen für das Ministerium.“

Gitta Düperthal ■



INTERNATIONALES
FRAUENFILMFESTIVAL
Dortmund | Köln



Foto: watchtowerfilm.com/#pres

Filmemacherin Pelin Esmer während Filmaufnahmen zu „Watchtower“.

Bei einer Diskussionsrunde unter dem Titel „Image und Protest“ wurde deutlich, dass die Obrigkeit kritische Einflüsse fürchtet und dann mitunter autoritär reagiert. Beim öffentlichen Screening ihres Films „Shore“ in einem der am Meer gelegenen Dörfer, habe der örtliche Bürgermeister inmitten der Vorführung den Strom abgedreht, berichtete Rüya Arzu Köksal. Der Film handelt von der Verschandelung der Schwarzmeerstrände durch den Bau einer Küstenschneelstraße. Der Rückblick auf fröhliches Treiben, wie Menschen sich einst dort erholt, getanzt und gebadet hatten, wo später schweres Baugerät profitgieriger Bauunternehmer zerstörte Landschaften hinterließ, stellte eine Provokation dar. „Plötzlich alles dunkel und still; just an der Stelle des Films, als Erdogans zynische Lobrede auf Modernität und Urbanität begann!“ Köksal war anschließend gegen den Bürgermeister vor Gericht gezogen; die Meinungsfreiheit hatte gewonnen.

Anliegen der Videoaktivistin Güliz Saglam ist, Frauen im Widerstand eine Stimme zu geben und so ideologisch verzerrter Politik konservativer Mainstream-Medien „reale Bilder“ entgegen zu halten. Die Festival-Organisatorin Elem Celebi aus Istanbul ergänzte, 2013 sei es Polizeistrategie gewesen, den Widerstand gegen die Zerstörung des Gezi-Parks nur als Straßenkampf medial wahrnehmbar zu machen, nicht aber als friedlichen Protest.

Klare Positionen für die Pressefreiheit

Interview mit Michael Rediske, Vorstandssprecher der deutschen Sektion von Reporter ohne Grenzen (ROG)

Seit 20 Jahren gibt es in Deutschland eine Sektion der internationalen Organisation Reporter ohne Grenzen. Der Blick auf die aktuellen Krisenherde der Welt zeigt, wie wichtig die Arbeit für Pressefreiheit weltweit ist. Ein Gespräch mit ROG-Vorstandssprecher Michael Rediske über den Einsatz und die Finanzierung der Organisation, über Bewertungen zur Pressefreiheit in einigen Ländern, die nicht von allen geteilt werden – etwa in Staaten Lateinamerikas.

Entführte Journalisten in der Ukraine, inhaftierte Kollegen in der Türkei – das sind nur zwei aktuelle Beispiele von Repressionen gegen Medienvertreter aus jüngster Zeit. Ähnliche Fälle ließen sich auf fast allen Kontinenten finden. Hat sich also die Arbeit von Reporter ohne Grenzen in den vergangenen 20 Jahren nicht gelohnt?

Michael Rediske | Doch, sie hat sich auf jeden Fall gelohnt. Denn es gab viele inhaftierte Journalisten, die freigelassen wurden und Länder, in denen sich die Lage verbesserte. Aber die Pressefreiheit wird immer wieder neu bedroht, von Staaten, aber auch von Gruppen in einem Land. Dagegen muss man ankämpfen. Wird an einer Stelle ein kleiner Sieg errungen, beispielsweise durch eine demokratische Öffnung, beginnt an einem anderen Ort ein Bürgerkrieg, oder es gibt ein neues repressives Regime. Dann heißt es: durchatmen und weitermachen.

Bei welchen Themen aktuell besonders?

Im Moment arbeiten wir natürlich sehr viel zur Ukraine, wo es Journalisten gerade extrem schwer haben. Aber wir haben in Berlin zuletzt auch eine Veranstaltung zur Lage in Kolumbien gemacht oder Pressemitteilungen zu Weißrussland, Mazedonien und Afghanistan veröffentlicht.

In jüngster Zeit hat die Zahl der Presseerklärungen, aber auch der Veranstaltungen der Reporter ohne Grenzen in Deutschland deutlich zugenommen. Wie kommt das?

Wir hatten zuletzt mehr Öffentlichkeit und einige erfolgreiche Spendenaufrufe, das verbessert unsere Möglichkeiten. Wir können jetzt mit mehr Personal arbeiten als in den ersten zehn Jahren. Wir haben zwei Pressereferenten – eine Frau und einen Mann – und das ermöglicht natürlich auch mehr Öffentlichkeitsarbeit.

Es hat also nichts damit zu tun, dass sich die Lage auf der Welt drastisch verschlechtert hätte?

Nein. Wenn sich jetzt die Lage drastisch verschlechtern würde, wären wir trotzdem nicht in der Lage, unsere Arbeit zu verdoppeln. Da stießen wir mit Spen-

denaufrufen an unsere Grenzen, auch wenn die Dringlichkeit der Situation zunähme.

Wie finanziert sich die deutsche Sektion von ROG?

In Deutschland im wesentlichen durch Spenden von Einzelpersonen und Medienunternehmen. Dazu kommen Anzeigen und Erlöse aus dem jährlichen Fotobuch sowie Mitgliedsbeiträge. Es gibt keine staatliche Finanzierung, mit der kleinen Ausnahme, dass die Deutsche Welle als Organisation Mitglied bei uns ist und einen Beitrag zahlt. Und wir hatten zeitweise eine Finanzierung durch den Europäischen Flüchtlingsfonds für unsere Arbeit mit exilierten Journalisten.

International sieht das etwas anders aus, wenn man auf die Zentrale in Paris schaut?

Die Zentrale finanziert sich zu weiten Teilen, aber nicht ausschließlich über die Fotobände – das sind drei bis vier im Jahr, so dass die viel mehr Umsätze haben als wir in Deutschland. Laut Statut hat Paris die Aufgabe, international Geld zu sammeln, das machen wir als Sektion nicht. Es gibt also internationale Projekte, die meisten davon mit Unterstützung der EU oder Stiftungen der Entwicklungshilfe. Zu den Geldgebern gehört auch die NED aus den USA.

Die Stiftung „National Endowment for Democracy“ wurde von der US-Regierung unter Ronald Reagan gegründet. An dieser Zusammenarbeit gab es mehrfach Kritik?

Ja, diese Kritik kommt meist von Menschen, die politisch jede Unterstützung durch eine amerikanische Institution ablehnen. Das tun wir nicht. Wir sehen durchaus eine Schnittmenge zwischen der NED und unserer Menschenrechtsarbeit. Die NED wird übrigens über den US-Kongress finanziert, nicht über das Außenministerium oder das Weiße Haus.

Das heißt, diesen Zuschuss gibt es bis heute?

Nein, den hat es sogar jahrelang nicht gegeben. Die Zusammenarbeit ist immer projektbezogen und keine Organisationsfinanzierung. Das ist aber bei niederländischen oder schwedischen Stiftungen auch nicht anders. Zurzeit gibt es Überlegungen für ein China-Projekt, und da könnten wieder NED-Mittel fließen.

In welcher Größenordnung findet denn die Unterstützung durch die NED, die ja wohl die umstrittenste ist, statt?

Es geht um Summen im fünfstelligen Bereich, also unter hunderttausend Euro. Wenn man das mit dem internationalen Gesamtbudget von jährlich etwa vier Millionen Euro vergleicht, sind das bescheidene Prozentsätze. Wir achten immer darauf, dass wir uns



Foto: Detmar Gust

**REPORTER
OHNE GRENZEN**
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT

Das neue Buch
„Fotos für die
Pressefreiheit 2014“
herausgegeben von
Reporter ohne Grenzen

Abb.: ROG

nicht von einem oder mehreren großen Geldgebern abhängig machen. Und das Geld von der NED führt ja nicht dazu, dass wir die USA nicht kritisieren würden. Im letzten Jahr haben wir die Politik der NSA scharf kritisiert, Schutz für den Informanten Edward Snowden gefordert und auch den mangelhaften Quellenschutz für amerikanische Journalisten beklagt.

Haben also Zuschüsse von internationalen Institutionen niemals Einfluss auf die inhaltliche Arbeit gehabt?

Ich kenne keinen solchen Fall. Es gibt aber auch kritische interne Diskussionen, zuletzt über eine mögliche Projektfinanzierung durch den Google-Konzern. Das sehen wir als deutsche Sektion sehr kritisch. Insgesamt sehe ich keine Einflussnahme. Umgekehrt gab es aber die Situation, dass Sponsoren von sich aus die Zusammenarbeit beendet haben, weil wir offenbar zu kritisch waren, zum Beispiel nach unserer internationalen Kampagne zur Presse- und Meinungsfreiheit in China anlässlich der Olympischen Spiele. Da gab es Unternehmen, die gesagt haben: Das ist uns zu heikel wegen unserer China-Geschäfte. Aber dieses Risiko gehen wir ein, da lassen wir uns nicht beeinflussen. Von unseren Positionen rücken wir nicht ab, sondern suchen uns dann eben andere Finanzierungswege.

Zum internationalen Tag der Pressefreiheit am 3. Mai ist wieder eine Weltkarte von ROG erschienen, auf der alle Staaten in eine von fünf Kategorien zwischen „Gute Lage“ und „Sehr ernste Lage“ gepresst werden. Kann diese grobe Einteilung der Lage gerecht werden?

Wir haben zwei Instrumente. Das eine ist die Rangliste der Pressefreiheit, die zählt durch von Platz 1 bis 180. Daran gibt es die Kritik, warum Land X auf Platz 87 und Land Y auf Platz 88 steht. Das sind oft nur Nuancen und das lässt sich nicht immer hundertprozentig überzeugend begründen. Diese Rangliste kann nur ein Indikator für den Stand der Pressefreiheit sein. Sie macht plastisch deutlich, wo ungefähr ein Land nach Berücksichtigung verschiedener Kriterien der Pressefreiheit steht. Eindeutige wissenschaftliche Kriterien für ein solches Ranking gibt es nicht.

Wie wird die Rangliste der Pressefreiheit festgelegt und wie wird gesichert, dass es objektive und keine interessegeleitete Beurteilungen gibt?

Sicherstellen kann man das nicht. Korrespondenten und Experten füllen Fragebögen aus. Und einheimische Korrespondenten haben auch immer eine subjektive Wahrnehmung und beurteilen oft das eigene Land besonders kritisch. Das kann man nur relativieren, indem man möglichst viele Experten befragt und die einzelnen Kriterien gewichtet. Die Art der Gewichtung machen wir transparent. Dazu kommen Extremfälle wie Nordkorea. Hier können nur Journalisten im Exil sowie Experten befragt werden, die kenntnisreich zu dem Land arbeiten.

Neben der Rangliste gibt es dann ja noch diese Weltkarte mit den fünf Kategorien?

Wenn man es aus den genannten Gründen nicht so genau wie in der Rangliste haben will, muss man Kategorien schaffen. Das machen wir mit der Karte, auf der fünf verschiedene Farben die Situation der Pressefreiheit illustrieren. Auch da kann man sich natürlich fragen, ob das jeder Situation gerecht wird, und warum das eine Land gelb und das andere orange ist.

Deutschland ist auf der Karte weiß, dem Land wird damit eine gute Lage bescheinigt. Trotzdem gibt es berechtigte Kritik, zum Beispiel an der geplanten Vorratsdatenspeicherung, weil sie den Informantenschutz bedroht?

Ein weißes Land hat ja keine weiße Weste. Es gibt viele Punkte, die auch hier zu kritisieren sind, und die benennen wir in unserer Arbeit ja auch oft. Wir legen bei Deutschland eine andere Messlatte an als bei einem Staat, der keine mehr als 60jährige demokratische Tradition und kein starkes Bundesverfassungsgericht hat.

Kritiker werfen Ihrer Organisation vor, sie beachte in Lateinamerika besonders die linken Regierungen. Konkret gefragt: Warum wird Kuba eine „sehr ernste“ Lage bescheinigt, während in Mexiko oder Kolumbien, also in Ländern, in denen immer wieder Journalisten ermordet werden, die Lage nur „schwierig“ sein soll?

Eines ist klar: Wenn wie in Nordkorea oder eben auch größtenteils in Kuba gar keine oder fast gar keine oppositionelle Presse zugelassen ist, dann ist das inakzeptabel und die Lage ist aus unserer Sicht mehr als schwierig. Ich gebe aber zu, es ist schwer, ein Land, in dem Zensur herrscht, mit einem anderen zu vergleichen, in dem Journalisten umgebracht werden, wenn auch meist nicht von der Regierung. In Mexiko werden Journalisten von Drogenkartellen getötet, aber das Land hat grundsätzlich eine ziemlich freie Presse. Das gilt für Kolumbien ähnlich. Wir als Reporter ohne Grenzen bewerten dabei die Vielfalt der Medien im Land, nicht deren Qualität. Von der kann man halten, was man will. Wenn man sich aber anschaut, was wir zu Mexiko und Kolumbien alles veröffentlicht haben, kann man bestimmt nicht sagen, dass wir diese Länder schonen. Umgekehrt kann man soziale Errungenschaften in Venezuela oder Ecuador positiv sehen. Aber das darf uns als Menschenrechtsorganisation nicht davon abhalten, Verletzungen der Pressefreiheit, wie etwa die Schließung von Sendern anzuprangern. Wir lassen uns dabei aber keine Einseitigkeit vorwerfen, denn wir kritisieren auch, wenn in Venezuela Journalisten, die für Staatsmedien arbeiten, behindert oder tödlich angegriffen werden.

Gibt es denn bei ROG andere Einschätzungen zur Lage der Pressefreiheit als etwa bei Amnesty International oder der Internationalen Journalistenvereinigung?

Ich habe die Berichte nie nebeneinandergelegt, aber es gibt, glaube ich, keine nennenswerten Abweichungen oder grundsätzlich andere Einschätzungen. Auch die Rangliste von Transparency International ist unserer sehr ähnlich. Man kann sagen, dass es eine starke Parallelität zwischen Demokratie, Transparenz, Menschenrechten und Medienfreiheit gibt.

ROG gibt es jetzt in Deutschland seit 20 Jahren. Wo möchten Sie idealerweise in 20 Jahren stehen?

Das ist schwer zu sagen. Vor zehn Jahren war es nicht absehbar, dass wir heute so bekannt sein und ein so großes Aufgabenfeld im Internet haben würden mit den Themen Datenschutz, Zensur im Netz und Exporte von Überwachungstechnologie. Wir hießen mal Reporter ohne Grenzen – für Pressefreiheit, heute nennen wir uns Reporter ohne Grenzen – für Informationsfreiheit. Das ist der Weg, auf dem wir sicherlich weitergehen werden.

Interview:
Harald Gesterkamp ■

Michael Rediske,
Vorstandssprecher der deutschen Sektion von Reporter ohne Grenzen (ROG)

Infos

www.reporter-ohne-grenzen.de
<http://rsf.org/>



Medienfreiheit in Europa schützen

Gewerkschafter aus der Europäischen Union tagten im Berliner ver.di-Haus

In der ver.di-Veranstaltungsreihe **sicht.weisen wurde am 28. April mit Vertretern europäischer Schwestergewerkschaften über die Medien- und Rundfunkfreiheit in Europa diskutiert. Am Folgetag fand im ver.di-Haus ein Vorbereitungstreffen der Euro-MEI für eine Weltrundfunkkonferenz im Herbst in Wien statt.**

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sowie die Politik der regierenden Parteien haben in einigen europäischen Ländern die Bedingungen für einen funktionierenden demokratischen unabhängigen Rundfunk dramatisch verschlechtert. Der Rundfunk sieht sich mit hohem Kostendruck und massiven Einsparungen konfrontiert, die sich in personellen Kürzungen und in Programmreduzierungen sowie der Schließung von Sendern niederschlagen. Natürlich sind die Bedingungen von Land zu Land sehr unterschiedlich. Dennoch in nahezu allen Ländern sind die Beschäftigtenzahlen in den letzten Jahren – teilweise um Tausende – zurückgegangen. In Italien steht die zu 57 Prozent aus

Rundfunkgebühren und zu 35 Prozent aus Werbung finanzierte öffentlich-rechtliche Sendeanstalt RAI vor einem hohen jährlichen Minus im dreistelligen Millionenbereich, weil viele Haushalte die Rundfunkgebühr nicht zahlen. In Spanien wird die Radiotelevisión Española (RTVE) fast ausschließlich durch öffentliche Gelder finanziert, die stark reduziert wurden. Die Mitarbeiter mussten auf fünf Prozent ihres Einkommens verzichten oder Kurzarbeit in Kauf nehmen. Sender wie der in Valencia wurden geschlossen. In Griechenland wurde der öffentlich-rechtliche Sender ERT dicht gemacht, Tausende verloren ihren Arbeitsplatz. Der Nachfolgesender NERIT (s. unten stehender Beitrag) hat nur noch wenige Hundert Arbeitsplätze.

Fazit: Im Ringen um die Bewahrung freier Medien, zu der der öffentlich-rechtliche Rundfunk gehöre, müsse man zusammenstehen. Die EU müsse tätig werden für den Erhalt dieser wichtigen öffentlichen Dienstleistung, deren Qualität entscheidend sei für Bildung und Demokratie!

wen ■

Foto: (v.l.n.r.) Luke Crawley aus Großbritannien; William Maunier aus Frankreich; Pier Verderio aus Italien; Heinrich Bleicher-Nagelsmann (Vize-Vorsitzender UNI-MEI) aus Deutschland sowie Mari Carmen Donate und Jorri Lopez aus Spanien.



Foto: Richard Polacek

Experiment selbstbestimmter Journalismus

Seit zwei Jahren gibt es einen von ver.di mitorganisierten Austausch deutscher und griechischer Kolleginnen und Kollegen aus Gewerkschaften und sozialen Initiativen. Im April waren auch Journalistinnen und Journalisten aus Athen nach Deutschland gekommen.

Machi Nikolara, Nikos Tsimpidas und Afrodite Tziantzi arbeiteten in der geschlossenen Fernseh- und Rundfunkanstalt ERT – die Anfang Mai in NERIT als staatlicher Rundfunk einen Nachfolger fand – und in der „Zeitung der Redakteure“. Diese wurde als Antwort auf die Schließung der linksliberalen Zeitung *Eleftherotypia* von Journalisten als genossenschaftliches Projekt gegründet. Beide sind als Produkte der Krise in Griechenland bekannt geworden, die die Medienbranche mit dem Verlust von 10.000 Arbeitsplätzen hart getroffen hat. (M berichtete u.a. in 1/2012, 5/2012, 5/2013, 8/2013.) In Berlin als einer Station ihres Deutschlandbesuchs berichteten die griechischen Kolleginnen und Kollegen über ihre Erfahrungen mit selbstbestimmtem Journalismus.

„Selbstverwaltung ist schwer, aber gut“, sagte Afrodite Tziantzi von der *Zeitung der Redakteure*, die als genossenschaftliches Projekt inzwischen eine Auflage von 10.000 erreicht und im Internet zu lesen ist. Das ist im kleinen griechischen Markt ein großer Erfolg. Denn bei 1,5 Mio. Erwerbslosen von insgesamt 10 Mio. Einwohnern sei es nicht leicht, aus der Bevölkerung Unterstützung zu bekommen. Wer nur 500 Euro im Monat hat, kann sich den Kauf einer Zeitung für 1,30 Euro nur selten leisten. Mit linksliberaler Orientierung, parteipoliti-

scher Unabhängigkeit, sozialen Themen soll das Vertrauen der Leser gewonnen werden. „Wir tragen zur Themenfindung und Positionierung unseres Blattes im Redaktionsteam viele Meinungsverschiedenheiten aus“, berichtete Afrodite. „So habe ich noch nie gearbeitet.“ Aber das Projekt entwickle sich als „Insel im kapitalistischen Markt“.

„Es ist nicht nur der Kampf um unsere Arbeitsplätze, sondern um Demokratie“, bestätigte Nikos Tsimpidas, der nach ERT-Schließung mit Verbündeten half, einen Sendebetrieb aufrecht zu erhalten. Nach 11 Monaten gab es noch 15 regionale Radiosender, einen Fernsehsender, eine Website. „Wir wollen die Stimme der Menschen sein – seriös, vertrauenswürdig.“ Aufgegriffen wurden Themen, die sonst kaum eine Rolle spielten: die Lebensrealität Obdachloser, entlassene Putzfrauen, Lehrerinnen, Ärzte, die Situation Arbeitsloser ohne Geld und Absicherung, Spar- und Kahlschlagpolitik. „Es ist befreiend, selbstbestimmt zu arbeiten, gemeinsam zu entscheiden“, fanden sowohl Nikos als auch seine Kollegin Machi Nikolara. „Wir waren von unserer Entschlossenheit und unserem Kampfeswillen selbst überrascht.“ So zu arbeiten und die Kosten zu stemmen sei schwierig. Dazu ist die persönliche finanzielle Situation mit 500 Euro Arbeitslosengeld für Redakteure, 400 Euro für Angestellte für ein Jahr prekär – trotz Unterstützung aus Solidaritätskassen. Viele Kolleginnen und Kollegen hätten sich entschlossen, für den neuen Rundfunk zu arbeiten. „Die Wiedereröffnung eines öffentlichen Senders stand als unser Hauptziel“, sagte Machi. „Aber der soll nicht so sein wie der vorherige.“ **B. Erdmann ■**

Kampf für unabhängigen Fernsehsender

Portugiesischer Betriebsrat zu Gast bei deutschen Personalräten

Mit der legendären Nelkenrevolution vor 40 Jahren begann in Portugal auch für die Fernsehberichterstattung eine neue Ära. Wie sieht die gegenwärtige Situation im Land aus, nachdem die europäische Finanzkrise das Land zu extremen Sparmaßnahmen zwang und zwingt? Darüber berichtete António Louçã, Betriebsrat des staatlichen Radio- und Fernsehsenders Rádio e Televisão de Portugal (RTB) auf einem Erfahrungsaustausch mit Personalräten deutscher Rundfunksender am 25. April im RBB-Fernsehzentrum Berlin.

„Die Zukunft des staatlichen Radio- und Fernsehsenders Rádio e Televisão de Portugal steht seit über zwei Jahren in den Sternen, denn Portugal will RTP dem Spardiktat der EU opfern, um den Staatshaushalt zu sanieren“, so António Louçã. Eine Horrorvorstellung für alle Rundfunk- und TV-Journalisten. Schon 2013 trat aus Protest gegen eine mögliche RTP-Teilprivatisierung dessen gesamte Führung zurück. Die Europäische Rundfunkunion EBU und die Personalräte von ARD, ZDF, Deutschlandradio und Deutscher Welle protestierten damals in offenen Briefen gegen die Privatisierungspläne. Auch in der portugiesischen Medienlandschaft löste das Vorhaben einen Proteststurm aus.

Die Privatisierungsidee von 2013 ist zwar infolgedessen vom Tisch, aber nur vorübergehend. Das Gerücht, angolansische Investoren sollen an RTP interessiert sein, steht im Raum. Angolaner halfen der portugiesischen Regierung bereits bei einer umstrittenen Bankenprivatisierung und kauften sich in die portugiesische Presselandschaft ein. Louçã: „Seit Jahren machen zwei private Sender, die dem regierungsnahen konservativen Spektrum zuzuordnen sind, RTP Konkurrenz. Sie zeigen täglich seichte Telenovelas, zum großen Teil Übernahmen brasilianischer Sender.“

Gegen Leiharbeit. Der finanzielle Druck auf RTB besteht also nach wie vor. Zwischen Regierung und Sender tobt ein heftiger Streit. „Da die Privatisierung politisch nicht so einfach machbar war, sucht die Regierung jetzt nach neuen Wegen.“ Ausgründungen von Firmen, die angeblich Aufträge vom Sender erhalten sollen, finden statt. „Alles Lüge“, meint der portugiesische Kollege. „Abfindungen können so eingespart werden. Diese Firmen gehen ganz sicher kaputt, da es keinerlei Aufträge für sie gibt.“ Zudem wurde die staatliche Finanzierung des Senders, die bereits 2013 um 42,2 Prozent gekürzt wurde, in diesem Jahr gänzlich gestrichen. Gudrun Reuschel, stellvertretende Personalratsvorsitzende des RBB, wirft die Frage nach der Höhe der Rundfunkbeiträge auf. Daraufhin Louçã: „Wir sind auf staatliche Unterstützung angewiesen, da die Gebühren monatlich nur 2,50 Euro betragen.“ Mehr sei angesichts der finanziellen Situation der Portugiesen nicht machbar. Es sei aber sehr wichtig, wirft Gudrun Reuschel ein, und eine wichtige Errungen-

schaft in Deutschland, dass die Freiheit der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung vom Gesetzgeber wirtschaftlich geschützt wird, und zwar durch den von allen Haushalten aufzubringenden Rundfunkbeitrag.

Um noch mehr zu sparen, berichtet Louçã weiter, soll das Personal beim RTB in diesem Jahr von 2.300 auf 1.500 reduziert werden. Deren Aufgaben sollen eben u.a. die ausgegründeten Firmen übernehmen, wofür es jedoch überhaupt kein Konzept gibt. „Eine Situation, die für alle Mitarbeiter unerträglich ist“. Ein Problem seien zudem Leiharbeiter, die weniger verdienen und den gleichen Job erledigen wie die Kollegen. „Das ist auch ein aktuelles Diskussionsthema beim Deutschlandradio, zum Beispiel im IT-Bereich, betont Ernst Rommeney, Mitglied des Personalrats bei Deutschlandradio. „Auch wir müssen hier verstärkt um akzeptable Lösungen kämpfen.“ Gudrun Reuschel ergänzt: „Wir mussten im RBB seit 2003 aufgrund von politischem Druck über 300 feste Stellen abbauen. Durch diesen Spardruck wird es in den Sendern immer mehr Trend, Arbeit in bestimmten Bereichen von freien Mitarbeitern, Leiharbeitern beziehungsweise befristeten Kräften per Arbeitnehmerüberlassungsgesetz erledigen zu lassen. Wenn es passt, werden diese auch dauerhaft beschäftigt. Was für die Sender unter Umständen sogar teurer ist, denn diese zahlen den Lohn plus einem Aufschlag an die Verleihfirma. Hier setzen wir als Personalrat an und versuchen die Ausweitung von unsicheren Leiharbeitsverhältnissen zu stoppen. Unser Ziel ist es, dass die Leiharbeiter/innen nach dem Equal-Pay-Grundsatz die gleiche Vergütung wie die Sender-Kollegen bekommen, Planstellen für längerfristig beschäftigte Leiharbeitnehmer zu schaffen und vertraglichen Schutz zu bieten.“

„Für mich, beziehungsweise uns, sind eure Ideen und Maßnahmen in dieser Hinsicht sehr wichtig“, betont Louçã. Vor allem schätze er in Deutschland die Unterstützung der Medien seitens der Gewerkschaften. „In Portugal sind zumeist nur die technischen Angestellten der Sender in Gewerkschaften organisiert, kaum Journalisten. Ich werde das bei uns auswerten, denn wir geben nicht auf. Wer den Staatsrundfunk vor der Nelkenrevolution 1974 in Portugal kennt, weiß nur allzu gut, welchen Wert unsere unabhängige Berichterstattung nach der Diktatur hat.“ Gerade in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Krisen – das zeigt erneut die Erfahrung in Portugal, sind diese Werte durchaus gefährdet. Deshalb ist es wichtig, auch über die Grenzen hinaus in Kontrakt zu treten, um sich gemeinsam zu unterstützen.

Bärbel Rechenbach ■



Foto: Bärbel Rechenbach

António Louçã, Betriebsrat des staatlichen Radio- und Fernsehsenders Rádio e Televisão de Portugal (RTB)



Screenshot: facebook RTP

Sempre ligados



Sempre ligados: „Immer verbunden“ ist die Devise von RTP

Hassparolen verbannen

Fachleute schlagen Alarm: Medien verbreiten vielerorts rassistisches Gedankengut

Der Genozid in Ruanda vor 20 Jahren und die Rolle von Journalistinnen und Journalisten lieferte den traurigen Anlass für eine Konferenz der Internationalen Journalisten-Föderation (IJF) unter Beteiligung der UNESCO im Mai in Brüssel. Das erschreckende Fazit: Hass-Parolen sind weltweit im Vormarsch. Sie überschreiten die „rote Linie“ der Pressefreiheit und müssen aus den Medien verbannt werden.

Im Rundfunk von Ruanda wurden damals die Personen aufgelistet, die getötet werden sollten. Ergänzend lieferte der Sender Radio Télévision Libre des Mille Collines (RTL) Hinweise, wo diese Personen gefunden werden könnten. „Die Tutsis sind Untermenschen“, lautete die Botschaft. Innerhalb von drei Monaten kostete 1994 die rassistische Hetze, die der Rundfunksender und die Printmedien unterstützten, tatsächlich rund eine Million Menschenleben.

Ruandas Botschafter bei der EU Robert Masozera berichtete: „Es begann nicht über Nacht. Die Medien griffen Parolen auf, die schon lange davor kursierten. Viele Fanatiker bezeichneten sich als Journalisten, obwohl sie die ethischen Grundsätze des Berufs nicht kannten“. So sei das Prinzip der Pressefreiheit missbraucht worden. Masozera erklärte auch, was in seinem Land heute anders ist als vor 20 Jahren: Statt einem staatlichen Sender gibt es jetzt sechs Fernsehkanäle, und die Zahl der Zeitungen stieg von fünf auf 15.

« Sie tragen Hass in die Köpfe der Hörer und Leser und bereiten die öffentliche Meinung auf einen möglichen Krieg vor. »

Wissenschaftler zeigten auf: Ein „Krieg der Worte“ tobt auch heute immer noch in vielen Teilen der Welt. Medien tragen sogar zunehmend zur Verbreitung von Vorurteilen und rassistischem Gedankengut bei. Sie tragen Hass in die Köpfe der Hörer und Leser und bereiten die öffentliche Meinung auf einen möglichen Krieg vor. UNESCO-Direktorin Sylvie Coudray: „Pressefreiheit ist ein universelles Gut, aber sie hat eine Ausnahme: Hassparolen.“ Professor Eric Heinze von der Londoner Universität: „Es ist notwendig, Hass zu verbannen – auch wenn das liberalen Prinzipien widerspricht.“

Forscher der Universität Brüssel sehen aktuell Hass-Parolen in Medien unter anderem in Burundi, in der Elfenbeinküste und in der Zentralafrikanischen Republik. Weitere alarmierende Beispiele gebe es in Kenia, Nigeria und im Sudan. Staatliche Sender und Zeitungen seien ebenso Akteure wie lokale Landfunkradios. So verbreitete eine Tageszeitung in Malaysia mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung im Aufmacher das Gerücht, dass die Oppositionspartei in Allianz mit Führern der christlichen Gemeinde planten, das Christentum als Staatsreligion einzuführen. Immer wieder zitiert werden Äußerungen israelischer Politiker, Palästinenser seien „Biester auf zwei Beinen“ oder „wie Krokodile“ – je mehr Fleisch man ihnen gebe, desto mehr wollten sie haben.

Ein „Krieg der Sprachregelungen und der Klischees“ war nach Feststellung von EIJF-Generalsekretär Ricardo Gutiérrez zuletzt in Russland und in der Ukraine zu beobachten. Die führenden Medien bezeichneten die politischen Gegner der Regierung pauschal als Terroristen oder Faschisten. Gutiérrez: „Die Propagandaschlacht kam durch die Medien zu höchster Blüte“. In Bezug auf die Kriegsberichterstattung fand Gutiérrez heraus, dass dank der neuen Technik der Telegraphie Reporter erstmals während des Krimkrieges 1853–1856 aktuell von der Front berichteten. Die Militärs verschafften ihnen Zugang, weil sie eine Propagandawirkung erwarteten. Soldaten sollten in der öffentlichen Meinung zu Helden werden. Im Zweiten Weltkrieg erreichte diese Strategie ihren Höhepunkt. Die Gleichschaltung der deutschen Medien unter der Nazi-Diktatur war als warnendes Beispiel deshalb auch ein Thema auf der Konferenz. Beim Holocaust



Abb: dpa / Bildfunk

Angela Merkel als Terminator: Hassparolen in Europa zwischen südlichen und nördlichen Ländern, Hassparolen in Afrika und östlichen Ländern zwischen den Religionen, sollten nicht mit „Pressefreiheit“ entschuldigt werden.

spielte die rassistische Hetze der nationalsozialistischen Presse und des Rundfunks eine unsägliche Rolle. Heute liefert das World Wide Web neue technische Möglichkeiten – eben auch für die Verbreitung von Hass und Hetze. Und der Kampf gegen Hassparolen wird durch nationale Gesetzgebung erschwert. Die USA zählen zu den Ländern, in denen der Holocaust geleugnet werden darf. In Griechenland sitzen Verleugner sogar als Abgeordnete im Parlament. Aber die Medien müssen sie bei der Auswahl der Nachrichten nicht zu Wort kommen lassen.

Die Feststellung von Liz Fekete, Geschäftsführerin des Londoner Institute of Race Relations, richtete sich an die gesamte Journalistengemeinschaft: „Hassparolen sind Ausdruck von Faschismus. Faschismus aber steht nicht still, er verändert ständig seine Form. Er versteckt sich in Formulierungen und Vokabeln, die die Mainstream-Presse übernimmt“. So ging die Aufforderung, Distanz zu rhetorischen Vorgaben von Politikern zu halten, in eine Brüsseler Abschlusserklärung zur Konferenz ein. Nachdrücklich wird Aufklärung und Schulung für Journalisten auf der ganzen Welt gefordert, um jeder Anstiftung zu Hass und Gewalt in den Medien vorzubeugen. Ausdrücklich wird in der Erklärung auf die Bedeutung von Medienvielfalt hingewiesen, um einer Gleichschaltung von Parolen entgegenzuwirken.

Wolfgang Mayer ■

Türkische Journalisten freigelassen

Die Europäische Journalisten Föderation EJF begrüßt außerordentlich die Freilassung der türkischen Journalistinnen und Journalisten Füsün Erdogan, Bayram Namaz und Arif Celebi, die seit September 2006 fast acht Jahre hinter Gittern verbracht haben.

Medienberichten zufolge hat der 20. Hohe Gerichtshof in Istanbul am 8. Mai beschlossen, acht sozialistische Aktivisten freizulassen. Darunter waren auch Erdogan, die für „Özgür Radyo“ und „Bianet“ arbeitet, sowie Celebi und Namaz, die für die Tageszeitung *Atilim* tätig sind. Der Gerichtshof bezog sich dabei auf Artikel 102/2 des türkischen Strafgesetzes und stellte fest, dass die inhaftierten Aktivisten freigelassen werden müssen, weil ihre Untersuchungshaft die maximale Dauer von fünf Jahren gemäß der fünften Justizreform der Türkei überschritten hat. Den Journalisten ist vorläufig nicht erlaubt, die Türkei zu verlassen.

„Die Freilassung von Erdogan, Namaz und Celebi gibt uns neue Hoffnung in unserer Kampagne zur Entkriminalisierung von Journalismus in der Türkei. Nun muss es weitergehen für die Journalisten, die immer noch in der Türkei hinter Gittern sind“, sagte Mogens Blicher Bjerregard, Präsident der EJF. „Das zeigt uns, dass Gerechtigkeit erreicht werden kann, wenn wir ausdauernd sind.“

Erdogan, Namaz und Celebi waren im letzten November zu lebenslanger Haft verurteilt worden, weil sie laut Anklage Mitglieder der terroristischen MLKP sein sollen. Das Urteil des inzwischen abgeschafften Sondergerichtshofs schockierte die internationale Journalisten-Gemeinschaft und führte zu



Screenshot: youtube

**Demonstrant vor dem
Brüsseler EU Hauptquartier
für Pressefreiheit
in der Türkei.**

**Infos zur EJJ-Kampagne
„Lasst Journalisten frei“
[www.ifj.org/campaigns/
turkey-set-journalists-free](http://www.ifj.org/campaigns/turkey-set-journalists-free)**

einer Reihe an Protesten der EJJ und ihrer Mitgliedsorganisationen sowie von Erdogans Sohn, Aktas Erdogan und Unterstützern. Aktas Erdogan organisierte mehrere Protestaktionen innerhalb der jüngsten internationalen Kampagne für die Freilassung seiner Mutter. Blicher Bjerregard dankte ausdrücklich der niederländischen Journalisten-Gewerkschaft NVJ und der Dänischen Journalisten-Union DJ, die sich unermüdlich in der Kampagne zur Freilassung von Füsün Erdogan eingesetzt haben.

Gegenwärtig sind noch 32 Journalistinnen und Journalisten in türkischen Gefängnissen. Die meisten von ihnen sind unter den fragwürdigen Anti-Terror-Gesetzen des Landes angeklagt. Die EJJ und die Internationale Journalisten-Föderation IJF erneuern ihren Aufruf zur Freilassung aller inhaftierten Journalisten in der Türkei. **PM/Joachim Legatis, dju Hessen ■**



Foto: aljazeera

Aktion für Abdallah Elshamy, Ägypten

amnesty
international
Postfach
53108 Bonn
Tel.: 0228 / 98 37 30
www.amnesty.de



ver.di
Bundesverwaltung
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
www.verdi.de

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Al-Dschasira-Mitarbeiter ohne Anklage inhaftiert

Als sich die Lage zuspitzte und die Gewalt überhandnahm, wollte Abdallah Elshamy das Geschehen im Zentrum Kairo verlassen. Doch an einem Kontrollpunkt des Militärs hielten ihn ägyptische Sicherheitskräfte fest und befragten ihn zwei Stunden lang zu seiner Arbeit. Dann brachten sie den Mitarbeiter des arabischen Fernsehsenders „Al-Dschasira“ in eine Polizeiwache. Drei Tage später wurde er in ein Militärgefängnis, später in das Tora-Istiqbal-Gefängnis verlegt. Mehrmals soll er geschlagen worden sein.

An jenem 14. August 2013, an dem Abdallah Elshamy im Stadtteil Nasr City in Kairo festgenommen wurde, demonstrierten zahlreiche Anhänger der Muslimbrüder gegen die Absetzung von Präsident Mohammed Mursi durch das Militär. Später gab es eine blutige Niederschlagung der Proteste. Es gibt keine Hinweise darauf, dass Elshamy an den Protesten teilgenommen hat, vielmehr war er als Berichterstatte vor Ort. Die ägyptischen Behörden kritisieren Al-Dschasira jedoch, weil der Sender einseitig Partei für Mursi und die Muslimbrüder Partei ergriffen habe. Abdallah Elshamy wird vorgeworfen, einer verbotenen Gruppierung anzugehören. Allerdings hat Elshamy bis Ende Juni 2013 vor allem Berichte über Westafrika produziert; erst als sich der Konflikt um Mursi zuspitzte, wurde er von Al-Dschasira nach Ägypten beordert. Auch nach neun Monaten in Haft ist noch keine Anklage gegen den Journalisten erhoben worden. Ende Januar trat er deshalb in einen Hungerstreik, der ihn gesundheitlich angreift.

Das Schicksal Elshamys steht im Schatten eines prominenteren Falls, der ebenfalls Al-Dschasira-Journalisten in Ägypten betrifft. Das Verfahren gegen den Australier Peter Greste sowie gegen Mohammed Fahmy und Baher Mohamed unter anderem wegen des „Sendens falscher Nachrichten“ läuft seit Februar und hat laute internationale Proteste gegen die ägyptische Justiz hervorgerufen (M 3/14). Der schon früher inhaftierte, aber bisher nicht angeklagte Abdallah Elshamy droht dabei in Vergessenheit zu geraten.

Was können Sie tun?

Schreiben Sie an den ägyptischen Übergangspräsidenten und fordern Sie die bedingungslose Freilassung des in Kairo inhaftierten Journalisten Abdallah Elshamy, weil dieser lediglich seiner journalistischen Tätigkeit nachgegangen ist.

Schreiben Sie in Arabisch, Englisch oder auf Deutsch an:

Adly Mahmoud Mansour
Office of the President
Al Ittihadia Palace
Cairo
ÄGYPTEN
Fax: (00202) 2 391 1441

Senden Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Arabischen Republik Ägypten
S. E. Herrn Mohamed Abdelhamid Ibrahim Higazy
Stauffenbergstraße 6–7. 10785 Berlin
Fax: (030) 477 1049. E-Mail: embassy@egyptian-embassy.de

Im Fernsehen vorgeführt

Chinesische Journalistin und Autorin der Deutschen Welle in Haft

Die chinesische Journalistin und Regimekritikerin Gao Yu wurde am 8. Mai im chinesischen Staatsfernsehen mit einem „Geständnis“ vorgeführt. Es sollte offensichtlich im Vorfeld des 25. Jahrestages der Niederschlagung der Demokratiebewegung in China am 4. Juni der Abschreckung dienen. Gao Yu ist am 24. April verschwunden. Nun wurde ihre Verhaftung bestätigt. Ihr wird „Geheimnisverrat“ vorgeworfen.



Sie habe ein hoch vertrauliches Dokument der Kommunistischen Partei auf ihren Computer kopiert und dann an eine ausländische Webseite weitergegeben, berichtete die staatliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua. Um welches Papier es sich handeln soll, ist noch offen. Gao hatte im vergangenen Jahr über eine interne Denkschrift der Kommunistischen Partei berichtet, in der unter anderem für ein kompromissloses Unterbinden abweichender Meinungen plädiert wird. Ein Hongkonger Magazin hatte das Dokument im August 2013 in seiner vollen Länge veröffentlicht, wird auf der Webseite der Deutschen Welle berichtet.

Im staatlichen Fernsehen bedauerte die bekannte Autorin in dem „Geständnis“, dass ihr Verhalten „den nationalen Interessen geschadet“ und Gesetze verletzt habe. Sie werde „eine Strafe im Rahmen der chinesischen Rechtsprechung akzeptieren“. Es sei „mensch-

unwürdig, Gao Yu im chinesischen Fernsehen einem Millionenpublikum als geständige Kriminelle vorzuführen“, kritisierte der Intendant der Deutschen Welle Peter Limbourg die chinesischen Behörden. Limbourg sagte, Gao Yu habe „einen Anspruch auf ein faires und rechtsstaatliches Verfahren“. Er sei in großer Sorge um das Schicksal der 70-Jährigen, die seit vielen Jahren für die chinesische Redaktion des deutschen Auslandssenders arbeite. Dies habe er bereits vor einigen Tagen der chinesischen Botschaft in Berlin mitgeteilt und nach dem plötzlichen Verschwinden Gao Yus um Aufklärung gebeten.

Intendant Limbourg: „Die Deutsche Welle baut Brücken der Verständigung und steht für Dialog mit China. Das schließt ein, dass wir auch kritischen Autoren eine Stimme geben, die in China selbst nicht publizieren können.“ Es müsse möglich sein, trotz Meinungsunterschieden in manchen Bereichen den Dialog offen und respektvoll zu führen.

Zuletzt war am 23. April 2014 ein Beitrag der renommierten Journalistin Gao Yu auf der Webseite der Deutschen Welle erschienen. Thema war der Sturz des reformorientierten Parteichefs Hu Yaobang 1986. Sein Tod im April 1989 gilt als Ausgangspunkt für die Demokratiebewegung in Peking und ganz China. Gao Yu hatte in den 1990er-Jahren sieben Jahre wegen ihrer journalistischen Arbeit in Haft gesessen. Auch damals wurde ihr „Publizieren von Staatsgeheimnissen“ vorgeworfen. 1995 war sie mit dem „Courage in Journalism Award“ ausgezeichnet worden. **wen ■**

Im chinesischsprachigen New Yorker Sender NDTV wird über das Verschwinden von Gao Yu berichtet

Weiterlesen

Hintergrund zum Thema – und ein Video mit Gao Yu unter: <http://dw.de/p/1Br72>

Birmas „Held des Widerstands“ ist tot

Der Journalist und Bürgerrechtler Win Tin starb Ende April im Alter von 85 Jahren. Nach mehr als 19 Jahren im Gefängnis öffneten sich im September 2008 für Win Tin die Tore der Haftanstalt – er ist bis heute der am längsten eingekerkerte politische Gefangene Birmas (offiziell nennt sich das asiatische Land inzwischen Myanmar). Umgehend nahm er nach seiner Freilassung die politische Arbeit wieder auf – Win Tin war Weggefährte der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi und Mitglied der oppositionellen Liga für Demokratie. Gleichzeitig schrieb der Autor ein Buch, in dem er eindringlich das harte Leben und die Folter schilderte, die er und seine Mitgefangenen im Insein-Gefängnis zu erleiden hatten.

Schon 1957 nutzte Win Tin eine kurze demokratische Periode im Land und gründete die Zeitung *The Mirror*. Fünf Jahre später putschte das Militär, und die Pressefreiheit blieb für Jahrzehnte auf der Strecke. Win Tin arbeitete weiter journalistisch, wurde Redakteur der Tageszeitung *Hanthawaddy* und stellvertretender Präsident der Birmanischen Autorenvereinigung. Bei

seiner Verhaftung 1989 wurde ihm regierungsfremde Propaganda unterstellt – nicht nur wegen seiner journalistischen Arbeit, sondern auch wegen seines bürgerrechtlichen Engagements für die Opposition. International wurde hartnäckig für seine Freilassung gearbeitet, lange Zeit blieb das Militär davon unbeeindruckt, bis Win Tin schließlich vorzeitig freikam.

Inzwischen hat das Militär von Myanmar einen Teil der Macht abgegeben und politische Reformen eingeleitet. Win Tin blieb bis zuletzt skeptisch, verlangte stets eine Verfassungsänderung, um den Einfluss der Armee zu begrenzen. Beim Umbau Myanmar zu einer demokratischen Gesellschaft wird Win Tin nun fehlen. **Harald Gesterkamp ■**



Yangon, Myanmar: Menschen legen Blumen auf der offiziellen Gedenkfeier von Win Tin nieder

Leute

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist im Netz unter:
<http://mmm.verdi.de/service>



Graik: Hermann Heubrich

Personalien bei der Funke-Mediengruppe: **Andreas Tyrock**, derzeit Chefredakteur des Bonner General-Anzeigers, folgt zum 1. Juli als Chefredakteur der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) auf **Ulrich Reitz**, der die Mediengruppe verlässt. **Thomas Kloß**, Mitglied der WAZ-Chefredaktion und bisher Online-Chefredakteur, wird Leiter des Content-Desks der Gruppe in Essen. **Jost Lübben**, bisher Chefredakteur der Nordsee-Zeitung (Bremerhaven), löst als Chefredakteur der Westfalenpost (Hagen) **Stefan Hans Kläsener** ab, der zum Jahresende als Chefredakteur der Zeitungen des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags (sh:z) auf **Helge Matthiesen** folgt. **Jasmin Fischer**, u. a. langjährige Korrespondentin der WAZ in London, wechselt zum 1. Juni ins Ressort Politik des Bonner General-Anzeigers.

Florian Gless, bisher u. a. Ressortleiter und zuletzt Managing Editor beim Magazin Stern, löst zum 1. Juli als Chefredakteur von National Geographic Deutschland (G+J) Dr. **Erwin Brunner** ab.

Tina Hassel, u. a. von 2002 bis 2012 Auslandschefin des WDR, derzeit Leiterin des ARD-Studios Washington, wird zum 1. Juni 2015 als Chefredakteurin des ARD-Hauptstadtstudios **Ulrich Deppendorf** ablösen, der in den Ruhestand tritt.

Robert von Heusinger, derzeit Chefredakteur der DuMont Redaktions-

gemeinschaft, folgt zum 1. September als Vorstandsmitglied der Mediengruppe M. DuMont Schauberg auf **Franz Sommerfeld**, der in den Ruhestand tritt.

Winfried Hille fungiert als Herausgeber und Chefredakteur des neuen Foodmagazins Happy Veggie (Hille Medien Verlag).

Michael J. Inacker, früher stellv. Chefredakteur des Handelsblatts, wurde Vorstandsmitglied bei der Kommunikationsberatung WMP EuroCom, deren Besitzer der einstige Bild-Chefredakteur **Hans-Hermann Tiedje** ist.

Prof. Dr. **Rüdiger Kabst**, der an der Universität Paderborn International Business lehrt, übernahm die Schriftleitung der Fachzeitschrift PERSONAL-quarterly (Haufe Gruppe) von Prof. Dr. **Dieter Wagner**.

Christian Kirchner, bis 2012 leitender Redakteur bei Capital und Financial Times Deutschland in der damaligen Gemeinschaftsredaktion der G+J-Wirtschaftsmagazine, zuletzt als Kolumnist für Spiegel Online tätig, wurde Korrespondent des Magazins Capital in Frankfurt; mit ihm soll das Ressort Invest im Themenbereich Geldanlage und Vermögensaufbau gestärkt werden.

Rolf Kleine, bis März 2012 Leiter des Berlin-Büros der Bildzeitung, ab 2013 Sprecher des damaligen SPD-Kanzler-

Der Comedian **Ingo Appelt** löst im Oktober als Moderator der BR-Sendung „Kabarett aus Franken“ **Bernd Händel** und **Norbert Neugirg** ab.

Reinhard Bärenz, bisher Leiter der jungen Welle MDR Sputnik, folgte als Wellenchef von MDR Figaro (Kulturradio) auf **Detlef Rentsch**, der sich verstärkt seiner Aufgabe als stellv. Hörfunkdirektor widmen wird. MDR Sputnik wird kommissarisch vom Hörfunkdirektor **Johann Michael Möller** geleitet; stellv. Wellenchef ist **Jörg Wiesner**.

Der Gag-Autor **Micky Beisenherz** präsentiert im NDR-Fernsehen das neue, an Comedy und Satire orientierte Format „Wumms! Die Sportshow“.

Der Reisejournalist **Mikka Bender**, bisher u. a. Redaktionsleiter der Rei-

sesendung „wolkenlos“ (VOX) sowie Kolumnist zum Thema Reisen für die Welt am Sonntag, wurde Programmdirektor des neuen Reise-Senders Marco Polo TV.

Ilka Brecht, bislang Chefin vom Dienst und stellv. Redaktionsleiterin des ZDF-Politmagazins „Frontal 21“, folgte als Moderatorin der Sendung auf **Hilke Petersen**, die Leiterin des ZDF-Landesstudios Baden-Württemberg in Stuttgart wurde.

Andreas Dünkelmeyer gab seinen Posten als Chefredakteur der Fachzeitschrift Autoflotte (Springer Automotive Media) auf, nachdem Ungeheimheiten bei der Stimmauszählung für den Autoflotten Award 2014 konstatiert worden waren. Kommissarischer Chefredakteur ist **Ralph M. Meunzel**, Verlagsleiter von Springer Automotive Media.

Anzeige

UVK: Medienfachbücher



Basis für guten Journalismus

Volker Lilienthal
Recherchieren
2014, 140 Seiten
flexibler Einband
ISBN 978-3-86764-217-0
€ (D) 14,99
Wegweiser Journalismus
Band 7

Recherchieren ist eine der wichtigsten journalistischen Schlüsselqualifikationen. Durch gründliche Recherche informieren Journalisten zuverlässiger und umfassender als durch die ungeprüfte Übernahme von Informationen aus einer Pressemitteilung. Worauf es bei der richtigen Recherche ankommt, vermittelt Volker Lilienthal verständlich und anhand zahlreicher Beispiele.

www.uvk.de



Veranstaltungen / Seminare für Selbstständige und Freie in Hamburg

Anmeldung NUR ONLINE: freie.hamburg.verdi.de/veranstaltungen

Die Teilnahme ist kostenlos.

Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60, Ebene 9, Raum St. Georg

Rechtliches rund ums Foto – Was darf ich wo wie verwenden?

10. Juli 2014, 19 – 21 Uhr

Urheber- und Nutzungsrechte, Lizenzen und CC, Recht am eigenen Bild und Persönlichkeitsrecht, Panoramafreiheit, Markenrecht und Passfotos

Referent: Rüdiger Lühr, Journalist für Urheber- und Medienrecht

Moderation: Wolfgang Kreider, Rechtsanwalt und ver.di-Sekretär

kandidaten Peer Steinbrück, kehrt in die Hauptstadt-Redaktion der Bildzeitung zurück.

Robert Kuhne, bisher Redaktionsleiter der Bild-Zeitung Ostdeutschland, löste als Chefredakteur der Dresdner Morgenpost, der Chemnitzer Morgenpost und der Morgenpost am Sonntag (Mediengruppe Dresdner Druck- und Verlagshaus) **Peter Rzepus** ab, der künftig die Geschäftsführung der Mediengruppe publizistisch beraten soll.

Martin Kunze, bisher Programm- und Direktor von Radio NRW, folgt zum 1. Juli in der gleichen Position bei Antenne Bayern auf **Valerie Weber**, die Hörfunkdirektorin beim WDR wurde.

Jörn Kruse, zuletzt Medienredakteur bei der taz, und **Enrico Ippolito**, bisher Redakteur bei tazzei / Medien und im Ressort taz.am wochenende, folgten als Doppelspitze im Ressort tazzei (Gesellschafts-, Kultur-, Medienthemen) auf **David Denk** und **Daniel Schulz**. Denk wurde Pauschalist im Medienressort der SZ, Schulz wechselte innerhalb des Hauses zur sonntaz.

Udo Lielischkies, Korrespondent im Moskauer ARD-Studio, übernahm die Studiolenkung von **Ina Ruck**, die zum WDR in die Programmgruppe Europa und Ausland zurückkehrte. **Birgit Virnich**, ebenfalls vom WDR, die bereits jetzt aus Moskau über die Ukraine-Krise berichtet, wird zum 1. August neben Lielischkies und **Golineh Atai** dritte ständige Korrespondentin im Moskauer Studio.

Rik De Lisle, zuletzt Moderator bei dem Radiosender 94,3 rs2 in Berlin-Brandenburg, folgte als Programmdirektor der Welle auf **Christian Schalt**, der sich auf seine Aufgaben

als Geschäftsführer des Senders 98.8 KISS FM in Berlin konzentrieren will.

Claudia und Lutz Mannschott, Chefredakteure der Magazine Das Einfamilienhaus, Umbauen & Modernisieren, Unser Haus und verschiedener Sonderpublikationen, sowie **Sebastian Schmidt**, Leiter der Anzeigenabteilung, haben im Zug eines Management-Buy-Out die Gesellschaftsanteile des City-Post Zeitschriftenverlags komplett übernommen.

Der NDR-Intendant **Lutz Marmor** bleibt auch 2015 Vorsitzender der ARD.

Miriam Meckel, Professorin für Corporate Communication und Direktorin am Institut für Medien- und Kommunikationsmanagement der Universität St. Gallen sowie Beraterin für strategische Kommunikation und Publizistin, folgt zum 1. Oktober als Chefredakteurin der Wirtschaftswoche (Verlagsgruppe Handelsblatt / Holzbrinck-Verlagsgruppe) auf **Roland Tichy**, der Geschäftsführer der neu gegründeten Digitaltochter DvH Ventures wird.

Christian Merl, bisher Pressesprecher, Leiter Externe Kommunikation und stellv. Leiter Unternehmenskommunikation bei G+J, verlässt den Verlag. Seine Aufgaben übernimmt **Claus Peter Schrack**, Leiter der Unternehmenskommunikation.

NDR: **Kai Clement** (45) wird am 1. Juli als Nachfolger von **Claudia Sarre** (WDR) ARD-Hörfunkkorrespondent in New York – die Federführung für das Studio geht dann vom WDR auf den NDR über. Clement, derzeit als Redakteur beim WDR, arbeitete bereits als Vertretung in dem New Yorker Studio, zudem im Auslandsstudio Paris.

Medienpolitische Tagung 2014 vom 17. bis 19. Oktober

im ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst in Lage-Hörste – eine Veranstaltung in Kooperation mit der dju in ver.di.

Journalismus in vernetzten Zeiten: Alle hören mit – und wen interessiert's?

Der erst durch die investigative Arbeit internationaler Medien aufgedeckte NSA-Skandal hat ein ungeahntes Ausmaß an staatlicher Datensammelerei offenbart. Die Kommentare in der Presse hatten einen einhellig empörten Tenor, während die öffentliche Gegenwehr eher verhalten blieb angesichts der Dimension der Datenerfassung. Und auch die großen Digitalkonzerne wie Google, Facebook und Apple bestimmen und speichern unser Leben Schritt für Schritt – mit unserem Wissen und stillen Einverständnis.

Was bedeutet das für zeitgemäßen Journalismus? Wie verändert sich unser Arbeiten angesichts der Datenkraken, die uns fest im Griff haben? Wie schützen wir unsere Daten und Quellen? In diese und andere Fragen bietet die Tagung, die sich in erster Linie an Journalistinnen und Journalisten richtet, Einblick. In Vorträgen und Workshops sollen Zusammenhänge und Lösungen gemeinsam erörtert werden.

Hinweise: Die Seminarteilnahme ist für ver.di-Mitglieder kostenfrei. Reisekosten werden nicht erstattet.

Programm und Anmeldung unter <http://tinyurl.com/plspmsd>

Impressum



«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift,
erscheint acht Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien,
Kunst, Industrie), Bundesvorstand:
Frank Bsirske / Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich),
Telefon 030 / 69 56 23 26

Anschrift: ver.di Bundesverwaltung /
Karin Wenk, Redaktion M,
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin,
Fax: 030 / 69 56 36 76

E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und
Bilder übernimmt die Redaktion keine
Verantwortung. Gezeichnete Beiträge
stimmen nicht immer mit der Meinung
der Redaktion überein.

Anzeigen:
Network Media GmbH
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Ansprechpartner:
Nicole Stelzner (Leiterin)
Tel: 030 / 255 94 – 180
Fax: 030 / 255 94 – 190
E-Mail: stelzner@nwmd.de
Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 19 gültig ab 1.1.2014

M im Internet
<http://mmm.verdi.de>

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57

Titelbild: Hermann J. Haubrich,
Berlin, Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,- € einschließlich Versandkosten.
Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann
mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt,
Telefon 0711 / 700 15 30. Fax: -10
E-Mail: service@verlag-weinmann.de

Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen
ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag
enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen
Fachgruppen zahlen 18 € – eine geson-
derte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur“
verantwortlich: Burkhard Baltzer
Tel. 030 / 69 56 – 10 60
„Druck + Papier“ verantwortlich:
Helma Nehrlich Tel: 030 / 613 09 664

Redaktionsschluss:
M 4.2014: 09.05.2014
M 5.2014: 20.06.2014
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Philipp Abresch (38), derzeit als Auslandskorrespondent im ARD-Studio Tokio, wechselt zum 1. September als Nachfolger von **Robert Hetkämper** als ARD-Fernsehkorrespondent und Studioleiter nach Singapur. Von dort berichtete er bereits von 2009 bis 2011.

Uwe Schwering (48) wird am 1. September Fernsehkorrespondent und Studioleiter in Tokio. Er arbeitet derzeit als Redakteur im NDR Programmbereich Zeitgeschehen/Ausland. Von April 2003 bis Juli 2008 war Schwering ARD-Auslandskorrespondent in London.

Sandra Ratzow (41) geht zum 1. Januar 2015 als ARD-Fernsehkorrespondentin nach Washington und löst dort **Karin Dohr** ab. Ratzow ist derzeit beim NDR im Programmbereich Zeitgeschehen/Ausland tätig. Sie übernahm bereits Vertretungen in den ARD-Studios in Washington, London, Stockholm, Singapur und Paris.

Martin Ganslmeier (49) wird am 1. Januar 2015 Leiter des neuen ARD-Hörfunkstudios in Washington, in dem künftig die komplette Radio-Berichterstattung aus der US-amerikanischen Hauptstadt gebündelt wird. Seit Juli 2012 ist er bereits Hörfunkkorrespondent in Washington, seit Januar 2014 Leiter des bisherigen Hörfunkstudios von NDR und WDR.

Angela Oelckers, die bereits Chefredakteurin bei diversen Frauenzeitschriften war, wird Chefredakteurin von FrauenBlick (Verlag Wiener Kontor), eines vierteljährlichen Wirtschaftsmagazins für Frauen in Führungspositionen in Hamburg und Schleswig-Holstein.

Ursula Ott, Chefredakteurin von evangelisch.de und bisher stellv. Chefredakteurin von Chrismon, wurde neben **Arnd Brummer** Chefredakteurin des evangelischen Magazins, das als Supplement wöchentlich etlichen Zeitungen beiliegt.

Susanne Pfab, bisher Geschäftsführerin der Gremiovorsitzenden-Konferenz der ARD, folgt Anfang 2015 als ARD-Generalsekretärin auf **Michael Kühn**, der als Bevollmächtigter des ARD-Vorsitzes aus dem NDR-Justizariat entsandt worden war.

Stefan Plöching, bisher Chefredakteur von Süddeutsche.de und Geschäftsführender Redakteur der SZ, wurde Mitglied der Chefredaktion.

Er wird für die digitalen Projekte zuständig sein.

Tobias Reckmann, bislang beim WDR Redakteur im „Lokalzeit“-Team des Studios Siegen, löste als Moderator der „Lokalzeit Südwestfalen“ **Denis Stephan** ab, der verstärkt als Reporter in der Region tätig sein wird.

Anja Reschke, Moderatorin des Politmagazins „Panorama“ (NDR / ARD), folgt Ende des Jahres als Leiterin der Abteilung Innenpolitik im Programmbereich Zeitgeschehen des NDR auf **Stephan Wels**, der dann zusammen mit **Georg Mascolo**, seit Februar Leiter des Rechercheverbands von NDR, WDR und SZ, die Kooperation zwischen den Partnern des Investigativ-Teams leiten soll.

Jörg Schönenborn, zuvor beim WDR Chefredakteur Fernsehen sowie Leiter des Programmbereichs Politik und Zeitgeschehen, wurde Fernsehredakteur des Senders und übernahm zugleich die Aufgaben eines Koordinators Fernsehfilm in der ARD. In beiden Funktionen folgte er auf **Verena Kulenkampff**, die in den Ruhestand trat.

Florian Schroeder, Kabarettist, Parodist und Moderator beim SWR mit eigener Late-Night-Show, folgte als Moderator der Sendung „Spätschicht – Die SWR Comedy Bühne“ auf **Lars Reichow**, der Moderator der Kultursendung „Kunscht“ (SWR) bleibt.

Jochen Schropp, zuletzt Moderator für verschiedene Formate bei VOX, wird auf SAT.1 die neue Show „Jetzt wird's schräg“ moderieren.

Christian Sievers, zuletzt Leiter des ZDF-Studios in Tel Aviv sowie einer der Moderatoren des „heute-journals“, löst als Moderator der „heute“-Nachrichten um 19 Uhr **Matthias Fornoff** ab, der in der Nachfolge von **Theo Koll** zum 1. Juli die Leitung der ZDF-Hauptredaktion Politik und Zeitgeschehen übernimmt. Als Leiter der „heute“-Redaktion folgt **Thomas Heinrich**, bislang stellv. Redaktionsleiter des „heute-journals“, auf Fornoff.

Jutta Stiehler, Diplom-Sozialpädagogin und langjährige Leiterin des Dr.-Sommer-Teams bei der Jugendzeitschrift Bravo (Bauer Media Group), musste gehen; ihr Vertrag, der bis Juni läuft, wurde nicht verlängert. Das Team, das künftig hauptsächlich aus freien Mitarbeitern besteht, wird von Stiehlers bisheriger Mitarbeiterin

Sabine Kadolph geleitet. Gekündigt wurde auch **Christina Bigl**, bisher Leiterin der Bravo-Fotoredaktion.

Oliver Stock, Chefredakteur von Handelsblatt Online, wird Mitglied der Chefredaktion des Handelsblatts.

Ulli Tückmantel, bisher Leiter des Ressorts Report bei der Rheinischen Post, zuständig für die NRW-, Medien- und Panorama-Berichterstattung, folgte als Chefredakteur der Westdeutschen Zeitung (Girardet-Verlag) und Leiter der WZplus Redaktionsgemeinschaft (Solinger Tageblatt, Remscheider General-Anzeiger)

Martin Vogler nach, der den Verlag verlassen hat.

Frances Uckermann, derzeit Leiterin des Ressorts Grafik beim Stern, folgt zum Jahresende als erster weiblicher Art-Direktor des Magazins auf **Johannes Erler**, der in die Selbstständigkeit zurückkehrt.

Britta Weddeling, bislang Redakteurin im Hauptstadtbüro des Magazins Focus, folgt zum 1. Juli als Korrespondentin des Handelsblatts im Silicon Valley auf **Axel Postinett**, der US-Korrespondent für Handelsblatt Online wird.

Ulrich Weiß, Chefredakteur der Zeitschrift Selber machen (Selbermachen Media / Verlagshaus GeraNova Bruckmann), übernimmt zusätzlich die Chefredaktion des Lifestyle-Magazins Living & More, das GeraNova Bruckmann vom Living & More-Verlag übernahm.

Winand Wernicke, derzeit Leiter des ZDF-Landesstudios Magdeburg, löst zum 1. August als Studioleiter in Moskau **Anne Gellinek** ab. Sie wechselt als Korrespondentin nach Brüssel und wird Anfang 2015 als Leiterin des dortigen ZDF-Studios **Udo von Kampen** nachfolgen, der in den Ruhestand geht.

Anzeige



Zukunft braucht Menschlichkeit.

Ob Rente, Behinderung, Gesundheit oder Pflege, Fachkompetenz in allen sozialpolitischen Fragen.

Dr. Bettina Schubarth, Pressesprecherin
Schellingstraße 31 • 80799 München • Tel. 089 / 2117-289
Fax 089 / 2117-280 • b.schubarth@vdk.de • www.vdk-bayern.de

ver.di-Fotowettbewerb: „Ein Bild von einer Frau“

Fotos von Frauen werden gesucht! Erzieherinnen, Bibliothekarinnen, Frauen aus der Verwaltung, Krankenschwestern und Postzustellerinnen, weibliche Beschäftigte aus Wasserwerken und von Energieversorgern, Redakteurinnen und Bankkauffrauen. Frauen bei der Arbeit, authentisch und ohne Klischees. Die besten Aufnahmen kommen in den ersten ver.di-Frauenkalender, den der ver.di-Bundesfrauenrat für das Jahr 2016 herausgibt. Im Herbst 2015 soll er erscheinen, zum ver.di-Bundeskongress.

Für die 13 Kalenderbilder schreibt der Bundesfrauenrat jetzt einen Wettbewerb aus. Alle Interessierten sind aufgefordert, in ihren Fotoarchiven zu blättern, neue Bilder zu machen – und sich damit bei ver.di zu bewerben.

Der Wettbewerb läuft vom 1. Mai bis zum 31. Juli 2014. Danach entscheidet eine ver.di-Jury über die Gewinner/innen. Die drei Sieger/innen bekommen Preise, die 13 besten Fotos werden in den Kalender aufgenommen.

Weitere Details: <http://tinyurl.com/oz6mdlq>

Wir lieben Journalismus!

Unterstreichen Lektor
großes Wort!
Gerechtfertigt?

Antwort dju
JA!

Einfügen dju
und Journalisten

GUTE ARBEIT MUSS GUT BEZAHLT SEIN!

Immer die Augen offen haben. Zeit in eine fundierte Recherche investieren. Jede Geschichte Satz für Satz und Bild für Bild zum Leben erwecken. Für diese Arbeit leben viele Journalistinnen. Faire Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzung dafür, dass das so bleibt.

OHNE QUALIFIZIERTE JOURNALISTINNEN HAT MEINUNGSFREIHEIT KEINEN WERT.

Hervorheben Lektor
Warum?

Starke Meinung. **Starker Einfluss.**



dju.

Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union

Antwort dju
rund 2 Mio. Mitglieder!



<https://dju.verdi.de/rein>